

**Abschlussarbeit**

**zur Erlangung des Magister Artium**

**im Fachbereich 03**

**der Johann Wolfgang Goethe-Universität**

**Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen**

**Thema:**

**Deutschland, Spanien und der Irak-Krieg.**

**Zur Erklärung von Unterschieden im außenpolitischen Handeln**

**1. Gutachter: Prof. Dr. Gunther Hellmann**

**2. Gutachter: Prof. Dr. Wolfgang Wagner**

**vorgelegt von: Christian Weber**

**aus: Dresden**

**Einreichungsdatum: 2.4.2007**

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. EINLEITUNG UND FRAGESTELLUNG .....</b>	<b>1</b>
1.1 BISHERIGE ERKLÄRUNGEN .....	2
1.2 EIGENE HERANGEHENSWEISE.....	5
1.3 STRUKTUR DER ARBEIT .....	7
<b>2. AUßENPOLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN IN KRISENSITUATIONEN.....</b>	<b>9</b>
2.1 DEFINITION UND MERKMALE VON KRISENSITUATIONEN.....	9
2.2 INDIVIDUELLE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER IN KRISENSITUATIONEN .....	10
2.3 DREI FUNDAMENTALE ZIELE UND DREI KALKÜLE .....	13
2.3.1 <i>Sicherheitspolitische Kalküle</i> .....	15
2.3.2 <i>Machtpolitische Kalküle</i> .....	17
2.3.3 <i>Innenpolitische Kalküle</i> .....	19
2.4 METHODISCHE VORGEHENSWEISE .....	21
<b>3. DEUTSCHLAND UND DER IRAK-KRIEG .....</b>	<b>23</b>
3.1 DIE DEUTSCHE IRAK-POLITIK .....	24
3.1.1 <i>Warnungen und Vorbehalte</i> .....	24
3.1.2 <i>Ablehnung einer deutschen Beteiligung</i> .....	30
3.1.3 <i>Diplomatische Opposition</i> .....	36
3.1.4 <i>Zusammenfassung der deutschen Irak-Politik</i> .....	47
3.2 DREI HANDLUNGSLEITENDE KALKÜLE .....	48
3.2.1 <i>Sicherheitspolitisches Kalkül</i> .....	48
3.2.2 <i>Machtpolitisches Kalkül</i> .....	51
3.2.3 <i>Innenpolitisches Kalkül</i> .....	55
3.3 ZWISCHENFAZIT .....	57
<b>4. SPANIEN UND DER IRAK-KRIEG.....</b>	<b>59</b>
4.1 DIE SPANISCHE IRAK-POLITIK .....	60
4.1.1 <i>Völkerrechtliche Bedenken</i> .....	60
4.1.2 <i>Bedingungslose Gefolgschaft</i> .....	66
4.1.3 <i>Protagonismus in der Koalition</i> .....	72
4.1.4 <i>Zusammenfassung der spanischen Irak-Politik</i> .....	78
4.2 DREI HANDLUNGSLEITENDE KALKÜLE .....	79
4.2.1 <i>Sicherheitspolitisches Kalkül</i> .....	79
4.2.2 <i>Machtpolitisches Kalkül</i> .....	83
4.2.3 <i>Innenpolitisches Kalkül</i> .....	87
4.3 ZWISCHENFAZIT .....	89
<b>5. ABSCHLUSSBETRACHTUNG .....</b>	<b>91</b>
<b>6. LITERATUR .....</b>	<b>95</b>

# 1. Einleitung und Fragestellung

Die Drohung der US-amerikanischen Administration, Saddam Hussein mit einer militärischen Intervention zu entmachten, polarisierte in den Jahren 2002 und 2003 die Regierungen in Europa. In London und Madrid wurde das Vorhaben mit diplomatischen und später auch mit militärischen Mitteln unterstützt. Die Regierungen in Paris und Berlin bezogen eine deutliche Gegenposition und lehnten eine Entsendung ihrer Streitkräfte strikt ab.<sup>1</sup> Seither sind zahlreiche politikwissenschaftliche Werke zur Irak-Krise erschienen, die sich vor allem auf die Spannungen zwischen Europa und den USA konzentrieren und die Folgen für das transatlantische Verhältnis erforschen.<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang hat besonders die lautstarke und hartnäckige Opposition Deutschlands gegen die amerikanischen Kriegspläne viele Autoren beschäftigt.<sup>3</sup> Nur wenige Studien haben bislang die Irak-Politik einzelner europäischer Staaten miteinander verglichen und versucht, die Unterschiede zu erklären.<sup>4</sup> Diese Studien zeigen, dass die Entscheidungen der europäischen Regierungen von einer Vielzahl von Faktoren geprägt waren und dass es für die Außenpolitikforschung eine besonders reizvolle Herausforderung ist, die verschiedenen Positionen in der Irak-Krise zu erklären. Ich denke, dass man dieser Herausforderung am besten gerecht wird, wenn man einzelne bedeutsame Fälle im Detail untersucht und miteinander kontrastiert.

---

<sup>1</sup> Kurze Zusammenfassungen der Positionen weiterer europäischer Staaten in der Irak-Krise liefert der Sammelband von August Pradetto, Hrsg., *Internationale Reaktionen auf die Irak-Politik der USA 2002*, Studien zur Internationalen Politik (Hamburg, 2003); Vgl. auch die Charakterisierung von Harald Müller, „Demokratien im Krieg – Antinomien des demokratischen Friedens“, in Christine Schweitzer u.a., Hrsg., *Demokratien im Krieg* (Baden-Baden, 2004), S. 35-52, hier S. 43: „Es gab einen eindeutigen Diskursführer, der entschlossen auf die gewaltsame Auseinandersetzung zusteuerte: die Vereinigten Staaten (und vielleicht auch Israel); daneben stand eine proaktive Gefolgschaft – auf Regierungsebene – in Großbritannien und Spanien, mit Abstrichen auch in Italien und Polen; zögerliche Mitläuferschaft zeigte sich in Dänemark, Ungarn, der Tschechischen Republik und den demokratischen Transformationsländern Osteuropas; Widerstreben und partielle Kritik in den Niederlanden, Kanada, den skandinavischen Ländern, Indien; kritische Meinungsführerschaft in Frankreich und Totalopposition in Deutschland.“

<sup>2</sup> Siehe vor allem Philipp H. Gordon und Jeremy Shapiro, *Allies at War. America, Europe and the Crisis Over Iraq* (New York u.a., 2004); Esther Barbé, Hrsg., *¿Existe una Brecha Transatlántica? Estados Unidos y la Unión Europea tras la Crisis de Irak* (Madrid, 2005); Jeffrey Anderson, G. John Ikenberry und Thomas Risse, *The End of the West. The Deep Structure of the Transatlantic Order* (2007).

<sup>3</sup> Siehe u.a.: Anja Dalgaard-Nielsen, „Gulf War: The German Resistance“, *Survival*, Jg. 45, Nr. 1 (2003), S. 99-116; Christian Hacke, „Deutschland, Europa und der Irakkonflikt“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B 24-25 (2003), S. 8-16; Michael Hedstück und Gunther Hellmann, „Wir machen einen deutschen Weg. Irak-Abenteuer, das transatlantische Verhältnis und die Risiken der Methode Schröder für die deutsche Außenpolitik“, in Bernd Kubbig u.a., Hrsg., *Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas* (Frankfurt am Main/New York, 2003), S. 224-234; Sebastian Harnisch, „Bound to fail? Germany’s Iraq Policy in the Iraq Crisis 2001-2003“, *Stosunki Międzynarodowe*, Jg. 29, Nr. 1-2 (2004), S. 57-83, verfügbar unter <http://www.ism.uw.edu.pl/harnisch.pdf> [20.2.2007]; Stephen F. Szabo, *Parting Ways. The Crisis in German-American Relations* (Washington, D.C.: Brookings, 2004); Thomas Forsberg, „German Foreign Policy and the War on Iraq: Anti-Americanism, Pacifism or Emancipation?“ *Security Dialogue*, Jg. 36, Nr. 2 (2005), S. 213–231.

<sup>4</sup> Ich werde im folgenden Abschnitt (1.1) ausführlich auf diese Studien eingehen.

Ein Vergleich zwischen Deutschland und Spanien bietet sich an, da sich beide Staaten in einer vergleichbaren Ausgangslage befanden. Als langjährige NATO-Mitglieder pflegen sie enge freundschaftliche Beziehungen zu den USA. Zudem sind sie als EU-Mitglieder im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu einer Koordinierung ihrer außenpolitischen Positionen verpflichtet. Bei beiden Staaten handelt es sich zudem um parlamentarische Demokratien, in denen die große Mehrheit der Bevölkerung eine militärische Intervention im Irak ablehnte. Vor dem Hintergrund dieser internationalen und innerstaatlichen Gemeinsamkeiten hätte man zumindest ähnliche Reaktionen der Regierungen erwarten können.

Im Gegenteil sind jedoch die Unterschiede in Deutschlands und Spaniens Irak-Politik beträchtlich. Die spanische Regierung hielt eine Intervention in Irak aufgrund der Vermutung, dass das irakische Regime Massenvernichtungswaffen herstellen und sie Terroristen zur Verfügung stellen könnte, für gerechtfertigt. Spanien zählte zu den vehementesten Verfechtern der amerikanischen Position im UN-Sicherheitsrat und setzte sich auch in der EU dafür ein, Saddam Hussein notfalls mit Gewalt zu Fall zu bringen. Nachdem der Krieg begonnen hatte, leistete die spanische Regierung auch militärische Unterstützung und entsandte Truppen in den Irak. Im Gegensatz zu dieser „proaktiven Gefolgschaft“ Spaniens, wählte die deutsche Regierung die Strategie der „Totalopposition“.<sup>5</sup> Bereits im März 2002 stellte Gerhard Schröder eine deutsche Beteiligung unter den Vorbehalt eines UN-Mandats und legte sich im August darauf fest, dass Deutschland unter keinen Umständen an einem Kriegseinsatz im Irak teilnehmen werde. Seit Januar 2003 bemühte sich die deutsche Regierung schließlich an der Seite Frankreichs und Russlands im UN-Sicherheitsrat darum, eine Resolution zu verhindern, die einen Krieg legitimiert hätte. Es ist zunächst einmal irritierend, dass sich derartige Gegensätze im außenpolitischen Handeln zweier Staaten feststellen lassen, die sich in einer vergleichbaren Ausgangslage befanden. Ausgehend von dieser Überlegung, werde ich in meiner Magisterarbeit der Frage nachgehen, warum die deutsche und die spanische Regierung in der Irak-Krise unterschiedliche Entscheidungen getroffen haben.

## 1.1 Bisherige Erklärungen

Es gibt bislang drei verschiedene theoretisch fundierte Erklärungen, warum sich europäische Regierungen in der Irak-Krise für unterschiedliche außenpolitische Optionen entschieden haben. Alle drei Erklärungen können der liberalen Theorietradition zugeordnet werden, in der das Außenverhalten von Staaten auf innerstaatliche Strukturen und Prozesse zurückgeführt wird.

---

<sup>5</sup> Müller, „Demokratien im Krieg“, S. 43.

Jürgen Schuster und Herbert Maier richten ihr Augenmerk auf die *ideologische Orientierung der Regierungen*.<sup>6</sup> Sie gehen von der Annahme aus, dass Parteien eine ideologische Identität haben, auf deren Grundlage sie sich zu bestimmten außenpolitischen Fragen positionieren. Interesse und Ziel von Regierungen sei es, diese Positionen in praktische Politik umzusetzen. Die Entscheidungen europäischer Regierungen seien dementsprechend auf die ideologische Identität der Parteien zurückzuführen, auf die sich die Regierungen jeweils stützten. Schuster und Maier nennen drei Gründe, warum konservative Regierungen in der Irak-Krise andere Positionen eingenommen hätten als linke Regierungen. Erstens hätten konservative europäische Regierungen eine größere ideologische Nähe und Verbundenheit mit der Bush-Administration gehabt als linke Regierungen. Zweitens wird linken Regierungen zugeschrieben, dass die prinzipielle Bevorzugung nicht-militärischer Konfliktlösung in weit höherem Maße zu ihrer Identität gehört, als das bei konservativen Regierungen der Fall ist. Drittens schließlich wird der europäischen Linken eine stärkere anti-amerikanische Haltung unterstellt als der Rechten. Auf diese drei Argumente stützt sich dann die Hypothese, dass von linken Regierungen eine Ablehnung der US-amerikanischen Irak-Politik zu erwarten war, von konservativen Regierungen dagegen eine Unterstützung.<sup>7</sup> Obwohl diese Hypothese in der Studie nur für 12 der insgesamt 20 untersuchten europäischen Staaten bestätigt werden konnte, betonen die Autoren, dass sie zumindest in Bezug auf Westeuropa eine überzeugende Erklärung für das Verhalten der Regierungen liefert. Schließlich seien dort Frankreich und Großbritannien die einzigen Fälle, in denen sie nicht zutreffe.<sup>8</sup>

Diese Erklärung der Unterschiede über die ideologische Orientierung der Regierungsparteien erscheint zunächst einmal beachtenswert, da das vorhergesagte Ergebnis mit Spaniens und Deutschlands Positionierung übereinstimmt. Allerdings erlaubt eine bloße Korrelation von parteipolitischer Zusammensetzung und der Entscheidung der Regierung für oder gegen einen Kriegseinsatz noch nicht den Schluss, dass die ausschlaggebende Ursache hiermit bereits identifiziert ist. Der Fakt, dass die Hypothese auf zwei Protagonisten der Irak-Kontroverse – Frankreich und Großbritannien – nicht zutrifft, lässt erhebliche Zweifel an ihrer Aussagekraft aufkommen und weist darauf hin, dass die ideologische Ausrichtung einer Regierung als Einflussfaktor nicht überschätzt werden sollte und andere Faktoren möglicherweise höher einzuschätzen sind.

---

<sup>6</sup> Siehe Jürgen Schuster und Herbert Maier, "The Rift: Explaining Europe's Divergent Policies in the Run-Up of the American-Led War on Iraq", *Foreign Policy Analysis*, Jg. 2, Nr. 3 (2006), S. 223-244. Die Autoren testen in ihrer Studie drei konkurrierende Hypothesen. Eine utilitaristisch-liberale, eine neorealistic und die liberal-konstruktivistische, auf die ich an dieser Stelle ausschließlich eingehe. Ich beschränke mich deshalb auf die letzte Hypothese, weil die Autoren nur ihr Erklärungskraft für die Entscheidungen westeuropäischer Regierungen zusprechen.

<sup>7</sup> Schuster und Maier, "The Rift", S. 230-231.

<sup>8</sup> Ebd., S. 234-235.

Die zweite Erklärung für die unterschiedlichen Reaktionen europäischer Regierungen auf die amerikanische Irak-Politik legt Jennifer Erickson vor.<sup>9</sup> Ihrer These nach ist die *innenpolitische Situation*, in der sich eine Regierung befindet, ausschlaggebend für die Entscheidung, die sie trifft. Sie geht davon aus, dass Regierungen sich der öffentlichen Meinung ihrer Bevölkerung anschließen, wenn starke Oppositionsparteien ihre Wiederwahl bei herannahenden Parlamentswahlen ernsthaft gefährden.<sup>10</sup> Demnach sei die deutsche Regierung der öffentlichen Meinung gefolgt, weil die Bundestagswahl unmittelbar bevorstanden habe und Umfragen einen Sieg der Opposition vorhersagten.<sup>11</sup> Die spanische Regierung habe sich dagegen erst im März 2004 der Wählerschaft stellen müssen und auf der Grundlage einer guten wirtschaftspolitischen Bilanz mit einem erneuten Sieg rechnen können.<sup>12</sup>

Auch die dritte Erklärung beschäftigt sich in ganz ähnlicher Weise mit innenpolitischen Handlungsbeschränkungen der Regierungen. Oliver Eberl und Andreas Fischer-Leskano heben vor allem die unterschiedlichen Grade der *parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten* hervor, um die Entscheideentscheidungen europäischer Staaten in der Irak-Krise zu erklären.<sup>13</sup> Sie weisen darauf hin, dass in Deutschland seit 1994 eindeutig festgelegt ist, dass jeder militärische Einsatz der Bundeswehr einer vorherigen Zustimmung des Bundestags bedarf. In Spanien dagegen war nicht klar definiert, ob das Parlament einem Einsatz der spanischen Streitkräfte zustimmen muss, wenn dieser nicht als Teilnahme am Krieg, sondern als humanitäre Hilfe oder als sonstige Unterstützungsleistung deklariert wird.<sup>14</sup>

Wenn man die zweite und dritte Erklärung zusammenfasst, dann lautet das Argument, dass der Handlungsspielraum in Deutschland durch die bevorstehenden Bundestagswahlen, die Stärke der Opposition sowie durch weitreichende parlamentarische Kontrollbefugnisse erheblich eingeschränkt war und die Bundesregierung sich deshalb der Mehrheit der Bevölkerung anschloss. Dagegen war der Handlungsspielraum der spanischen Regierung wegen der Ferne des Wahltermins, der Schwäche der Opposition und der unzureichenden parlamentarischen Kontrollbefugnisse in jeglicher Hinsicht groß, so dass sie eine Kriegsbeteiligung trotz der mehrheitlichen Ablehnung in der Bevölkerung beschließen konnte.

Auch wenn diese Feststellungen durchaus einleuchtend sind und präzise die unterschiedlichen innenpolitischen Bedingungen ausloten, unter denen die jeweiligen Regierungen Ent-

---

<sup>9</sup> Jennifer L. Erickson, "Protests, Policymaking, and Public Opinion", Paper Presented at the Annual Meeting of the ISA 2006.

<sup>10</sup> Ebd., S. 6-10.

<sup>11</sup> Ebd., S. 17-20.

<sup>12</sup> Ebd., S. 20-23.

<sup>13</sup> Oliver Eberl und Andreas Fischer-Leskano, „Grenzen des demokratischen Rechts? Die Entscheideentscheidungen zum Irakkrieg in Großbritannien, den USA und Spanien“, *HSPK-Report*, Nr. 8 (2005).

<sup>14</sup> Eberl und Fischer-Leskano, „Grenzen des demokratischen Rechts?“, S. 25-29.

scheidungen treffen mussten, so bleiben doch wichtige Aspekte ausgespart, auf die beide Erklärungen keine Antwort haben. So bleibt zum Beispiel unklar, warum die spanische Regierung die Drohung mit einer militärischen Intervention für richtig und unterstützenswert hielt. Die Beobachtung, dass sie nicht so sehr auf die öffentliche Meinung achten musste und auch einer Abstimmung im Parlament aus dem Weg gehen konnte, erklärt keineswegs, warum sie sich gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit entschied, sondern, nur warum sie sich so entscheiden *konnte*. Ebenso unbeantwortet bleibt die Frage, warum die deutsche Regierung im Januar und Februar 2003, als die Bundestagswahl längst gewonnen war, ihren Standpunkt weiter zuspitzte und ihre Oppositionspolitik gegen die amerikanischen Pläne im UN-Sicherheitsrat und in der NATO intensivierte. Eine Wahlniederlage auf Bundesebene war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu befürchten und auch der Verweis auf den Parlamentsvorbehalt verhilft nicht zu einer plausiblen Erklärung, warum die deutsche Regierung sich von der moderateren Linie verabschiedete, auf die sie im September nach der Bundestagswahl eingeschwenkt war. Es bleibt erklärungsbedürftig, warum sie sich stattdessen darauf festlegte, einer Resolution des Sicherheitsrats, die einen Krieg legitimiert hätte, keinesfalls zuzustimmen und gemeinsam mit Frankreich und Russland eine diplomatische Koalition gegen amerikanische Kriegsabsichten bildete.

## **1.2 Eigene Herangehensweise**

Die bisherigen Erklärungen nehmen ausschließlich Regeln und Akteurskonstellationen auf der innerstaatlichen Ebene in den Blick. Dadurch gelangen sie zu präzisen Erkenntnissen darüber, auf welche Weise sich einzelne Faktoren dieser Ebene auf das außenpolitische Handeln einer Regierung auswirken können. Allerdings blenden sie damit bewusst andere Einflüsse aus, die wichtig sind, um die deutsche und spanische Irak-Politik zu verstehen. Aus diesem Grund bin ich der Auffassung, dass zwar innenpolitische Faktoren berücksichtigt werden müssen, um die unterschiedlichen Entscheidungen der Regierungen in der Irak-Krise erklären zu können. Daneben muss aber auch beachtet werden, in welcher Weise die Entscheidungen von sicherheitspolitischen und machtpolitischen Erwägungen geprägt waren.

Zudem legen die bisherigen Erklärungen den Schwerpunkt ihrer Untersuchungen auf handlungsbeschränkende Strukturen und vernachlässigen deswegen die Möglichkeiten individueller Akteure, mit strukturellen Einflüssen kreativ umzugehen. Wie ich im nächsten Kapitel ausführlich erläutern will, werden Entscheidungen in Krisensituationen jedoch letztlich von einzelnen hochrangigen Politikern getroffen, die trotz aller Umwelteinflüsse über ein gewisses Maß an Handlungsspielraum verfügen und sich beispielsweise bewusst gegen eine Option entscheiden

können, die aus der Sicht liberaler Erklärungsansätze nahe gelegen hätte. Rechtliche Vorschriften und institutionalisierte Verfahren in demokratischen Rechtsstaaten können zwar der Willkür einzelner Regierender entgegenwirken. Aber obwohl der Regierungschef und seine Minister in westlichen Demokratien (mehr oder minder großer) parlamentarischer Kontrolle<sup>15</sup> unterliegen und die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf die anstehenden Wahlen beachten müssen, liegt doch die Initiative des Handelns bei ihnen und somit auch die Möglichkeit, Beschränkungen zu antizipieren, sie zu manipulieren oder sich gegebenenfalls über sie hinwegzusetzen.

So wünschenswert es aus einer verfassungsrechtlichen und aus einer demokratietheoretischen Perspektive auch sein mag, dass folgenschwere Entscheidungen über Krieg und Frieden dem Parlament als dem Repräsentanten der Bevölkerung obliegen müssten, so wahr ist es auf einer rein deskriptiv-analytischen Ebene, dass gerade solche Entscheidungen in einem kleinen Zirkel hochrangiger Entscheidungsträger unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen werden. Zwar müssen sie dabei die Reaktion in den Regierungsfractionen antizipieren, ohne deren Zustimmung sich wichtige Beschlüsse nicht durchsetzen lassen. Die Entscheidung selbst fällt aber zuerst auf höchster politischer Ebene und wird erst danach dem Kabinett, der Fraktion und dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt.<sup>16</sup>

So hat beispielsweise die Hürde der notwendigen parlamentarischen Zustimmung zur Operation „Enduring Freedom“ im September 2001 in den Überlegungen im Umkreis von Gerhard Schröder durchaus eine Rolle gespielt. Ein rein innenpolitisches Kalkül hätte dem Bundeskanzler nahe gelegt, sich gegen eine militärische Beteiligung Deutschlands zu entscheiden, weil sie in den Regierungsfractionen auf zu große Ablehnung stieß und den Fortbestand der Koalition ernsthaft in Gefahr bringen konnte. Trotz dieses Kalküls hat er sich aber letztlich für einen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan entschieden. Offenbar hielt Schröder andere Faktoren, wie die internationale Stellung Deutschlands und die Bedrohung durch den Terrorismus in dieser Situation für wichtiger. In Spanien wiederum fand die Regierung einen Weg, die parlamentarische Zustimmung zur Entsendung von Truppen in den Irak zu umgehen. Sie manipulierte den eigenen Handlungsspielraum durch eine geeignete Auslegung der Verfassung. Wie diese Beispiele zeigen, erzeugen innenpolitische Konstellationen (genauso wie internatio-

---

<sup>15</sup> Für eine Übersicht über die parlamentarischen Kontrollbefugnisse in 26 ausgewählten Demokratien siehe: Wolfgang Wagner, „Parliamentary Control of Military Missions: Accounting for Pluralism“, *Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF)*, Occasional Paper, Nr. 12 (Genève, August 2006).

<sup>16</sup> Es ist ein empirischer Befund der Außenpolitikforschung, dass schwerwiegende Entscheidungen in Krisensituationen selbst in demokratischen Staaten im kleinen Kreis auf höchster politischer Ebene fallen. Ich werde darauf im nächsten Kapitel noch einmal eingehen. Siehe Margaret Hermann und Charles F. Hermann, „Who Makes Foreign Policy Decisions and How: An Empirical Inquiry“, *International Studies Quarterly*, 33 (1989), S. 361-387, hier S. 362-363; Helga Haftendorn, „Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse“, *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderausgabe (1990), S. 401-423, speziell S. 404 und Gunther Hellmann, *Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung* (Wiesbaden, 2006), S. 149.

nale Kräfteverhältnisse oder Sicherheitsbedrohungen) zwar ein gewisses Umfeld, in dem einige Handlungsoptionen durchführbar und andere unrealistisch erscheinen. Sie unterliegen jedoch den Interpretationen einzelner Entscheidungsträger, die anders mit ihnen umgehen können, als theoretische Annahmen das vorhersagen würden.

Die Einordnung und Gewichtung von Umwelteinflüssen wird demnach besonders in Krisensituationen letztlich von einzelnen Entscheidungsträgern vorgenommen. Sachverhalte, wie bevorstehende Wahlen oder parlamentarische Mehrheitsverhältnisse beeinflussen zwar die Wahl der Handlungsoptionen, legen sie aber nicht fest. Denn „alle Umweltfaktoren, seien sie international oder innerstaatlich“ gewinnen auf die Außenpolitik erst dann Einfluss, „wenn sie von menschlichen Akteuren aufgenommen und verarbeitet werden.“<sup>17</sup> Um eine außenpolitische Entscheidung über eine Kriegsbeteiligung zu erklären, muss man deshalb die Aufmerksamkeit darauf richten, welche subjektive Sichtweise die hochrangigsten Politiker in einem bestimmten innerstaatlichen und internationalen Kontext auf ihre Handlungsoptionen hatten. Die Rekonstruktion dieser subjektiven Sichtweisen kann am besten in detaillierten Fallstudien geleistet werden. Um die Unterschiede in der deutschen und spanischen Irak-Politik erklären zu können, habe ich deshalb mit der Methode des *process-tracing* in beiden Fällen die zeitliche Abfolge einzelner Entscheidungen rekonstruiert und sie dabei in ihren innerstaatlichen und internationalen Kontext gestellt. Aus einzelnen Äußerungen und Handlungen habe ich Rückschlüsse darauf gezogen, welche Ziele die Entscheidungsträger verfolgten und welche Kalküle ihr Handeln anleiteten. In der Analyse zeige ich dann, dass die Irak-Politik der deutschen und der spanischen Regierung auf jeweils subjektive sicherheitspolitische, machtpolitische und innenpolitische Kalküle individueller Akteure zurückzuführen ist.

### 1.3 Struktur der Arbeit

Ich werde im folgenden Kapitel (2) die theoretischen Grundüberlegungen darstellen, die diese Arbeit anleiten. Ich beginne damit, dass der Irak-Krieg eine *internationale Krise* zwischen USA und dem Irak und gleichzeitig eine *außenpolitische Krise* für Deutschland und Spanien darstellte (2.1). Daran anschließend werde ich erläutern, inwiefern sich Krisensituationen von anderen außenpolitischen Situationen unterscheiden und nochmals hervorheben, dass bei der Erforschung von Krisenentscheidungen einzelne Individuen als wichtigste Akteure betrachtet werden sollten (2.2). Wie rational die Kalkulationen solcher Akteure in Krisensituationen sein können, ist dann Thema des folgenden Abschnitts (2.3). In Abschnitt 2.4 lege ich dar, welche fun-

---

<sup>17</sup> Dirk Peters, „Ansätze und Methoden der Außenpolitikanalyse“, in Siegmund Schmidt, Gunther Hellmann und Reinhard Wolf, Hrsg., *Handbuch zur deutschen Außenpolitik* (Wiesbaden, 2007), S. 815-835, hier S. 827.

damentalen Ziele deutsche und spanische Entscheidungsträger in der Irak-Krise verfolgt haben und präsentiere eine analytische Unterscheidung dreier Kalküle, die mit diesen Zielen verbunden sind. In Abschnitt 2.5 erläutere ich die methodische Vorgehensweise und gehe auf die Quellenauswahl ein.

Im dritten Kapitel erkläre ich die ablehnende Haltung Deutschlands zum Irak-Krieg. Dazu werde ich in einem ersten Schritt (3.1) die deutsche Irak-Politik deskriptiv-analytisch schildern und in drei Phasen einteilen (3.1.1-3.1.3). In einem zweiten Schritt (3.2) analysiere ich die spezifischen sicherheitspolitischen, machtpolitischen und innenpolitischen Kalküle der deutschen Entscheidungsträger (3.2.1-3.2.3). In einem Zwischenfazit (3.3) erkläre ich dann die deutsche Außenpolitik in der Irak-Krise als Ergebnis einer Kombination dieser drei Kalküle. Im vierten Kapitel erkläre ich Spaniens Positionierung in der Irak-Krise. Es ist ebenso wie das dritte Kapitel in einen Darstellungs- (4.1) und einen erklärenden Analyseteil (4.2) gegliedert, in denen jeweils in Unterabschnitten drei Phasen der spanischen Irak-Politik (4.1.1-4.1.3) geschildert und spezifische Kalküle der spanischen Entscheidungsträger (4.2.1-4.2.3) analysiert werden. Auch hier werde ich im Zwischenfazit (4.3) die spanische Irak-Politik als Resultat eines Zusammenspiels dieser Kalküle erklären. Im abschließenden fünften Kapitel werde ich in einem Vergleich die Unterschiede im außenpolitischen Handeln Deutschlands und Spaniens während der Irak-Krise erklären (5.2).

## 2. Außenpolitische Entscheidungen in Krisensituationen

### 2.1 Definition und Merkmale von Krisensituationen

Unter einer *internationalen Krise* versteht man in der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB) eine Situation, in der zwei oder mehr Staaten sich gegenseitig militärische Gewalt androhen und dadurch Veränderungen in der Struktur des internationalen Systems provozieren.<sup>18</sup> Die Juli-Krise von 1914, die zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs führte und die Kuba-Krise von 1962 sind zwei besonders prominente Beispiele. Auch die Auseinandersetzung zwischen den USA und dem Irak im Jahr 2003 ist zweifellos als internationale Krise zu bezeichnen, in der amerikanische Regierungsmitglieder dem irakischen Regime militärische Gewalt androhten und erklärten, dass auch sie Saddam Hussein als Gefahr für die Sicherheit ihres Landes betrachteten.

Allerdings untersuche ich hier nicht die Entscheidungen der direkten Kontrahenten der Krise. Spanien und Deutschland haben die Krise nicht selbst durch gegenseitige Drohungen ausgelöst, mussten sich aber als Drittstaaten entscheiden, ob und in welcher Form sie sich an der Auseinandersetzung beteiligen wollten. Eine solche Situation wird als *außenpolitische Krise* für einen einzelnen Staat bezeichnet, wenn aus der Sicht der höchsten Entscheidungsträger erstens ein oder mehrere grundlegende Werte bedroht sind, zweitens die Zeit für eine Reaktion begrenzt ist und drittens die Wahrscheinlichkeit hoch ist, in eine kriegerische Auseinandersetzung verwickelt zu werden.<sup>19</sup> Dies trifft auf Deutschland und Spanien im Sommer 2002, besonders aber zu Beginn des Jahres 2003 zu. Deutsche und spanische Entscheidungsträger erlebten eine außenpolitische Krise, die sie nicht selbst herbeigeführt hatten. Sie mussten „unter hohem Zeitdruck Entscheidungen von großer Tragweite“ treffen, bei denen „gesellschaftliche Werte auf dem Spiel“ standen.<sup>20</sup>

Entscheidungen in Krisensituationen werden in der Außenpolitikforschung von Routine- und Planungsentscheidungen unterschieden.<sup>21</sup> *Routineentscheidungen* werden in ständiger Wiederholung zumeist auf der Arbeitsebene der Exekutive getroffen. *Planungsentscheidungen* gehen aus der Koordination zwischen Grundsatzreferaten, Planungsstäben, Parteien, Experten und gesellschaftlichen Akteuren hervor, die sich typischerweise über einen langen Zeitraum hinzieht. *Krisenentscheidungen* werden dagegen kurzfristig unter Zeitdruck getroffen. Routinisierte Hand-

---

<sup>18</sup> Michael Brecher unter Mitarbeit von Benjamin Geist, *Decisions in Crisis. Israel, 1967 and 1973* (Berkeley, Los Angeles, London, 1980), S. 1; Michael Brecher und Jonathan Wilkenfeld, *A Study of Crisis* (Ann Arbor, 2000), S. 3; siehe auch Lebow, *Between Peace and War*, S. 7-12.

<sup>19</sup> Brecher und Wilkenfeld, *Study of Crisis*, S. 3.

<sup>20</sup> Haftendorn, „Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse“, S. 404.

<sup>21</sup> Siehe Hellmann, *Deutsche Außenpolitik*, S. 143-152.

lungsmuster sind durchbrochen und die Zuständigkeit verlagert sich auf eine höhere politische Ebene.<sup>22</sup> Typisch ist, dass „häufig nur eine kleine Anzahl an Individuen an der Entscheidungsfindung beteiligt ist, zumeist auf höchster politischer Ebene. Das klassische Bild der Außenpolitik als Resultat des Handelns großer Männer und Frauen ist am häufigsten noch bei Krisenentscheidungen angemessen.“<sup>23</sup>

## 2.2 Individuelle Entscheidungsträger in Krisensituationen

Wenn es einzelne hochrangige Politiker sind, die in Krisensituationen unter Zeitdruck weitreichende Entscheidungen treffen müssen, dann würde man angesichts der großen Verantwortung, die auf ihnen lastet, hoffen, dass sie alle Argumente sorgfältig gegeneinander abwägen, sich über die Konsequenzen ihrer Handlungen Gedanken machen. Kurzum: als Bürger erwartet man von seiner Regierung eine rationale Entscheidung.

Es ist unumstritten, dass Menschen grundsätzlich die Fähigkeit haben, entsprechend eines rationalen Kalküls zu handeln. Gerade bei Politikern, die eine erfolgreiche Parteikarriere zurückgelegt haben, kann man davon ausgehen, dass sie strategisch kalkulieren und handeln müssen, um in einflussreiche Positionen zu gelangen. Derartige Kalkulationen sollte man sich aber weniger als systematische logische Rechenarbeit, sondern eher als ein erfahrungsbasiertes Einschätzen und Urteilen vorstellen. Wenn man beispielsweise vor der Entscheidung steht, welches Auto man kauft, hat man die Möglichkeit, anhand feststehender Kriterien einen systematischen Vergleich zwischen verschiedenen Fahrzeugen der gleichen Preisklasse vorzunehmen und sich am Ende für den Wagen zu entscheiden, der aus einer logischen Sicht das beste Preis-Leistungsverhältnis verspricht. Außenpolitischen Entscheidungsträgern, die sich unter Zeitdruck zwischen verschiedenen Handlungsstrategien entscheiden müssen, mangelt es aber allein schon an den quantitativ messbaren und überschaubaren Parametern, um eine solche systematische Berechnung vornehmen zu können.

Politische Entscheidungen in Krisensituationen zeichnen sich durch ein hohes Maß an Unsicherheit aus. Hochrangige Entscheidungsträger müssen unter Zeitdruck mit neuartigen Ent-

---

<sup>22</sup> Vgl. Hermann, Margaret und Charles F. Hermann, „Who Makes Foreign Policy Decisions and How: An Empirical Inquiry“, *International Studies Quarterly*, 33 (1989), S. 361-387, hier S. 362-363.

<sup>23</sup> Hellmann, *Deutsche Außenpolitik*, S. 149. Zur Bedeutung hochrangiger Entscheidungsträger in der Außenpolitik vgl. auch Daniel L. Byman und Kenneth M. Pollack, „Let Us Now Praise Great Men. Bringing the Statesman Back In“, *International Security*, Jg. 25, Nr. 4 (2001), S. 107-146; Fred I. Greenstein, „The Impact of Personality on the End of the Cold War: A Counterfactual Analysis“, *Political Psychology*, Jg. 19, Nr. 1 (1998), S. 1-16 und Valerie M. Hudson, „Foreign Policy Analysis: Actor-Specific Theory and the Ground of International Relations“, *Foreign Policy Analysis* (2005), S. 1-30.

wicklungen umgehen, die sie nicht kontrollieren und deren Ausgang sie nur vermuten können. Sie müssen zwischen Handlungsoptionen wählen, deren Folgen nur schwer einzuschätzen sind.

„Foreign policy decision makers wrestle with formidable tasks. They are asked to make decisions with far-reaching consequences on the basis of extraordinarily complicated, incomplete, and uncertain evidence“<sup>24</sup>

Außenpolitische Krisensituationen sind nicht so eindeutig strukturiert, als dass sich daraus objektiv optimale Handlungswege ableiten ließen. Die Einschätzung aller Konsequenzen einer Entscheidung ist realistischlicherweise nicht möglich. Die Tatsache, dass es Politikern dennoch gelingt, unter solchen Bedingungen der Unsicherheit aus den verfügbaren Informationen plausible Schlüsse zu ziehen und passende Handlungsstrategien abzuleiten, kann damit erklärt werden, dass Menschen gerade in solchen unstrukturierten problematischen Situationen auf ihre eigene Interpretation angewiesen sind und Ereignisse mit einem subjektiven Sinn belegen.<sup>25</sup> Aus dieser Perspektive wäre es keineswegs überraschend, wenn eine Person X in derselben Situation und auf der Grundlage derselben Informationen eine andere Entscheidung treffen würde als eine Person Y, weil beide die gleiche Situation unterschiedlich interpretiert und einzelne Ereignisse unterschiedlich eingeordnet haben.

Es muss aber nicht heißen, dass solche Selektionsmechanismen notwendigerweise zu „falschen“ Schlussfolgerungen und „Verzerrungen“ in der Wahrnehmung führen. Robert Jervis, der einerseits selbst über fatale Folgen von „Fehlwahrnehmungen“ außenpolitischer Entscheidungsträger schreibt, weist andererseits darauf hin, dass die selektive Deutung von Fakten ein notwendiger Bestandteil der Informationsverarbeitung ist. Am Beispiel Winston Churchills illustriert er, dass eine besonders subjektiv geprägte Sichtweise sich durchaus als hilfreich und zutreffend herausstellen kann. Churchill hatte schon viele Jahre vor dem Einmarsch Nazi-Deutschlands in Polen die Appeasement-Politik der britischen Regierung scharf kritisiert und damit anfangs ziemlich allein in der britischen Öffentlichkeit gestanden. Anders als ein Großteil der politischen Elite glaubte er nicht daran, dass die Nazis sich mit einem Erlass von Kriegsschulden und der Annexion deutschsprachiger Gebiete zufrieden geben würden. Er hielt an seiner persönlichen Überzeugung fest, dass die Außenpolitik Nazi-Deutschlands auf die Hegemonie in Europa abzielte und er behielt letztlich Recht damit.<sup>26</sup> Wichtig ist daran, dass Churchill *ebenso* wie die Vertreter der Appeasement-Politik Informationen selektiv aufnahm.

---

<sup>24</sup> Donald Kinder und Janet Weiss, „In Lieu of Rationality: Psychological Perspectives on Foreign Policy Decision Making“, *Journal of Conflict Resolution*, Jg. 22, Nr. 4 (1978), S. 707-735, hier S. 725.

<sup>25</sup> Steinbruner, *The Cybernetic Theory of Decision*, S. 110-112.

<sup>26</sup> Robert Jervis, „Hypotheses on Misperception“, *World Politics*, 20 (1968), S. 454-479, hier S. 460-461; siehe auch Sebastian Haffner, *Winston Churchill* (Reinbek bei Hamburg, 1967), S. 92-105.

Nur weil sich am Ende Churchills Interpretation der Nazi-Außenpolitik als berechtigt herausstellte, war seine Wahrnehmung nicht weniger verzerrt als diejenige Neville Chamberlains, dessen Entscheidungen den Absichten Hitlers entgegenkamen. Kalküle hochrangiger Entscheidungsträger in Krisensituationen sollte man sich also als Prozess des Einschätzens und Urteilens auf der Grundlage unsicherer Informationen vorstellen. Sie sind rational in dem Sinne, als dabei Vor- und Nachteile verschiedener Optionen gegeneinander abgewogen und entsprechende Schlüsse gezogen werden.

Allerdings haben *Rational Choice*-Ansätze in den vergangenen Jahrzehnten in der IB-Forschung eine sehr enge Definition von Rationalität etabliert.<sup>27</sup> Der Begriff wird seitdem mit dem spezifischen idealtypischen Akteursmodell des *homo oeconomicus* in Verbindung gebracht, dessen Handeln darauf ausgerichtet ist, den eigenen Nutzen zu maximieren und Kosten zu vermeiden.<sup>28</sup> In einer Entscheidungssituation kann ein solcher Akteur zwischen verschiedenen Optionen diejenige wählen, die in der Bilanz den größten Nutzen verspricht.<sup>29</sup> Vor einer Entscheidung beachtet er alle verfügbaren Fakten und bezieht alle denkbaren Handlungsoptionen in seine Überlegungen ein. Tauchen nach einer Entscheidung neue Informationen auf, integriert er diese sukzessive in seine Kalkulation und modifiziert die bisherige Entscheidung, wenn die neue Faktenlage es verlangt.<sup>30</sup>

Unter Berücksichtigung bekannter Eigenarten der menschlichen Informationsverarbeitung erscheinen die Annahmen des rationalistischen Akteursmodells stark idealisiert und unrealistisch. Gerade in Krisensituationen verarbeiten Politiker nicht alle verfügbaren Informationen. Um alle Handlungsoptionen zu berücksichtigen und sorgfältig auf ihre Konsequenzen zu prüfen fehlt schlichtweg die Zeit. Wichtiger ist noch, dass einzelne Personen Informationen völlig unterschiedlich interpretieren können, so dass es in einer Situation keine Handlungsstrategie geben kann, die als die objektiv nutzbringendste erkennbar wäre.<sup>31</sup>

---

<sup>27</sup> Für einen Überblick siehe Duncan Snidal, "Rational Choice and International Relations", in Walter Carlsnaes, Thomas Risse und Beth Simmons, Hrsg., *Handbook of International Relations* (2006), S. 73-94.

<sup>28</sup> Einzelne Theorien innerhalb des rationalistischen Paradigmas treffen unterschiedliche Annahmen darüber, worin dieser Nutzen besteht. Individuellen oder kollektiven Akteuren wird beispielsweise zugeschrieben, dass sie materiellen Wohlstand maximieren oder auch ihre Machtstellung optimieren wollen. Grundsätzlich wäre es auch mit dem rationalistischen Akteursmodell vereinbar, den Nutzen normativ oder ideell zu definieren. Siehe Snidal, "Rational Choice and International Relations", S. 75.

<sup>29</sup> Siehe: Volker Rittberger, "Approaches to the Study of Foreign Policy Derived from International Relations Theories", *Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung*, Nr 46 (2004), S. 8; Vgl. auch Graham Allison und Philip Zelikow, *Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis* (New York u.a., 1999), S. 18.

<sup>30</sup> Vgl. John D. Steinbruner, *The Cybernetic Theory of Decision. New Dimensions of Political Analysis* (Princeton, 1974), S. 34-35.

<sup>31</sup> Kinder und Weiss, "In Lieu of Rationality", S. 708; Richard N. Lebow, *Between Peace and War. The Nature of International Crisis* (Baltimore, London, 1981), S. 102-103.

Für die Zwecke meiner Arbeit halte ich es nicht für erkenntnisfördernd, mit einem Akteursmodell zu arbeiten, das dem Menschen ganz offensichtlich nicht entspricht. An Stelle dieser engen Definition von Rationalität teile ich eher das breite Verständnis von Rationalität, wie es Herbert Simon formuliert.<sup>32</sup> Statt das Handeln von Akteuren an den Maßstäben einer *objektiven Rationalität* zu messen und mit einer Nutzenfunktion abzugleichen, die man selbst definiert hat, sollte man die *subjektive Rationalität* der handelnden Personen verstehen, um ihre Entscheidungen erklären zu können.<sup>33</sup> Da Entscheidungen kontextabhängig getroffen werden, ist ein solches erklärendes Verstehen möglich, wenn man sich in die Entscheidungssituation zurückversetzt und dann rekonstruiert, wie hochrangige Entscheidungsträger sie vor dem Hintergrund ihrer eigenen Ziele interpretiert haben. Besonders wenn man das Handeln individueller Akteure verstehen will, ist es wichtig, deren Ziele nicht aus abstrakten Annahmen herzuleiten.

„My main conclusion is that the key premises in any theory that purports to explain the real phenomena of politics are the empirical assumptions about goals and, even more important, about the ways in which people characterize the choice situations that face them. These goals and characterizations do not rest on immutable first principles, but are functions of time and place that can only be ascertained by empirical inquiry.”<sup>34</sup>

Ich stimme mit Simon überein, dass die Ziele von Akteuren subjektiv und kontextgebunden sind und man sie deshalb durch empirische Forschung induktiv erschließen muss. Darüber hinaus gehe ich davon aus, dass diese Ziele und die Charakterisierung der Situation keine voneinander unabhängigen Dinge sind, sondern dass es fundamentale Ziele gibt, die die subjektive Sichtweise der Akteure auf die Entscheidungssituation prägen.

## 2.3 Drei fundamentale Ziele und drei Kalküle

Ich habe argumentiert, dass bei Krisenentscheidungen einzelne Individuen im auf höchster politischer Ebene eine Schlüsselrolle spielen. Sie treffen Entscheidungen in problematischen Situationen, in denen Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Krise herrscht. Sie kennen weder zukünftige Ereignisse noch zukünftige Handlungen anderer Akteure, noch können sie die Konsequenzen der eigenen Entscheidung mit Sicherheit berechnen.

Wie Politiker unter diesen Bedingungen eine Krisensituation interpretieren und welche Entscheidung sie als optimal empfinden, ist subjektiv und hängt davon ab, welche Ziele sie verfol-

---

<sup>32</sup> Herbert Simon, “Human Nature in Politics: The Dialogue of Psychology with Political Science”, *American Political Science Review*, Jg. 79, Nr. 2 (1985), S. 293-304.

<sup>33</sup> Vgl. Hollis und Smith, *Explaining and Understanding International Relations*, Kap. 4; und speziell S. 173.

<sup>34</sup> Simon, “Human Nature in Politics”, S. 301.

gen. Durch seine Ziele „begrenzt der Entscheider den ‚Möglichkeitsraum‘, aus der *grand world* aller Möglichkeiten wird die *small world* der *relevanten* Möglichkeiten.“<sup>35</sup> „Fundamentale Ziele“, die nicht nur der Erreichung eines übergeordneten Zwecks dienen, sondern ohne die Notwendigkeit einer weiteren Begründung für erstrebenswert befunden werden, prägen die Wahrnehmung einer Entscheidungssituation.<sup>36</sup> Politiker sind demnach nicht für alle Informationen zugänglich und wägen nicht alle verfügbaren Handlungsoptionen gegeneinander ab. Sie beziehen nur die Informationen und Optionen in ihre Kalküle ein, die ihnen vor dem Hintergrund ihrer Ziele relevant erscheinen.

In der empirischen Beschäftigung mit der deutschen und der spanischen Irak-Politik habe ich drei fundamentale *Ziele* identifiziert, die Entscheidungsträger in beiden Fällen verfolgten. Mit jedem dieser *Ziele* ist ein spezifisches *Kalkül* verbunden. Als *Kalkül* bezeichne ich die Überlegungen von Individuen, in denen sie abwägen, auf welchem Weg sie ein *Ziel* am besten erreichen können. Meine Analyse hat ergeben, dass deutsche und spanische Entscheidungsträger *erstens* die Sicherheit ihres Staates gewährleisten wollten. In entsprechenden sicherheitspolitischen *Kalkülen* haben sie beurteilt, welche Entscheidung diesem *Ziel* am besten gerecht wurde. *Zweitens* waren sie bestrebt, in ihrem Handeln dem Rang ihres Staates gerecht zu werden und seinen Einfluss möglichst zu steigern. In den damit zusammenhängenden machtpolitischen *Kalkülen*, haben sie eingeschätzt, welche Entscheidungen dies ermöglichten. *Drittens* wollten sie ihre eigene Position als Regierungschef erhalten. Daraus ergaben sich innenpolitische *Kalküle*, in denen sie überlegten, wie sich ihre Entscheidungen auf dieses *Ziel* auswirken würden.

Ich treffe also eine analytische Unterscheidung zwischen drei fundamentalen *Zielen* und den jeweiligen damit korrespondierenden *Kalkülen*. Es kann sein, dass sicherheitspolitische, machtpolitische und innenpolitische *Kalküle* ineinander greifen, wenn mit ein und derselben Handlungsoption alle drei *Ziele* in Übereinstimmung gebracht werden können. In einer komplexen Entscheidungssituation, wie sie eine außenpolitische Krise darstellt, kann es aber auch vorkommen, dass eine Handlungsoption, die für das Erreichen eines der *Ziele* sinnvoll zu sein scheint, gleichzeitig einem anderen *Ziel* zuwiderläuft. Bei einem solchen Konflikt zwischen fundamentalen *Zielen* können Politiker entweder widersprüchliche Entscheidungen treffen

---

<sup>35</sup> Helmut Jungermann, Hans-Rüdiger Pfister und Katrin Fischer, *Die Psychologie der Entscheidung. Eine Einführung* (Spektrum: München, 2005), S. 119, Hervorhebungen im Original.

<sup>36</sup> Ebd., S. 106.

oder aber in einer übergreifenden Kalkulation eine Gewichtung vornehmen und einem der Ziele Priorität zuschreiben.<sup>37</sup>

### 2.3.1 Sicherheitspolitische Kalküle

Ein fundamentales Ziel, das sowohl deutsche als auch spanische Entscheidungsträger in der Irak-Krise verfolgten, bestand darin, ihren Staat so gut wie möglich vor Risiken und Bedrohungen zu schützen. Dieses Ziel war Grundlage ihrer sicherheitspolitischen Kalküle. Das heißt, sie versuchten abzuschätzen, ob ein Krieg gegen den Irak die Sicherheit ihres Staates verbessern oder eher verschlechtern würde und wie sich einzelne Handlungsoptionen in diesem Zusammenhang ausgewirkt hätten. Die Entscheidung für eine dieser Handlungsoptionen trafen sie also vor dem Hintergrund bestimmter sicherheitspolitischer Kalküle, wie ich sie nun kurz beispielhaft darstellen werde.

Wie in den meisten Krisensituationen, gab es auch in der Irak-Krise mehrere Möglichkeiten, der Interpretation. Waren die Anschuldigungen, die die USA vorbrachten zutreffend, dann stellten die Massenvernichtungswaffen des irakischen Regimes eine Bedrohung dar. Wären Terrororganisationen tatsächlich von Saddam Hussein mit biologischen oder chemischen Kampfstoffen ausgestattet worden, dann hätte das zweifellos auch eine Gefahr für Westeuropa bedeutet. Hätte ein irakisches Nuklearprogramm tatsächlich existiert, dann wäre das durchaus ein Problem für die Stabilität der Region am Persischen Golf gewesen und hätte somit auch deutschen und spanischen Sicherheitsinteressen widersprochen. Andererseits konnte man aber auch die amerikanische Kriegsdrohung selbst als sicherheitspolitisches Risiko betrachten und von ihren Folgen eine Destabilisierung der Region befürchten. Selbst eine erfolgreiche amerikanische Invasion würde wahrscheinlich von den Bevölkerungen der arabischen Staaten als imperiale Anmaßung betrachtet werden. Eine Besatzung des Iraks mit Truppen aus westlichen Staaten würde als Demütigung empfunden werden und früher oder später den Zorn der Iraker auf sich ziehen. Es bestand das Risiko, dass eine amerikanische Invasion den islamischen Fundamentalismus weiter anheizen und eine sich anbahnende Auseinandersetzung zwischen dem Westen und der islamischen Welt anheizen könnte.

Deutsche und spanische Entscheidungsträger mussten also in dieser Krisensituation, die potenziell in einen Krieg münden konnte, einschätzen, ob und wie stark die Sicherheit ihres Staates bedroht wurde. Sie mussten kalkulieren, welche Entscheidung die richtige war, um die Sicherheit ihres Staates zu bewahren. Die Wahrnehmung, ob eher von den Massenvernichtungs-

---

<sup>37</sup> Für einen Überblick über die psychologische Entscheidungsforschung über Zielkonflikte vgl. Jungermann u.a., *Psychologie der Entscheidung*, S. 103-140.

waffen des irakischen Regimes oder von einer amerikanischen Invasion Sicherheitsrisiken ausgingen, hat ihre Entscheidung wesentlich beeinflusst.

Solche sicherheitspolitischen Kalküle, wie ich sie in der empirischen Analyse bei den deutschen und spanischen Entscheidungsträgern identifiziert habe, werden auch im wissenschaftlichen Diskurs thematisiert. Es besteht hier weitgehend ein Konsens, dass Regierungschefs bestrebt sind, die Sicherheit ihres Staates zu gewährleisten. Neorealistische Autoren gehen davon aus, dass das Streben nach Sicherheit im Zentrum staatlichen Handelns steht. Weil sie im Ernstfall keinen Schutz von einer übergeordneten Autorität erwarten könnten, müssten Staaten immer in worst-case-Szenarien denken und selbst langjährigen Verbündeten misstrauen.<sup>38</sup> Autoren wie Stephen Walt, die sich der gleichen Theorieschule zuordnen, haben diese Aussagen allerdings dahingehend relativiert, dass dieses Misstrauen nicht allen Staaten gleichermaßen gelten müsse, sondern dass manche Staaten eine größere Sicherheitsbedrohung darstellten als andere.<sup>39</sup> Auch Alexander Wendt betont diesen subjektiven Faktor der Bedrohungswahrnehmung, wenn er in seiner Kritik am Neorealismus hervorhebt, dass Bedrohungen keine objektiven Tatsachen sind und es daher von großer Bedeutung sei, wie ein Staat die Absichten anderer Staaten interpretiere. Britische Raketen hätten für die USA während des Kalten Kriegs eine andere Bedeutung gehabt als sowjetische Raketen.<sup>40</sup> Sowohl neorealistische als auch sozialkonstruktivistische Ansätze gehen allerdings davon aus, dass es *Staaten* sind, die sich gegenseitig als Bedrohung wahrnehmen. Nur Autoren aus dem Bereich der Politischen Psychologie haben sich bisher der Frage gewidmet, wie sich die subjektive Bedrohungswahrnehmung *einzelner Entscheidungsträger* auf den Verlauf von Krisen auswirkt. Sie sind dabei aber vor allem der Frage nachgegangen, inwiefern „Fehlwahrnehmungen“ oder „kognitive Blockierungen“ für politische Entscheidungen verantwortlich sind, die zu unerwünschten Folgen geführt haben.<sup>41</sup>

Es gibt also durchaus Überschneidungen zwischen den erwähnten theoretischen Arbeiten und meiner Art und Weise, die sicherheitspolitischen Kalküle der deutschen und spanischen Entscheidungsträger zu interpretieren. Meine Erkenntnisse aus der empirischen Beschäftigung mit der Irak-Krise stimmen mit der neorealistischen Annahme überein, dass Sicherheit ein fundamentales Ziel ist, das Entscheidungsträger verfolgen. Ebenso finde ich das konstruktivistische Argument bestätigt, dass Bedrohungen nicht objektiv sind, sondern Interpretationen un-

---

<sup>38</sup> Siehe John Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics* (New York, 2001), S. 29-55, speziell S. 31. Kenneth N. Waltz, *Theory of International Politics* (New York u.a., 1979), S. 102-114.

<sup>39</sup> Siehe Stephen M. Walt, *The Origins of Alliances* (Ithaca, London, 1987); Stephen M. Walt, „Testing Theories of Alliance Formation: The Case of Southwest Asia“, *International Organization*, Jg. 42, Nr. 2 (1988), S. 275-316.

<sup>40</sup> Alexander Wendt, „Anarchy is What States Make of It. The Social Construction of Power Politics“, *International Organization*, Jg. 46, Nr. 2 (1992), S. 391-425, hier S. 397.

<sup>41</sup> Robert Jervis, *Perception and Misperception in International Politics* (Princeton, 1976); Richard N. Lebow, „Kognitive Blockierung und Krisenpolitik: Deutsche Entscheidungsträger im Juli 1914“, in Reiner Steinweg, Red., *Kriegsursachen*, Reihe: Friedensanalysen 21 (Frankfurt a.M., 1987), S. 191-247 und Lebow, *Between Peace and War*.

terliegen. Ich gehe zudem wie die Vertreter der Politischen Psychologie davon aus, dass es nicht Staaten sind, die solche Bedrohungswahrnehmungen haben, sondern einzelne hochrangige Entscheidungsträger, die auf der Grundlage von Geheimdiensterkenntnissen, aber auch persönlichen Erfahrungen oder Überzeugungen in einem sicherheitspolitischen Kalkül zu einer subjektiven Einschätzung gelangen, *ob* die Sicherheit ihres Staates bedroht ist, *wovon* diese Bedrohung ausgeht und *welche Entscheidung* aus ihrer Sicht die ratsamste wäre, um ihren Staat zu schützen.

### 2.3.2 Machtpolitische Kalküle

Ein weiteres fundamentales Ziel, das ich bei deutschen und spanischen Entscheidungsträgern festgestellt habe, bestand darin, sowohl den internationalen Rang als auch die Einflussmöglichkeiten ihres Staates zu erhalten und wenn möglich zu verbessern. Dieses Ziel war die Grundlage machtpolitischer Kalküle, in denen sie einzuschätzen versuchten, was eine militärische Intervention in Irak für die Stellung ihres Staates bedeuten würde und welche Handlungsoptionen am besten geeignet wären, die Einflussmöglichkeiten ihres Staates zu verbessern. Insofern lagen einigen ihrer Entscheidungen machtpolitische Kalküle zugrunde.

Wie solche Kalküle im Einzelnen aussahen, hing davon ab, wie die deutschen und spanischen Entscheidungsträger den derzeitigen Rang ihres Staates einschätzten. Dabei zogen sie Vergleiche sowohl mit anderen europäischen Staaten auf einer regionalen Ebene als auch mit Staaten in der globalen Kräftekonstellation. Das Ergebnis, zu dem sie bei solchen Vergleichen gelangten, musste allerdings nicht übereinstimmen mit ihrer persönlichen Überzeugung, welcher Rang ihrem Staat *eigentlich* zustehen müsste. Deutsche und spanische Entscheidungsträger überlegten im Kontext der Irak-Krise, ob die Rolle, die ihrem Staat zugestanden wurde auch dem Rang entsprach, den sie für ihren Staat in Anspruch nahmen. Sie überprüften, ob die Einflussmöglichkeiten, die ihrem Staat gewährt wurden, mit ihren eigenen Vorstellungen und Ambitionen in Einklang zu bringen waren. Darüber hinaus kalkulierten sie, welche langfristigen Folgen die aktuellen Entwicklungen für die Stellung ihres Staates in der regionalen und globalen Kräftekonstellation haben würden und welche Entscheidungen geeignet waren, um die Einflussmöglichkeiten ihres Staates zu steigern.

Auf solche machtpolitischen Erwägungen machen in der Theoriediskussion der IB vor allem realistische Autoren aufmerksam. Frühe Realisten wie E.H. Carr und Hans Morgenthau haben hervorgehoben, dass das Machtstreben von Staaten ein Grundmuster der internationa-

len Politik sei.<sup>42</sup> Während dieses Machtstreben in den vergangenen Jahrzehnten meistens allzu eng als Maximierung von ökonomischen und militärischen Gütern definiert worden ist, haben neuere Arbeiten darauf hingewiesen, dass auch das Streben nach Einfluss<sup>43</sup> und nach Prestige<sup>44</sup> dazu gerechnet werden müsse. Staaten wollten demnach nicht nur ihre materielle Macht steigern, sondern seien ebenso darauf bedacht, dass sie die internationale Politik in ihrem Sinne beeinflussen können und von anderen Staaten als wichtiger Akteur wahrgenommen werden.

Die realistische Theorietradition hebt hervor, dass die Großmächte des internationalen Systems miteinander um regionale und globale Vorherrschaft konkurrierten. Da aber jeder potenzielle Hegemon eine Gefahr für die anderen Großmächte darstelle, würden sich diese bemühen, bestehende Machtunterschiede auszubalancieren, indem sie sich zu Allianzen zusammenschließen. Realisten stimmen beispielsweise darin überein, dass die USA den anderen Großmächten bei weitem überlegen ist und dass die entscheidende Frage für die Entwicklung der künftigen Jahrzehnte sei, wie sich die potenziellen Konkurrenten in der zweiten Reihe, so genannte *second tier*-Großmächte, gegenüber der einzigen verbliebenen Supermacht USA verhalten werden.<sup>45</sup> Selbst langjährige Verbündete der USA sähen sich langfristig vor die Entscheidung gestellt, ob sie entweder über *balancing*-Strategien eine Gegenmacht zu den USA aufbauen wollen oder ob sie den größeren Vorteil darin erkennen, sich den USA zumindest vorübergehend mit *bandwagoning*-Strategien unterzuordnen. William Wohlforth hat argumentiert, dass eine ernsthafte Gegenmachtbildung sich unter den derzeitigen Bedingungen der Unipolarität für keine andere Großmacht auszahle, da keine von ihnen in der Lage wäre, auf absehbare Zeit die notwendige Menge an Ressourcen aufzubauen, um eine Koalition gegen die USA anführen zu können. Versuche in diese Richtung würden zudem ihrerseits eine lokale Gegenmachtbildung in der Region provozieren.<sup>46</sup> Während hier aber nur materielle Kategorien herangezogen wer-

---

<sup>42</sup> Edward H. Carr, *The Twenty Years Crisis. 1919-1939. An Introduction to the Study of International Relations* (London, 1939); Hans J. Morgenthau, *Politics Among Nations*.

<sup>43</sup> Siehe Rainer Baumann, Volker Rittberger und Wolfgang Wagner, „Macht und Machtpolitik. Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen über die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung“, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 6, Nr. 2 (1999), S. 245-286; Rainer Baumann, Volker Rittberger und Wolfgang Wagner, „Neorealist Foreign Policy Theory“, in Volker Rittberger, Hrsg., *German Foreign Policy Since Unification. Theories and Case Studies* (Manchester, 2001), S. 37-67.

<sup>44</sup> Siehe Daniel S. Markey, *The Prestige Motive in International Relations*, Dissertation presented to the Faculty of Princeton University in Candidacy for the Degree of Doctor of Philosophy, Recommended for Acceptance by the Department of Politics (Ann Arbor, 2001); William C. Wohlforth, *The Elusive Balance: Power and Perceptions during the Cold War* (Ithaca, N.Y., 1993); Für einen Literaturüberblick zu Werken sog. neoklassischer Realisten, siehe Gideon Rose, „Neoclassical Realism and Theories of Foreign Policy“, *World Politics*, Jg. 51, Nr. 1 (1998) S. 144-172.

<sup>45</sup> Vgl. William C. Wohlforth, „The Stability of a Unipolar World“, *International Security*, Jg. 24, Nr. 1 (1999), S. 5-41; Kenneth N. Waltz, „The Emerging Structure of International Politics“, *International Security*, Jg. 18, Nr. 2 (1993), S. 44-79, hier S. 50, 72; Kenneth N. Waltz, „Structural Realism after the Cold War“, *International Security*, Jg. 25, Nr. 1, (2000), S. 5-41, hier S. 30-39; Michael Mastanduno und Ethan B. Kapstein, „Realism and State Strategies After the Cold War“, in: Ethan B. Kapstein und Michael Mastanduno, Hrsg., *Unipolar Politics. Realism and State Strategies After the Cold War* (New York, 1999), S. 1-27, hier S. 1-7.

<sup>46</sup> Wohlforth, *Stability of a Unipolar World*, S. 8, 28-30.

den, haben andere realistische Autoren darauf hingewiesen, dass sich auch Koalitionen gegen die USA bilden könnten, die nicht die Form einer militärischen Allianz annehmen. Auch eine kurzfristige informelle Zusammenarbeit in internationalen Institutionen gegen ein unilaterales Verhalten der USA sehen sie als eine Form der Gegenmachtbildung, die sie als *soft-balancing* bezeichnen. Demnach könne die dominierende Position der USA auch von *second tier*-Großmächten in wechselnden Koalitionen mit diplomatischen Mitteln herausgefordert werden.<sup>47</sup>

Die machtpolitischen Kalküle, die ich bei deutschen und spanischen Entscheidungsträgern festgestellt habe und den Abschnitten 3.2.3 und 4.2.3 erläutern werde, weisen zum Teil große Ähnlichkeiten mit den Gedankengängen der realistischen Theorieschule auf, die ich gerade beschrieben habe. Sowohl das Streben nach Prestige und Einfluss, als auch Überlegungen zur Bildung von Koalitionen gegen mächtigere Staaten haben in ihren Kalkulationen während der Irak-Krise eine Rolle gespielt. Insofern bieten die theoretischen Konzepte des Realismus ein nützliches begriffliches Instrumentarium, um machtpolitische Kalküle deutscher und spanischer Politiker zu beschreiben. Obwohl Macht zumeist auch eine materielle Dimension hat, ging es ihnen aber in erster Linie um nicht-materielle Fragen nach dem Rang und den Einflussmöglichkeiten ihres Staates.

### 2.3.3 Innenpolitische Kalküle

Das dritte fundamentale Ziel, das deutsche und spanische Entscheidungsträger in der Irak-Krise verfolgten, war ihr eigener Machterhalt. Dieses Ziel bildete die Grundlage innenpolitischer Kalküle, in denen sie einschätzten, ob es für eine außenpolitische Position innerhalb ihres Staates genügend Rückhalt geben würde und welche Handlungsoption es ihnen ermöglichen würde, auch zukünftig ihr Amt an der Spitze des Staates wahrzunehmen.

Das Ziel eines Regierungschefs, an der Macht zu bleiben, ist in demokratischen Staaten gleichbedeutend mit dem Wunsch, wiedergewählt zu werden. Es ist wenig überraschend, dass die Entscheidungsträger beider Staaten kalkuliert haben, wie sich ihre Entscheidungen in der Irak-Krise bei den nächsten Wahlen auswirken würden. Da die Androhung einer militärischen Intervention im Irak sowohl bei der deutschen als auch bei der spanischen Bevölkerung auf Ablehnung stieß, mussten sie damit rechnen, dass eine unpopuläre Beteiligung an einer solchen Aktion schlimmstenfalls zum Verlust ihres Amtes führen konnte. Aber selbst wenn sie andere

---

<sup>47</sup> Robert A. Pape, „Soft Balancing against the United States“, *International Security*, Jg. 30, Nr. 1 (2005), S. 7-45; T.V. Paul, „SoftBalancing in the Age of U.S. Primacy“, *International Security*, Jg. 30, Nr. 1 (2005), S. 46-71; Vgl. auch Jeremy Pressmann, „If Not Balancing, What? Forms of Resistance to American Hegemony“, BCSIA Discussion Paper 2004-2, Kennedy School of Government, Harvard University (2004).

Handlungsoptionen als eine eigene militärische Beteiligung in Erwägung gezogen haben, mussten sie angesichts der großen medialen Aufmerksamkeit abwägen, wie sie sich auf ihre Wahlchancen auswirken würde. In ihren innenpolitischen Kalkülen hat aber nicht nur die Stimmung in der Bevölkerung eine Rolle gespielt, sondern auch Auffassungen in ihren Parteien und ihren Regierungsfractionen, mit denen ihr politisches Schicksal unweigerlich verknüpft war. Knappe Mehrheiten im Parlament konnten die Gefahr des Machtverlusts bergen, etwa wenn Abgeordnete aus den eigenen Reihen nicht von der Regierungspolitik überzeugt waren und sich bei Abstimmungen nicht der Fraktionsdisziplin unterwerfen wollten. Deutsche und spanische Politiker prüften dementsprechend, welche Entscheidung unter diesen Bedingungen überhaupt durchsetzbar war weder zu Abstimmungs- oder Wahlniederlagen führen würde.

In der Theoriediskussion in den IB hat Bruce Bueno de Mesquita festgestellt, dass es das primäre Ziel von Staatschefs sei, im Amt zu bleiben. Nach der „Logik des politischen Überlebens“ könne man daher erwarten, dass ihre Politik sich an diesem Ziel ausrichtet. Ein Regierungschef wird politische Aktionen nur dann umsetzen, wenn er damit rechnen kann, dass sie bei der Gesamtwählerschaft (*selectorate*) und speziell bei den Bürgern, denen er seine Wahl verdankt (*winning coalitions*) auf Zustimmung stoßen.<sup>48</sup> Dieser Mechanismus ist einer der Gründe, warum liberale Ansätze betonen, dass eine Kriegsentscheidung vor allem von internen Faktoren – also Charakteristika des Entscheidungsfindungsprozesses innerhalb der Staaten – abhängt.<sup>49</sup> Liberale Ansätze rufen in Erinnerung, dass Regierungen bei außenpolitischen Entscheidungen die Situation innerhalb ihres Staates beachten müssen und zumindest nicht völlig ignorieren können. Dies gelte besonders für parlamentarische Demokratien, in denen die Regierung von der Opposition kontrolliert wird und sich in regelmäßigen Abständen um ihre Wiederwahl bewerben muss. Mehr als in autoritären Staaten und besonders wenn es sich um Kriegseinsätze handelt, bei denen das Leben von Staatsbürgern auf dem Spiel steht, müssten Entscheidungsträger in Demokratien die Reaktion der Wahlbevölkerung antizipieren und sich bei ihrer Entscheidung auch an der öffentlichen Meinung orientieren.<sup>50</sup> Aber selbstverständlich halten Autoren der liberalen Theorieschule Regierungen nicht nur für bloße Vollstrecker der öffentlichen Mehrheitsmeinung. Welche Handlungsoptionen sie haben, hänge vielmehr auch von institutionellen Regeln und der jeweils spezifischen innenpolitischen Situation eines Staates

---

<sup>48</sup> Siehe Bruce Bueno de Mesquita, Alastair Smith, Randolph M. Siverson und James D. Morrow, *The Logic of Political Survival* (Cambridge M.A., 2003); siehe auch Bruce Bueno de Mesquita, „War and the Survival of Political Leaders: A Comparative Study of Regime Types and Political Accountability“, *American Political Science Review*, Jg. 89, Nr. 4 (Dezember 1995), S. 841-855 und Bruce Bueno de Mesquita, „Policy Failure and Political Survival. The Contribution of Political Institutions“, *Journal of Conflict Resolution*, Jg. 43, Nr. 2 (1999), S. 147-161.

<sup>49</sup> Siehe Derk Bienen, Corinna Freund und Volker Rittberger, „Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus“, *Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung*, Nr. 33 (1999).

<sup>50</sup> Andrew Moravcsik, „Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics“, *International Organization*, Jg. 51, Nr. 4 (1997), S. 513-553, hier S. 530-533.

ab.<sup>51</sup> Im Kontext von Entscheidungen über eine Kriegsbeteiligung sei es besonders relevant, über welchen Grad an Entscheidungsautonomie die jeweilige Regierung gegenüber dem Parlament verfügt und konkret, ob militärische Entsendeentscheidungen von der Zustimmung des Parlaments abhängig sind.<sup>52</sup> Die bisherigen Erklärungen für die unterschiedlichen Entscheidungen europäischer Regierungen in der Irak-Krise, mit denen ich mich in der Einleitung (1.2) auseinandergesetzt habe, beruhen auf diesen Annahmen liberaler Theorie.

Die innenpolitischen Kalküle, die ich in der Irak-Krise bei hochrangigen Entscheidungsträgern festgestellt habe, bestätigen die Relevanz dieser theoretischen Annahmen. Deutsche und spanische Politiker haben überlegt, welche Entscheidungen in ihrer Fraktion, ihrer Partei, ihrer Wählerschaft und der Bevölkerung insgesamt auf Zustimmung oder auf Ablehnung stoßen würden. Bei ihrer Einschätzung, welche Handlungsoptionen innenpolitisch durchsetzbar waren, haben sowohl parlamentarische Kontrollmöglichkeiten, als auch Mehrheitsverhältnisse in Parlament und Wahltermine eine Rolle gespielt. Die Wahrnehmung, wie viel innenpolitischer Spielraum für eine bestimmte Entscheidung vorhanden war, blieb jedoch immer von subjektiven Interpretationen der individuellen Entscheidungsträger geprägt.

## 2.4 Methodische Vorgehensweise

In dieser Arbeit gehe ich der Frage nach, warum Deutschland und Spanien in der Irak-Krise völlig konträre außenpolitische Positionen bezogen haben. Um diese Frage zu beantworten, führe ich einen strukturierten Fallvergleich durch, in dem ich die Ziele und die darauf aufbauenden Kalküle hochrangiger deutscher und spanischer Entscheidungsträger nachvollziehe.<sup>53</sup> Dabei habe ich mich auf den Zeitraum zwischen September 2001 und März 2003 beschränkt, also die Zeit, in der darüber diskutiert wurde, ob das irakische Regime durch eine militärische Intervention gestürzt oder durch Waffeninspektionen eingedämmt werden sollte.

In einem ersten Schritt habe ich die wichtigsten Ereignisse und vor allem die Entscheidungen der deutschen und der spanischen Regierungen rekonstruiert. Die Methode des *process-tracing* erlaubt es, zeitliche Abläufe detailliert in Erinnerung zu rufen und kausale Zusammenhänge zu identifizieren, die verborgen blieben würden, wenn man beispielsweise die Entscheidungen allzu simplifizierend als Unterstützung oder Ablehnung codieren würde. Statt eine Ent-

---

<sup>51</sup> Vgl. Thomas Risse-Kappen, "Public Opinion, Domestic Structures, and Foreign Policy in Liberal Democracies", *World Politics*, 43 (1991), S. 487-512, hier S. 493.

<sup>52</sup> Siehe Wolfgang Wagner, "Parliamentary Control of Military Missions: Accounting for Pluralism", *Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF)*, Occasional Paper, Nr. 12 (Genua, August 2006).

<sup>53</sup> Zur Methode des strukturierten Fallvergleichs siehe Alexander L. George, „Case Studies and Theory Development: The Method of Structured, Focused Comparison“, in Paul G. Lauren, *Diplomacy. New Approaches in History, Theory, and Policy* (New York, 1979), S. 43-69.

scheidung in einer synchronen Momentaufnahme einzufrieren, um sie dann als Ergebnis einer bestimmten internationalen oder innerstaatlichen Konstellation zu verstehen, zeichnet man mit *process-tracing* den Entscheidungsprozess diachron als Abfolge kontextgebundener Einzelentscheidungen nach. Graduelle Veränderungen und auch Widersprüche, die dabei erkennbar werden, können von Bedeutung sein, wenn man die Kalküle einzelner Entscheidungsträger nachvollziehen will.<sup>54</sup>

Nachdem ich den Ereignisverlauf rekonstruiert hatte, verfügte ich über einen hinreichend belastbaren Eindruck, welche fundamentalen Ziele die deutschen und spanischen Entscheidungsträger in der Irak-Krise verfolgten. Teilweise ließ sich das indirekt aus ihren Handlungen schließen, teilweise konnte ich die Begründungen interpretieren, die Entscheidungsträger für einzelne Entscheidungen angaben. Bei der Erforschung der Wahrnehmung einzelner Entscheidungsträger gibt es zwar etablierte Methoden, die unter den Stichworten *cognitive map*<sup>55</sup> oder *operational code*<sup>56</sup> bekannt sind. Die Erstellung von *Cognitive Maps* bringt allerdings große Schwierigkeiten mit sich, weil bei dieser Methode der Anspruch erhoben wird, eine Hierarchie zwischen einzelnen Überzeugungen aufstellen und die komplexen Gedankengänge einzelner Personen modellhaft graphisch darstellen zu können. *Operational Codes* haben wiederum den Nachteil, dass man mit ihnen nicht die Interpretation konkreter Situationen und Handlungsoptionen erfassen kann, sondern eher allgemeine Aussagen über den Regierungsstil und das Weltbild von Entscheidungsträgern treffen kann.<sup>57</sup>

Vor dem Hintergrund dieser Nachteile und in der Absicht, eine allzu starke Einengung der Interpretation durch methodische Vorgaben zu verhindern, habe ich in dieser Arbeit die relativ offene hermeneutische Methode der Quelleninterpretation angewandt, wie sie sich in der Geschichtswissenschaft etabliert hat. Zwar ist die Quellenlage wenige Jahre nach der Irak-Krise noch sehr unbefriedigend, wenn man die Absicht hat, gesichertes historisches Wissen zu produzieren. Das Angebot an Primärquellen erlaubt jedoch bereits plausible Urteile über die Art der Kalkulationen, die den Entscheidungen einzelner Politiker zugrunde lagen.

---

<sup>54</sup> Für die Vorteile der Methode des *process-tracing*, siehe Andrew Bennet und Alexander George, *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences* (Cambridge, London, 2005), S. 205-231.

<sup>55</sup> Siehe: Michael Shapiro und Matthew Bonham, "Cognitive Process and Foreign Policy Decision-Making", *International Studies Quarterly*, Jg. 17, Nr. 2 (1973), S. 147-174; Robert Axelrod, Hrsg., *Structure of Decision. The Cognitive Maps of Political Elites* (Princeton, 1976).

<sup>56</sup> Siehe Stephen Walker, "The Interface Between Beliefs and Behaviour: Henry Kissinger's Operational Code and the Vietnam War", *Journal of Conflict Resolution*, 31 (1977), S. 129-168; Margaret Hermann, "Personality and Foreign Policy Decision Making: A Study of 53 Heads of Government", in D.A. Sylvan und S. Chan, Hrsg., *Foreign Policy Decision-Making: Perceptions, Cognition, and Artificial Intelligence* (1984); Stephen Dyson, "Personality and Foreign Policy: Tony Blair's Iraq Decisions", *Foreign Policy Analysis*, 2 (2006), S. 289-306.

<sup>57</sup> Vgl. Daniel Heradstveit und Ove Narvesen, "Psychological Constraints on Decision-making. A Discussion of Cognitive Approaches: Operational Code and Cognitive Map", *Cooperation and Conflict*, 13 (1978), S. 77-92.

Ich habe mich bei der Rekonstruktion und Interpretation individueller Kalküle primär auf zwei Quellenarten gestützt. Einerseits habe ich Reden, die die Protagonisten im Untersuchungszeitraum gehalten haben und die im Bulletin der Bundesregierung bzw. in der *Revista de Actividades* des spanischen Außenministeriums veröffentlicht wurden, gesichtet. Andererseits habe ich zudem Interviews herangezogen, die auf den Seiten der Bundesregierung und des Auswärtigen Amtes bzw. in der *Revista de Actividades* verfügbar waren. Die beiden Fallstudien zur deutschen und spanischen Irak-Politik, die in den nächsten zwei Abschnitten folgen, beruhen demnach auf der bisher zum Thema erschienenen Sekundärliteratur und der Analyse der genannten zwei Sorten von Primärquellen.<sup>58</sup>

### 3. Deutschland und der Irak-Krieg

Die deutsche Ablehnung des Irakkriegs ist vielen Zeitgenossen noch in lebhafter Erinnerung. Gerhard Schröders Wahlkampfreden im August 2002 und Joschka Fischers kritische Äußerungen auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2003 und im UN-Sicherheitsrat haben einen bleibenden Eindruck hinterlassen und prägen rückblickend das Bild auf die deutsche Irak-Politik. Weniger präsent ist dagegen die Erinnerung daran, dass die Bundesregierung trotz frühzeitiger Bedenken noch im Juli 2002 eine deutsche Beteiligung keineswegs ausschloss, sondern vielmehr an Bedingungen knüpfte. Die ‚große Entscheidung‘, sich aus einem Krieg im Irak herauszuhalten, entstand erst allmählich aus einer Abfolge ‚kleiner Entscheidungen‘, in denen die deutsche Position immer weiter zugespitzt, teilweise aber auch relativiert wurde. Diese Entscheidungskette beginnt kurz nach den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001.

Im folgenden Abschnitt (3.1) rekonstruiere ich die Irak-Politik der Bundesregierung zwischen September 2001 und März 2003, indem ich aus einer *externen Perspektive* bedeutende Ereignisse und die Handlungen der wichtigsten Akteure schildere. Die Entscheidungen deutscher Regierungsmitglieder werden also zunächst nur deskriptiv von außen dargestellt, ohne ihre Gründe zu erklären. Dabei geht es vor allem darum, die deutsche Irak-Politik in ihren Kontext zu setzen und in Erinnerung zu rufen, in welchen Situationen wichtige Entscheidungen getroffen wurden. Erst nach dieser deskriptiven Vorarbeit werde ich in einem zweiten Schritt (3.2)

---

<sup>58</sup> Sämtliche Interviews deutscher Regierungsmitglieder sind über das Archiv der Bundesregierung und des Außenministeriums zugänglich unter <http://archiv.bundesregierung.de/index.jsp?&dokumentart=interview&sV=modified&sD=d> [20.12.2006] und <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/ArchivInterviews.html> [20.12.2006]. Sämtliche Reden und Interviews spanischer Regierungsmitglieder im Bereich der Außenpolitik werden vom Außenministerium in der Zeitschrift *Revista de Actividades, Textos y Documentos de la Política Exterior Española* veröffentlicht und sind verfügbar unter <http://www.mae.es/es/MenuPpal/Actualidad/Publicaciones+de+la+D.G.C.E./Anuarios+Politica+Exterior/> [5.2.2007].

aus einer *internen Perspektive* auf die Kalküle der wichtigsten Entscheidungsträger eingehen, d.h. auf ihre Abwägung, welche Vor- und Nachteile verschiedene Handlungsoptionen für das Erreichen ihrer Ziele mit sich bringen würden. Ich werde dort analysieren, auf welchen sicherheitspolitischen, machtpolitischen und innenpolitischen Kalkülen hochrangiger Entscheidungsträger die deutsche Irakpolitik fußte.

### **3.1 Die deutsche Irak-Politik**

Gerhard Schröder und Joschka Fischer waren eindeutig die zwei Protagonisten der deutschen Irak-Politik. Obwohl neben dem Bundeskanzler und dem Außenminister noch andere Personen ihren Anteil am Entscheidungsprozess hatten, waren es Schröder und Fischer, die darüber entschieden, welche Strategie verfolgt werden sollte. Ich habe mich auch aus arbeitsökonomischen Gründen auf Schröder und Fischer beschränkt, die in ihrer Funktion als Bundeskanzler und Außenminister die Richtung der deutschen Außenpolitik in der Irak-Krise vorgaben. In der Rekonstruktion des Ereignisverlaufs sind zudem keine Personen aufgefallen, die in einem ähnlichen Maße Einfluss auf die deutsche Irak-Politik genommen hätten. Insofern ist die Beschränkung auf Schröder und Fischer auch aus inhaltlichen Gründen gerechtfertigt. Man kann drei unterschiedliche Phasen voneinander abgrenzen, in denen die deutsche Regierung jeweils eine andere Politik verfolgte.<sup>59</sup> Diese Veränderungen, von der Äußerung von Warnungen und Vorbehalten (3.1.1) zur Ablehnung einer deutschen Beteiligung (3.1.2) bis hin zur diplomatischen Opposition (3.1.3), sollen nun zunächst in einem darstellenden Teil rekapituliert werden.

#### **3.1.1 Warnungen und Vorbehalte**

Bereits wenige Tage nach den Terroranschlägen des 11. Septembers wurde öffentlich über den Irak als denkbare weiteres Angriffsziel der USA diskutiert. In dieser Zeit liegen auch die Anfänge der deutschen Irak-Politik. In Reaktion auf die Anschläge erhob Gerhard Schröder die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA zur politischen Leitlinie und betonte in der Folge immer wieder ausdrücklich, dass dies auch die militärische Unterstützung durch die Bundeswehr im Kampf gegen den Terrorismus einschließe. Afghanistan hatte sich bald als Ziel eines amerikanischen Gegenschlags herauskristallisiert und Schröder und Fischer signalisierten ihre Bereitschaft, diesen Krieg mit der Entsendung deutscher Streitkräfte zu unterstützen. Gleichzeitig wurden sie schon sehr früh darauf hingewiesen, dass in der US-Administration auch über

---

<sup>59</sup> Siehe Harnisch, Sebastian, „Bound to fail? Germany’s Iraq Policy in the Iraq Crisis 2001-2003“, *Stosunki Międzynarodowe*, Jg. 29, Nr. 1-2 (2004), S. 57-83, verfügbar unter <http://www.ism.uw.edu.pl/harnisch.pdf> [20.2.2007].

weitere Einsätze nachgedacht wurde. Als Joschka Fischer am 19. September Washington besuchte, legte ihm der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz angeblich eine Liste mit 50 Staaten vor, die als Angriffsziele potenziell in Frage kamen und teilte ihm mit, dass nach den Taliban Saddam Hussein an der Reihe wäre.<sup>60</sup>

Das früh geäußerte Bekenntnis Schröders zu einer uneingeschränkten Solidarität Deutschlands war nicht auf Afghanistan begrenzt und implizierte grundsätzlich auch eine deutsche Unterstützung auf anderen Kriegsschauplätzen. Als nun durch die Diskussionen in Washington die Dimensionen der amerikanischen Reaktion und die Zahl möglicher Angriffsziele sich ins Ungewisse ausweitete, wiederholte der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 19. September zwar die eingeschlagene Richtung, machte jedoch auch erstmals Vorbehalte geltend: Zu „Risiken – auch im Militärischen“ sei Deutschland bereit, aber „nicht zu Abenteuern“.<sup>61</sup>

Die amerikanische Regierung bemühte sich zwar in den kommenden Wochen diplomatisch um breite internationale Unterstützung. Statt jedoch die Hilfe der Bündnispartner im Rahmen der NATO einzufordern, setzte Washington auf eine kurzfristig geschmiedete Allianz, in der die einzelnen Teilnehmer – so auch Deutschland – keine formellen Mitspracherechte hatten. Der amerikanische Verteidigungsminister gab mit seinem Diktum, dass die Mission die Allianz bestimme und nicht umgekehrt, den europäischen Bündnispartnern zu verstehen, dass man jenseits des Atlantiks auf ihre Hilfe – und auf ihren Rat – sehr gut verzichten konnte. Auch den „militärischen Beistand“, den Gerhard Schröder immer wieder anbot, nahm die US-Regierung vorerst nicht in Anspruch.<sup>62</sup>

Als dann schließlich Anfang November konkrete Anforderungen der USA an Deutschland vorlagen und die Bundesregierung ihr mehrmals wiederholtes Angebot der militärischen Unterstützung im Bundestag durchsetzen musste, geriet die rot-grüne Koalition in eine ihrer schwersten Krisen.<sup>63</sup> Zahlreiche Kritiker in den Reihen der SPD und der Grünen weigerten sich, einer Entsendung der Bundeswehr nach Afghanistan zuzustimmen. Als die Zahl der so genannten „Abweichler“ stieg und eine eigene rot-grüne Mehrheit nicht mehr erreichbar schien, beschloss Gerhard Schröder, die Abstimmung im Bundestag mit der Vertrauensfrage zu verknüpfen. Durch die Koppelung des Antrags mit der Vertrauensfrage und dem dort ein-

---

<sup>60</sup> Matthias Geyer, Dirk Kurbjuweit und Cordt Schnibben, *Operation Rot-Grün. Geschichte eines politischen Abenteurers* (München, 2005), S. 155.

<sup>61</sup> Gerhard Schröder, Regierungserklärung zu den Terroranschlägen in den USA, 19.9.2001. Auch wenn die deutsche Regierung knapp ein Jahr später die Ablehnung des Irakkriegs genau mit den Worten vortrug, es handle sich dabei um ein „Abenteuer“, sollte man aus diesem Satz der Regierungserklärung nicht nachträglich bereits eine frühe Ablehnung des Irak-Kriegs herauslesen. Vgl. auch Harnisch, „Bound to fail?“, S. 58.

<sup>62</sup> Gerhard Schröder, Interview mit dem ZDF vom 16.9.2001; Gerhard Schröder und George W. Bush, Pressekonferenz in Washington vom 9.10.2001, verfügbar unter: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/10/20011009-13.html#> [17.12.2006]

<sup>63</sup> Siehe Geyer u.a., *Operation Rot-Grün*, S. 158-170.

gefügten Zusatz, dass deutsche Soldaten über Afghanistan hinaus nur dann in andere Länder entsandt werden dürften, wenn die dortige Regierung dem zustimmte gewannen die Koalitionsfraktionen die Abstimmung am 16. November äußerst knapp mit zwei Stimmen Vorsprung vor der Opposition.<sup>64</sup>

Bereits Ende November wurde in Washington über einen Angriff gegen Irak diskutiert. Die amerikanische Regierung schien sich nach dem militärischen Erfolg in Afghanistan auf weitere Feldzüge vorzubereiten.<sup>65</sup> Gerhard Schröder und Joschka Fischer warnten daraufhin im Bundestag vor den Folgen für die internationale Sicherheitslage und vor einem Auseinanderbrechen der Anti-Terror-Koalition. Schröder mahnte zur „Vorsicht mit Äußerungen, die jetzt schon neue Ziele suchen“.<sup>66</sup> Im Frühjahr 2002 geriet der Irak erneut in den Fokus militärischer Pläne der USA. Präsident Bush erklärte in seiner Rede zur Lage der Nation, dass der „Krieg gegen den Terror“ noch lange nicht vorbei sei, sondern vielmehr gerade erst beginne. Er bezeichnete Nordkorea, Iran und Irak als „Achse des Bösen“ und betonte in aller Deutlichkeit, dass die Vereinigten Staaten nicht zulassen würden, dass die gefährlichsten Regime der Welt sie mit den gefährlichsten Waffen der Welt bedrohten.<sup>67</sup> Auch der amerikanische Vize-Verteidigungsminister Wolfowitz und der Senator John McCain demonstrierten auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2002 Entschlossenheit und sprachen davon, dass man den Krieg zum Feind tragen müsse und Staaten, die Terroristen unterstützen, nicht akzeptieren werde.<sup>68</sup>

Gerhard Schröder und Joschka Fischer reagierten mit Warnungen auf die amerikanische Kriegsrhetorik. Bei seinem Besuch in Washington 31. Januar 2002 kritisierte Schröder die Art und Weise, wie US-Regierungsmitglieder über den Irak diskutierten. Dem amerikanischen Präsidenten sagte er, dass man im Bezug auf Irak einen klaren Beweis für die erhobenen Vorwürfe benötige. Bevor man militärische Aktionen beschließe, müsse man außerdem sicher sein, dass man Erfolg haben könne.<sup>69</sup> Außenminister Fischer fand für seine Warnungen wesentlich deutlichere Worte: Die internationale Koalition gegen den Terrorismus sei „für sich allein kein

---

<sup>64</sup> Stephen F. Szabo, *Parting Ways. The Crisis in German-American Relations* (Washington, D.C., 2004), S. 17; Harnisch, „Bound to fail?“, S. 64.

<sup>65</sup> Bush hatte schon im November 2001 Donald Rumsfeld mit der Ausarbeitung eines Angriffsplans gegen Irak beauftragt. Unter strenger Geheimhaltung arbeiteten Rumsfeld und General Tommy Franks kontinuierlich an militärischen Detailplanungen, die sie in Briefings immer wieder mit Präsident Bush rückkoppelten, ohne dass eine Entscheidung für den Krieg schon gefallen war. Siehe Bob Woodward, *Der Angriff* (München, 2004).

<sup>66</sup> Frankfurter Rundschau, „Berlin warnt vor Angriff auf Irak“, 29.11.2001.

<sup>67</sup> George W. Bush, The President's State of the Union Address, verfügbar unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html#> [5.2.2007].

<sup>68</sup> Paul Wolfowitz, Rede auf der 38. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 2.2.2002, John McCain, Rede auf der 38. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 2.2.2002

<sup>69</sup> Jürgen Hogrefe, *Gerhard Schröder. Ein Porträt* (Berlin, 2002), S. 211; Geyer u.a., *Operation Rot-Grün*, S. 176-178.

Freibrief für eine Invasion in irgendeinem Land. Es werde „nicht gut gehen, ohne zwingende Beweise etwas einzuleiten, das zu einsamem Handeln führt“, sagte er.<sup>70</sup>

Mit diesen Bedenken hatten sie zwar keine Gegenposition formuliert, aber doch eine gewisse Distanz und Skepsis zum Ausdruck gebracht. Es war deutlich, dass die Bundesregierung darum bemüht war, einerseits die US-Regierung bei der Planung weiterer Einsätze zu bremsen, andererseits aber auch kooperative Signale nach Washington zu senden. Beim amerikanischen Präsidenten konnte sich so der Eindruck verfestigen, die deutsche Regierung stehe im Kampf gegen den Terrorismus weiterhin hinter Amerika.<sup>71</sup> Dieser Eindruck schien auch durchaus zutreffend zu sein. Denn trotz der zunehmend bellizistischen Rhetorik der US-Administration und trotz wachsender Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit gegen einen eventuellen Angriff auf Irak hielten Schröder und Fischer weiterhin am Kurs der uneingeschränkten Solidarität mit den USA fest. Sie ließen zunächst offen, ob Deutschland sich an einem Krieg gegen Irak beteiligen würde.<sup>72</sup>

Die Bundesregierung hatte noch nicht entschieden, wie sie auf einen amerikanischen Feldzug gegen Irak reagieren sollte. Schröder und Fischer hatten zwar erhebliche Zweifel an den bisher vorgebrachten Kriegsgründen und teilten diese Bedenken ihren amerikanischen Kollegen mit. Bislang galt jedoch nach wie vor die Leitlinie der „uneingeschränkten Solidarität“ vom Herbst vergangenen Jahres. Der Versuch, als verlässlicher Bündnispartner einen moderierenden Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der US-Administration auszuüben, war bislang aber erfolglos geblieben. Anfang März schien es sogar denkbar, dass die US-Regierung einen Angriff gegen den Irak bereits für den Herbst vorbereitete und keine Rücksicht darauf nehmen würde, ob zu dieser Zeit in Deutschland gerade Bundestagswahlen abgehalten wurden. Im März verhandelte eine irakische Delegation in der UNO über eine Wiederaufnahme der Waffeninspektionen und amerikanische Zeitungen hatten spekuliert, die Bush-Administration könnte ein Scheitern der Verhandlungen zum Anlass für ein militärisches Eingreifen nehmen. Auch aus den deutschen Botschaften in Washington und London trafen ähnliche Nachrichten ein.<sup>73</sup>

---

<sup>70</sup> Zitiert nach Die Tageszeitung, „Schröder bombt nur mit UN-Mandat“, 16.3.2002; siehe auch AFP, 15.3.2002.

<sup>71</sup> Vgl. Szabo, *Parting Ways*, S. 18-19; Harnisch, „Bound to fail?“, S. 65. Die Differenzen zwischen der deutschen und der amerikanischen Haltung zum Irak waren schon im Januar 2002 beim NATO-Manöver CMX 02 zu Tage getreten, in dem das Szenario eines Angriffs auf die Türkei simuliert wurde. Das Manöver musste vorzeitig beendet werden. Der von den USA favorisierten Reaktion präventiver Militärschläge widersetzten sich Deutschland, Frankreich und Spanien (sic!). Sie schlugen stattdessen vor, mit einer Abschreckung durch öffentliche Drohungen zu reagieren.

<sup>72</sup> Vgl. Hogrefe, *Gerhard Schröder*, S. 211; Szabo, *Parting Ways*, S. 19; Harnisch, „Bound to fail?“, S. 59.

<sup>73</sup> Siehe General-Anzeiger, „Schröder: Keine weitere Militäraktion ohne UN“ 16.3.2002; Süddeutsche Zeitung, „Banges Starren auf Amerika“, 21.3.2002 und Berliner Zeitung, „Kanzler befürchtet Angriff auf Irak noch vor der Wahl.“, 28.3.2002.

In dieser Situation und wenige Tage vor einem Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Barcelona entschloss sich Gerhard Schröder klarzustellen, welche Bedingungen für eine deutsche Beteiligung an einem Irakkrieg erfüllt sein müssten. Am 11. März in Gesprächen mit den Fraktionschefs des Bundestags und zwei Tage später bei einer Soirée mit befreundeten Intellektuellen im Kanzleramt sagte er, dass eine Intervention im Irak einer völkerrechtlichen Legitimation bedürfe und für seine Regierung eine deutsche Teilnahme nur in Frage komme, wenn sie durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrats gedeckt sei. Griffen die USA „auf eigene Faust an“, so die gewählte Formulierung, dann werde sich „Deutschland an diesem Krieg nicht beteiligen“.<sup>74</sup> Diese Bedingungen verkündete Schröder allerdings nicht offiziell. Er überließ es vielmehr der deutschen Presse, seine Äußerungen an die Öffentlichkeit zu tragen. Über seine stellvertretende Regierungssprecherin ließ er zudem verlautbaren, dass es derzeit „keine konkreten Hinweise oder gar Pläne“ für einen amerikanischen Angriff gebe und er seine Position daher als hypothetischen Beitrag zur „philosophischen Diskussion“ mit den eingeladenen Intellektuellen verstanden wissen wollte, die „auch in einen solchen Kreis“ gehöre.<sup>75</sup>

Auch wenn Schröder seine Bemerkungen lediglich als Diskussionsbeitrag verstanden wissen wollte, war seine Position bekannt, als am 15. und 16. März die EU-Staats- und Regierungschefs in Barcelona zusammenkamen. Dort mochte sich aber kein weiterer Staat der deutschen Haltung anschließen. In der Abschlusserklärung wurde Irak mit keinem Wort erwähnt und inoffizielle Gespräche am Rande des Gipfels bestätigten nur die Einsicht vom November 2001, dass man sich auf eine gemeinsame europäische Position zum Irak nicht einigen konnte.<sup>76</sup> Schröder musste seine Hoffnung aufgeben, sich mit Tony Blair und Lionel Jospin eine gemeinsame Reaktion auf ein amerikanisches Vorgehen gegen Irak abzustimmen. Großbritannien vertrat die Auffassung, dass man auch ohne weiteres UN-Mandat im Irak intervenieren könne und weigerte sich, eine EU-Position unabhängig von den USA zu formulieren. Auch Frankreich wollte sich weitere Optionen offen halten und eine Festlegung möglichst vermeiden.<sup>77</sup>

---

<sup>74</sup> Süddeutsche Zeitung, „Kanzlerpläne; Gerhard Schröder redet Klartext vor deutschen Intellektuellen“, 15.3.2002; vgl. auch Die Tageszeitung, „Der Kanzler spricht; Gerhard Schröder informierte früher über Irak-Konflikt als bisher bekannt“, 20.3.2002 und Süddeutsche Zeitung, „Banges Starren auf Amerika“, 21.3.2002. Ein Abzug der Spürpanzer, so Schröder in vertrautem Kreis, würde die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den kommenden Jahrzehnten belasten.

<sup>75</sup> Die Tageszeitung, „Schröder bombt nur mit UN-Mandat“, 16.3.2002.

<sup>76</sup> Siehe Süddeutsche Zeitung, „Das kleinstmögliche Ja zum Krieg“, 18.3.2002; Berliner Zeitung, „Europa ändert seine Haltung zum Irak-Krieg“, 18.3.2002. Die britische Regierung hatte schon am 4. November 2001 ein gemeinsames Dinner der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands anberaunt, um zu sondieren, ob eine gemeinsame Position gegenüber weiteren Militäreinsätzen möglich sei. Der Versuch war ohne Erfolg geblieben. Siehe: Gunther Hofmann, „Der lange Weg zum lauten Nein. Terror, Krisengipfel, Wahlkampf: Wie Deutschland sich dem drohenden Irak-Krieg verweigerte. Protokoll einer Entscheidung“, *DIE ZEIT*, Nr. 5 (2003); siehe auch The Economist, „Guess who wasn't coming for dinner?“, 10.11.2001; Harnisch, „Bound to fail?“, S. 81.

<sup>77</sup> Hogrefe, *Gerhard Schröder*, S. 211; Süddeutsche Zeitung, „Kanzlerpläne; Gerhard Schröder redet Klartext vor deutschen Intellektuellen“, 15.3.2002; Szabo, *Parting Ways*, S. 19.

Nachdem sich eine gemeinsame europäische Strategie somit als unerreichbar herausgestellt hatte, sprach Schröder den amerikanischen Präsidenten direkt auf die Irak-Krise an und informierte ihn, dass er sich nicht mitten im Wahlkampf zu einer Entscheidung über eine deutsche Kriegsbeteiligung gezwungen sehen wollte. Bush hielt sich am 22. und 23. Mai 2002 in Berlin auf und erwiderte Schröder, dass in Bezug auf Irak noch keine Entscheidung gefallen sei. Mit den Worten „I'll keep you posted“ sagte er zu, die deutsche Regierung vor einer endgültigen Entscheidung zu konsultieren. Schröder erklärte sich bereit, weiterhin nicht öffentlich über amerikanische Planungen zu spekulieren.<sup>78</sup>

Angesichts des großen medialen Interesses an dem Thema war es nicht leicht, diese Zusage einzuhalten. Schröder und Fischer gaben ausweichende Antworten, wenn sie von Journalisten auf eine mögliche Beteiligung der Bundeswehr angesprochen wurden. In der gängigen Sprachregelung wiesen sie darauf hin, dass die Amerikaner Konsultationen zugesichert hatten und da diese noch nicht erfolgt seien, stelle sich diese Frage nach einem Bundeswehreinsatz im Irak derzeit noch nicht. Zunächst verfolgten sie die Strategie, abzuwarten und sich in Bezug auf eine deutsche Beteiligung am Irakkrieg nicht festzulegen. Dabei konnte man sich auf die Zusagen des amerikanischen Präsidenten vom Mai stützen. Aber trotz dessen Versicherung, dass noch nichts beschlossen sei, schien alles auf einen Krieg hinauszulaufen.

In Washington wurden scheinbar schon die Details der Kriegsführung ausgehandelt, ohne dass die deutsche Regierung konsultiert worden war: In einer Rede in der Militärakademie West Point erklärte George W. Bush am 1. Juni, dass Amerika bereit sein müsse, seine Freiheit mit „präemptiven Aktionen“ zu verteidigen und gegen Regime vorzugehen, die Terrorismus unterstützten.<sup>79</sup> Es kursierten Gerüchte über britisch-amerikanische Vorfestlegungen für einen Feldzug gegen Saddam Hussein und die New York Times berichtete über konkrete Angriffszenarien.<sup>80</sup> Schließlich fanden am 31. Juli und am 1. August im amerikanischen Kongress Anhörungen statt, in dem sich amerikanische Abgeordnete und Experten mit Kriegsplänen des Pentagons befassten. Auch wenn die Redner sich dort überwiegend kritisch äußerten – allein die Tatsache, dass diese Anhörungen stattfanden, nährte den Verdacht, dass die US-Regierung

---

<sup>78</sup> Aus dem Treffen war somit *implizit* die Vereinbarung hervorgegangen, dass keiner von beiden Irak zum öffentlichen Thema machen würde, bevor die Bundestagswahlen vorüber seien. Wie schon im Februar sah Schröder davon ab, deutsche Vorbehalte gegen einen Irakkrieg eindeutig zur Sprache zu bringen. Szabo, *Parting Ways*, S. 20; Geyer u.a., *Operation Rot-Grün*, S. 194; Harnisch, „Bound to fail?“, S. 66.

<sup>79</sup> George W. Bush, Graduation Speech at West Point, United States Military Academy, New York, 26.2006, verfügbar unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/print/20020601-3.html> [18.12.2006].

<sup>80</sup> New York Times, „U.S. Exploring Baghdad Strike As Iraq Option“, 29.7.2002.

einen Krieg gegen Irak ernsthaft in Erwägung zog und bereits konkrete Angriffspläne ausarbeiten ließ.<sup>81</sup>

Mit dem Bericht der New York Times vom 29. Juli und den Kongressanhörungen zwei Tage später war der öffentliche Druck auf die Bundesregierung erheblich gewachsen, sich zu positionieren. Am 30. Juli sprach Gerhard Schröder mit Jaques Chirac, mit dem er in Schwerin zu den 79. deutsch-französischen Konsultationen zusammengetroffen war. Gemeinsam mit dem französischen Präsidenten betonte der Bundeskanzler auf einer Pressekonferenz, dass ein Krieg der USA gegen Irak eine neue Resolution des Sicherheitsrats erfordere.<sup>82</sup> Die deutsche Verfassung schreibe darüber hinaus die Zustimmung des Bundestags vor. Im Gegensatz zu Klose meinte Schröder jedoch, dort gebe es „keine Mehrheit für eine Intervention ohne Legitimation der UN“.<sup>83</sup> Schröder wies die Vermutungen, dass ein solcher Angriff unmittelbar bevorstehe aber in der Öffentlichkeit zurück. Der amerikanische Präsident habe Konsultationen zugesichert, bevor derartige Entscheidungen fielen und er habe keinen Anlass daran zu zweifeln.<sup>84</sup> Auch wenn bei Schröders Äußerungen weiterhin Fragen offen blieben, war die Voraussetzung für eine Beteiligung der Bundeswehr nach den eher inoffiziellen Bemerkungen Schröders vom März nun offiziell festgelegt. Deutschland würde sich an einem militärischen Vorgehen gegen Irak nur beteiligen, wenn es dafür ein Mandat des UN-Sicherheitsrats gab.

### 3.1.2 Ablehnung einer deutschen Beteiligung

Ende Juli lagen SPD und Grüne weit abgeschlagen hinter CDU/CSU und FDP. Angesichts der schlechten Umfragewerte riet Fischer am 30. Juli dem Kanzler Irak zum Wahlkampfthema zu machen. Die USA schienen zum Krieg entschlossen und da „müssen wir uns aufstellen, bevor wir aufgestellt werden“. „Du musst das hochziehen“ sagte er zu Schröder.<sup>85</sup> Als das SPD-Präsidium auf ihrer Sitzung am 1. August die heiße Phase des Wahlkampfes einläutete, tat der Kanzler dort seine Absicht kund, die Irak-Krise ins Zentrum der Kampagne zu stellen. Diese Entscheidung schien Schröder so wichtig zu sein, dass er die Präsidiumssitzung für we-

---

<sup>81</sup> Siehe: Hearings to Examine Threats, Responses, and Regional Considerations Surrounding Iraq, Hearings Before The Committee on Foreign Relations, United States Senate, 107<sup>th</sup> Congress, 2<sup>nd</sup> Session, July 31 and August 1, 2002, U.S. Government Printing Office 2002, verfügbar unter <http://www.lib.umich.edu/govdocs/pdf/iraqhear.pdf> [7.2.2007].

<sup>82</sup> General-Anzeiger, „Schröder: Militärschlag nur auf UN-Grundlage.“, 31.7.2002.

<sup>83</sup> Berliner Zeitung, „Allianz gegen Irak-Krieg. Kanzler Schröder und Frankreichs Präsident Chirac: Kein Angriff ohne Mandat der UNO“, 31.7.2002.

<sup>84</sup> AFP, „Arabische Liga warnt vor US-Angriff auf Irak“, 30.7.2002; Süddeutsche Zeitung, „Schröder und Chirac wollen Agrarstreit beilegen“, 31.7.2002.

<sup>85</sup> Der Spiegel, „Du musst das hochziehen“, 24.3.2003; Geyer u.a., *Operation Rot-Grün*, S. 201; Vgl. Szabo, *Parting Ways*, S. 22-23.

nige Minuten verließ, um der Presse mitzuteilen, dass die Kriegsgefahr im Nahen Osten definitiv ein Thema im Wahlkampf sein werde.<sup>86</sup>

Wenige Tage später ließ Schröder seiner Ankündigung Taten folgen. In seiner Rede, die er am 5. August zum Wahlkampfauftakt in Hannover hielt, sagte er, man müsse zwar Druck auf Saddam Hussein ausüben, damit internationale Beobachter die Inspektionen fortsetzen könnten.

„Aber Spielerei mit Krieg und militärischer Intervention - davor kann ich nur warnen. Das ist mit uns nicht zu machen. Und wer glaubt, dieses Land, diese Regierung würde erneut den bequemen Ausweg gehen, nämlich den, der unter Kohl gang und gäbe war, wir bleiben draußen, aber wir zahlen - seinerzeit waren es 18 Milliarden Mark -, der irrt. Dem sage ich, dieses Deutschland, unser Deutschland, ist ein selbstbewusstes Land. [...] Aber eines sagen wir genauso selbstbewusst: Für Abenteuer stehen wir nicht zur Verfügung, und die Zeit der Scheckbuchdiplomatie ist endgültig zu Ende.“<sup>87</sup>

Diese Rede stellte eine deutliche Verschärfung gegenüber der Position dar, die Schröder gemeinsam mit Chirac im Juli formuliert hatte. Damals hieß es lediglich, dass ein Militäreinsatz durch ein UN-Mandat gedeckt sein müsse und man sich ansonsten auf amerikanische Konsultationen verlassen werde. Nun lehnte der deutsche Bundeskanzler eine deutsche Beteiligung ab und unterstellte er der US-Administration Abenteuererium und leichtfertigen Umgang mit militärischen Optionen.

Die Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Richard Cheney vom 26. August schien Schröder Recht zu geben und war Wasser auf die Mühlen der SPD-Wahlkämpfer. Vor amerikanischen Kriegsveteranen in Nashville, Tennessee sagte der Cheney, dass eine Rückkehr von Waffeninspektoren in den Irak nur für „falsche Behaglichkeit“ sorgen würde und ein Regimewechsel eine Reihe von Vorteilen für die Region mit sich bringe.<sup>88</sup> Da Cheney immerhin der Vizepräsident war, konnte Schröder seine Rede als Beleg für seine Behauptung nutzen, dass die USA einen Präventivkrieg planten. Darüber hinaus beklagte sich Schröder im Gespräch mit der New York Times vom 5. September über die mangelnde Konsultation durch die amerikanische Regierung. Bezogen auf Cheneys Rede sagte er:

---

<sup>86</sup> Harnisch, „Bound to fail?“, S. 68.

<sup>87</sup> Gerhard Schröder, Rede zum Wahlkampfauftakt in Hannover, 5.8.2002; zu Schröders Wahlkampfreden und der außenpolitischen Positionierung der Bundesregierung im Wahlkampf siehe auch Michael Hedstück und Gunther Hellmann, „Wir machen einen deutschen Weg. Irak-Abenteuer, das transatlantische Verhältnis und die Risiken der Methode Schröder für die deutsche Außenpolitik“, in Bernd Kubbig u.a., Hrsg., *Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas* (Frankfurt am Main/New York: Campus, 2003), S. 224-234.

<sup>88</sup> Richard Cheney, Rede in Nashville, Tennessee, [http://www.usembassy.it/file2002\\_08/alia/a2082601.htm](http://www.usembassy.it/file2002_08/alia/a2082601.htm) [10.2.2007].

„Es ist einfach nicht gut genug, wenn ich aus der amerikanischen Presse von einer Rede erfahre, die deutlich aussagt, ‚Wir gehen rein, egal was die Welt oder unsere Verbündeten denken‘. Das ist keine Art, andere zu behandeln [...] Konsultation kann nicht heißen, dass ich zwei Stunden im Voraus einen Anruf erhalte, nur um gesagt zu bekommen ‚Wir gehen rein‘. Konsultation zwischen erwachsenen Nationen muss nicht nur Konsultationen über das wie und wann, sondern auch über das ob bedeuten.“

Schröder verwies darauf, dass er im Afghanistan-Krieg den Fortbestand seiner Regierung riskiert habe und ihm daher niemand mangelnde internationale Solidarität vorwerfen könne. Er warnte in aller Deutlichkeit davor, dass es ein „großer Fehler“ wäre, wenn man die bisherigen Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus durch „exzessiv unilaterale Handlungen“ gefährden würde. Deshalb würde er einen Krieg der USA gegen Irak selbst dann ablehnen, falls der Sicherheitsrat zustimmen sollte.<sup>89</sup> Auch im Fernsehduell mit Edmund Stoiber am 8. September stellte Schröder nochmals unmissverständlich klar, dass es unter seiner Führung „keine Beteiligung Deutschlands an einer militärischen Intervention geben“ werde.<sup>90</sup> Ein Mandat des Sicherheitsrats für einen Angriff werde nur schwerlich zu Stande kommen. Sein Wort gelte „unabhängig davon, weil die Begründungen bestehen“ blieben.<sup>91</sup> Damit hatte Schröder eine deutsche Beteiligung selbst unter UN-Mandat kategorisch ausgeschlossen, noch bevor klar war, ob im Sicherheitsrat eine neue Resolution überhaupt zur Debatte stehen würde.

Amerikanische Regierungsmitglieder reagierten verärgert auf Schröders Äußerungen. Sie waren alles andere als hilfreich im Bemühen der US-Administration um öffentliche Zustimmung in der amerikanischen Bevölkerung. Sie warfen ihm vor, seinen Wahlkampf auf Kosten der atlantischen Allianz zu führen und widersprachen Schröders Anschuldigung, dass bereits eine Entscheidung gefallen sei.<sup>92</sup> Auch als Bush am 12. September vor der UN-Generalversammlung angekündigt hatte, dass die USA die Entwaffnung des Iraks über Resolutionen des UN-Sicherheitsrats erreichen wollten, hielten Schröder und Fischer ihre Kritik an der amerikanischen Irak-Politik aufrecht. Die deutsch-amerikanischen Differenzen über den Irak wuchsen sich in der Endphase des deutschen Wahlkampfs zu einer ernsthaften Krise in den transatlantischen Beziehungen aus. Als Justizministerin Däubler-Gmelin am 18. September Bushs Methoden mit denen Adolf Hitlers verglich, zeigte sich Bushs Sicherheitsberaterin Condoleeza Rice zeigte sich in einem Interview mit der *Financial Times* „tief besorgt“ über die offene Kritik Schröders an der amerikanischen Position zu Irak. Besonders die Äußerungen

---

<sup>89</sup> New York Times „German Leader’s Warning: War Plan is a Huge Mistake“, 5.9.2002.

<sup>90</sup> Thorsten Faas und Jürgen Maier, „Wortlaut und Wahrnehmung des zweiten Fernsehduells im Bundestagswahlkampf 2002 – eine Dokumentation“, *Bamberger Beiträge zur Politikwissenschaft*, Nr. II-17, 2003, verfügbar unter <http://thorsten-faas.de/pdf/WortlautUndWahrnehmung2.pdf> [16.11.2006], S. 27.

<sup>91</sup> Ebd., S. 22.

<sup>92</sup> New York Times „German Leader’s Warning: War Plan is a Huge Mistake“, 5.9.2002.

Däubler-Gmelins seien „schlicht inakzeptabel“. In Deutschland sei eine „Atmosphäre“ erzeugt worden, die „in diesem Sinne vergiftet“ sei.<sup>93</sup>

Fortan war der amerikanische Präsident für Gerhard Schröder nicht mehr zu sprechen. Auch eine schriftliche Entschuldigung des Kanzlers konnte daran nichts ändern – im Gegenteil. Er hatte seine Justizministerin entgegen Washingtons Erwartung, kurz vor der Wahl nicht entlassen. Der Entschuldigungsbrief an den amerikanischen Präsidenten wurde zudem von ihm ohne Rücksprache mit Beratern oder Kabinettsmitgliedern verfasst und von der US-Regierung nicht als Entschuldigung wahrgenommen, sondern eher als Bedauern darüber, dass diese sich gekränkt fühle. Das amerikanische Missfallen kam unter anderem darin zum Ausdruck, dass George W. Bush entgegen den diplomatischen Gepflogenheiten Gerhard Schröder am 22. September nicht zu seinem Wahlsieg gratulierte.<sup>94</sup> Noch im Oktober beschwerte sich George W. Bush, dass man in den Zeitungen „nur über Deutschland und diesen Typ“ lese, der ihn „zum Buhmann gemacht und so eine Wahl gewonnen“ habe.<sup>95</sup>

Nachdem die Bundestagswahl einen knappen Wahlsieg der rot-grünen Koalition hervorgebracht hatte, verstummte die Kritik an den USA, die den Wahlkampf so sehr geprägt hatte. Die Bundesregierung lehnte zwar weiterhin eine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen Irak ab. Fischer gab aber schon wenige Tage nach der Wahl zu verstehen, dass eine Beteiligung der Bundeswehr an einem Folgeinsatz unter UN-Mandat denkbar wäre. Für die Zeit nach einem Militäreinsatz habe die Bundesregierung „nichts ausgeschlossen“.<sup>96</sup> Gerhard Schröder brachte die Idee ins Spiel, den deutschen Beitrag in Afghanistan zu erhöhen und zusammen mit den Niederlanden die Führung des ISAF-Kontingents in Kabul zu übernehmen.<sup>97</sup> Beide begrüßten die amerikanische Entscheidung, eine Resolution im Sicherheitsrat zu suchen. Eine Einigung im Sicherheitsrat und ein baldiger Beginn der Inspektionen seien wünschenswert.<sup>98</sup>

Die Resolution 1441 wurde nach wochenlangem Ringen zwischen dem französischen und dem amerikanischen Außenminister um die genaue Formulierung am 8. November im Sicherheitsrat einstimmig beschlossen.<sup>99</sup> Darin wurde Irak eine „letzte Gelegenheit“ eingeräumt, den Abrüstungsverpflichtungen bisheriger Resolutionen nachzukommen. Saddam Hussein wurde aufgefordert, UN-Waffeninspektoren der UNMOVIC und der IAEO Zugang zu gewähren und innerhalb von 30 Tagen einen vollständigen Bericht über den Stand aller ABC-

---

<sup>93</sup> Financial Times London, „US Condemns Poisoned Relations with Berlin“, 21.9.2002.

<sup>94</sup> Szabo, *Parting Ways*, S. 30-31; Harnisch, „Bound to fail?“, S. 69; New York Times, „Schröder Uses London Visit to Try to Fix Rift with U.S.“, 25.9.2003.

<sup>95</sup> Woodward, *Der Angriff*, S. 21-22.

<sup>96</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Bagdad-Debatte: Berlin dreht bei. Deutscher Beitrag nach einem Krieg“, 26.9.2002.

<sup>97</sup> New York Times, „Schröder Uses London Visit to try to Fix Rift with U.S.“, 25.9.2002.

<sup>98</sup> Colin Powell und Joschka Fischer, US State Department, 30.10.2002.

<sup>99</sup> Siehe Woodward, *Der Angriff*, S. 253-260.

Waffenprogramme zu überreichen. Falsche Angaben oder Auslassungen würden als „weiterer schwerwiegender Verstoß“ gegen Abrüstungsverpflichtungen gewertet werden und „ernsthafte Konsequenzen“ nach sich ziehen.<sup>100</sup> Ob die Androhung „ernsthafte Konsequenzen“ im Falle eines Bruchs der Resolution ein militärisches Eingreifen legitimierte oder ob dafür eine weitere Resolution verabschiedet werden musste, war zwischen den USA auf der einen und Frankreich, China und Russland auf der anderen Seite umstritten. Die Resolution 1441 war ein Kompromiss zwischen beiden Lagern und ließ absichtlich Interpretationsspielraum für beide Ansichten.<sup>101</sup>

Die Bundesregierung bemühte sich seit der Bundestagswahl um eine konstruktive Haltung in der Irak-Krise und demonstrierte Kompromissbereitschaft. Auf dem NATO-Gipfel am 23. November in Prag schloss sie sich der gemeinsamen Position der Mitgliedstaaten an und stimmte einer Erklärung zu, in der Saddam Hussein „ernsthafte Konsequenzen“ angedroht wurden, wenn er nicht mit den Inspektoren kooperiere. Im selben Monat versprach Gerhard Schröder den USA, dass die Bundeswehr im Falle eines Irak-Kriegs die 95 Kasernen und Einrichtungen der USA gegen Terrorangriffe schützen werde.<sup>102</sup> Am 27. September sagte Schröder den USA sogar Überflug-, Transit- und Bewegungsrechte zu, falls es zu einem Krieg gegen Irak kommen sollte.

Schröder betonte erneut, dass Deutschland sich an einer militärischen Aktion nicht beteiligen werde. Er wählte aber deutlich vorsichtigerer Worte als im Wahlkampf. Man müsse zunächst im Rahmen der Resolution 1441 feststellen, ob Irak Massenvernichtungswaffen habe. Erst in einem zweiten Schritt könne man dann Konsequenzen ziehen. „Das wollen wir“, so Schröder in einer behutsamen Formulierung „so weit es irgend geht, ohne militärische Intervention“ erreichen.<sup>103</sup> Darüber hinaus bekräftigte die Bundesregierung ihre Zusagen, Patriot-Abwehrraketen an Israel zu liefern und die deutschen Fuchs-Spürpanzer in Kuwait zu belassen, wo sie im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ stationiert waren. Das Verhältnis zur US-Administration blieb jedoch weiterhin belastet.

Schröder und Fischer vermieden jegliche Zusagen, die eine Koalitionskrise heraufbeschwören konnten. Die Zusage, Patriot-Raketen an Israel zu liefern, machte die Bundesregierung nur unter der Bedingung, dass diese ausschließlich von dänischen Batterien aus abgefeuert werden dürften. Auch eine Erneuerung des Mandats für die Fuchs-Spürpanzer in Kuwait, wie sie Ab-

---

<sup>100</sup> Resolution 1441 (2002), Adopted by the Security Council at its 4644th meeting, 8 November 2002.

<sup>101</sup> Szabo, *Parting Ways*, S. 36.

<sup>102</sup> AFP, „Bundeswehr beginnt mit Bewachung von US-Kasernen in Deutschland“, 24.1.2003.

<sup>103</sup> Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, „Bundesregierung gewährt USA und NATO Überflug- und Transitrechte für möglichen Militäreinsatz gegen den Irak“, 27.11.2002, verfügbar unter <http://archiv.bundesregierung.de/artikel,-451588/Bundesregierung-gewaehrt-USA-u.htm> [12.3.2007].

geordnete aus den Reihen von Union und Grünen im Falle eines Irak-Kriegs forderten, lehnte die Bundesregierung ab. Sie konnte sich in diesen Fragen nicht auf eine eigene Mehrheit im Bundestag verlassen und versuchten jegliche Abstimmungen, die sich auf Irak bezogen, zu vermeiden.<sup>104</sup> Ihr Handlungsspielraum wurde also sowohl durch die kriegskritischen Strömungen in den Regierungsfractionen als auch durch die parlamentarischen Kontrollbefugnisse des Bundestags so stark eingeschränkt, dass eine Kehrtwende hin zu einer Unterstützung der USA unmöglich erschien.

Ende des Jahres mussten Schröder und Fischer überlegen, welche Position sie künftig in der Irak-Krise vertreten wollten. Ab dem 1. Januar 2003 würde Deutschland im Sicherheitsrat vertreten sein und an Abstimmungen über die Konsequenzen der Resolution 1441 teilnehmen. Joschka Fischer schien die kompromissbereite Linie der vergangenen Monate fortführen zu wollen. Am 30. Dezember sagte er in einem Spiegel-Interview, es stehe weiterhin fest, „dass wir uns militärisch an einer Intervention nicht beteiligen.“ Ob Deutschland allerdings im Sicherheitsrat gegen eine zweite Resolution stimmen werde, könne „niemand vorhersagen“, da niemand wisse, „wie und unter welchen Begleitumständen der Sicherheitsrat sich hiermit befassen“ werde. Mit der Resolution 1441 gebe es „keinen mandatsfreien Zustand mehr“.<sup>105</sup> Auch UN-Botschafter Gunther Pleuger, der seit dem 1. Januar Deutschland im Sicherheitsrat vertrat, sagte in einem Interview mit der New York Times vom 9.1.2003, dass eine zweite Resolution zwar „wünschenswert, aber nicht notwendig“ sei, falls Irak frühere Resolutionen offensichtlich breche.<sup>106</sup>

In Deutschland sorgten Pleugers, aber vor allem Fischers Bemerkungen für Aufsehen. Bei SPD und Grünen, aber auch bei der CDU wurde daran gezweifelt, ob die Regierung ihre bisherige Ablehnung eines Krieges beibehalten oder sich nun doch den USA anschließen könnte. Gerhard Schröder konnten diese Zweifel an der Konsequenz seiner Irak-Politik nicht gefallen. Eine Woche nach Fischer war er im Interview mit dem Spiegel merklich bemüht, Fischers Äußerungen nicht als Kurswechsel erscheinen zu lassen. Aber auch er selbst wollte Anfang Januar nichts ausschließen und sich nicht auf Spekulationen über das deutsche Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat einlassen. Dafür müsse man erst die „Rahmenbedingungen“ kennen. Allerdings solle niemand bezweifeln, dass die deutsche Abstimmung „entlang unserer prinzipiellen Position“ erfolgen werde.<sup>107</sup>

---

<sup>104</sup> Harnisch, „Bound to fail?“, S. 74-75.

<sup>105</sup> Joschka Fischer, Interview mit dem Spiegel, 30.12.2002.

<sup>106</sup> New York Times, „Germany Will not Insist on 2<sup>nd</sup> Vote, Envoy Says“, 9.1.2003; Siehe auch Szabo, *Parting Ways*, S. 37.

<sup>107</sup> Gerhard Schröder, Interview mit dem Spiegel, 6.1.2003.

### 3.1.3 Diplomatische Opposition

Der 20. Januar markiert den Beginn der dritten Phase der deutschen Irak-Politik, in der Schröder, Fischer und der deutsche Chefdiplomat Gunther Pleuger eine Koalition zur Verhinderung einer militärischen Intervention organisierten, Initiativen zur Verlängerung der Waffeninspektionen ergriffen und sich durch eine frühzeitige Festlegung des deutschen Abstimmungsverhaltens im Sicherheitsrat alternative politische Wege (wie sie in den Vormonaten verfolgt worden waren) selbst versperrten.

Seit dem 20. Januar setzte sich die deutsche Regierung jedenfalls an die Spitze des Widerstandes gegen den Irak-Krieg, überließ Frankreich als ständigem Sicherheitsrats-Mitglied und Veto-Macht allerdings die Führungsrolle.<sup>108</sup> Der französische Außenminister De Villepin, der zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz des Sicherheitsrat innehatte, beraumte für den 20. Januar ein Treffen auf Ministerebene an, in dem über den internationalen Terrorismus diskutiert werden sollte. Er hatte auch den amerikanischen Außenminister Colin Powell gebeten, daran teilzunehmen. Powell, der sich innerhalb der US-Administration für eine diplomatische Linie eingesetzt und auf die Risiken einer militärischen Intervention aufmerksam gemacht hatte, war vor wenigen Tagen von Bush informiert worden, dass er sich endgültig für einen Krieg entschieden habe, um Saddam Hussein zu stürzen.<sup>109</sup> Powell verstand seine Aufgabe fortan darin, den diplomatischen Prozess im Sicherheitsrat zu einem Abschluss zu bringen, um zumindest eine Legitimation für den nun unausweichlichen Krieg zu erreichen.<sup>110</sup> Auf dem Ministertreffen, zu dem ihn De Villepin eingeladen hatte, wollte er jedoch auf dieses Thema keinesfalls angesprochen werden und nahm nur unter der ausdrücklichen Zusicherung des französischen Außenministers teil, dass der Irak nicht thematisiert werden würde.

De Villepin hielt sich jedoch nicht an seine Zusage und wies in seiner Rede darauf hin, dass eine Invasion im Irak derzeit nicht „legitim“ sei, da noch kein „schwerwiegender Verstoß“ gegen Resolution 1441 festgestellt werden könne. „Nichts, gar nichts“ rechtfertige derzeit einen Krieg.<sup>111</sup> Auch Joschka Fischer erlaubte sich nach einigen Sätzen über die Notwendigkeit der Terrorismusbekämpfung eine „aktuelle Bemerkung“. Er habe die Befürchtung, dass „ein militärischer Schlag gegen das Regime in Bagdad große, unkalkulierbare Risiken im weltweiten Kampf gegen den Terror“ mit sich bringe und „fatale Konsequenzen für die langfristige regionale Stabilität“ haben könne. Auch wenn die UN-Resolutionen ohne wenn und aber umgesetzt werden müssten, gebe es „wesentliche Gründe“ für die deutsche „ablehnende Haltung gegen-

---

<sup>108</sup> Szabo, *Parting Ways*, S. 36.

<sup>109</sup> Siehe Woodward, *Der Angriff*, S. 290-298.

<sup>110</sup> Ebd., S. 307-312.

<sup>111</sup> Ebd., S. 324; Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Schröder geht noch weiter: Kein Ja“, 23.1.2002; AFP, „USA greifen Deutschland und Frankreich wegen Irak-Haltung scharf an“, 23.1.2003.

über einer Militäraktion“.<sup>112</sup> So offen hatten deutsche Regierungsmitglieder die amerikanischen Kriegspläne seit dem Wahlkampf vom September 2002 nicht mehr verurteilt. Fischer und De Villepin sprachen sich beide für eine Verlängerung der Inspektionen aus und der französische Außenminister deutete sogar die Möglichkeit eines Vetos an.<sup>113</sup> Auf Powell musste die ganze Veranstaltung wie ein geplantes Manöver wirken, das Frankreich und Deutschland organisiert hatten, um ihn bloßzustellen.<sup>114</sup>

Am Tag darauf ging Gerhard Schröder noch einen Schritt weiter. Er befand sich im Landtagswahlkampf in Niedersachsen, als er auf einer Rede in Goslar bekräftigte, dass sich Deutschland unter seiner Führung „an einer militärischen Intervention im Irak nicht beteiligen“ werde. Mit der Ankündigung, er „sage das jetzt hier ein Stück weit weiter gehend“ als das, was er bisher formuliert habe, traf er darüber hinaus an diesem 21. Januar eine Festlegung über das Abstimmungsverhalten Deutschlands im Sicherheitsrat, noch bevor die Waffeninspektoren am 27. Januar ihren Bericht präsentiert hatten. „Rechnet nicht damit“, sagte er, „dass Deutschland einer den Krieg legitimierenden Resolution zustimmt, rechnet nicht damit.“<sup>115</sup> Noch am Tag der Rede informierte Schröder den französischen und den britischen Staatschef über seine Festlegung, dass Deutschland im Sicherheitsrat bei einer Resolution, die militärische Zwangsmaßnahmen verhängt, nicht mit Ja stimmen werde. Fischer setzte in New York seinen Amtskollegen Powell davon in Kenntnis.<sup>116</sup>

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete, dass der SPD-Parteirat Tage zuvor die bisherige Formulierung Schröders, das deutsche Abstimmungsverhalten werde sich an der ablehnenden Grundhaltung gegenüber militärischen Aktionen „orientieren“, für nicht ausreichend befunden hatte. Der Kanzler habe daraufhin die Formulierung angeregt, diese Grundhaltung werde im deutschen Abstimmungsverhalten in internationalen Institutionen „zum Ausdruck kommen“. Erst nachdem Künstler und Intellektuelle vor dem Hintergrund von Fischers und Pleugers Äußerungen zu Jahresbeginn Schröder erzählten, sie seien besorgt, dass die deutsche Regierung einem Krieg letztlich doch noch zustimmen könnte, habe er einen Tag später in Goslar eine deutsche Zustimmung ausgeschlossen.<sup>117</sup>

---

<sup>112</sup> Joschka Fischer, Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, New York, 20.1.2003.

<sup>113</sup> Süddeutsche Zeitung, „Chirac und Schröder vereint gegen Irak-Krieg“, 23.1.2003.

<sup>114</sup> Szabo, *Parting Ways*, S. 37-38; Woodward, *Der Angriff*, S. 324-325.

<sup>115</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Schröder geht noch weiter: Kein Ja“, 23.1.2002; Vgl. auch Harnisch, „Bound to fail?“, S. 75. Die erneute Thematisierung des Irak-Kriegs hatte keine positiven Effekte auf die Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 2. Februar 2003. Es dominierten landespolitische Themen und die SPD musste in beiden Bundesländern hohe Verluste hinnehmen.

<sup>116</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Schröder geht noch weiter: Kein Ja“, 23.1.2002.

<sup>117</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, Günther Bannas, „Der Junkie und die Nadel. Schröder entspricht Erwartungen in der SPD“, 25.1.2003; S. 3.

In den Reihen der Regierungsfraktionen war diese Festlegung umstritten. Fünfzehn Abgeordnete der Grünen wollten sogar noch weiter gehen als Schröder. Ende Januar legten sie in der so genannten Hamburger Erklärung fest, dass Deutschland aus ihrer Sicht im Sicherheitsrat definitiv mit Nein stimmen müsse.<sup>118</sup> Der Parteivorsitzende Bütikofer wandte sich allerdings zur selben Zeit gegen die Festlegung des deutschen Abstimmungsverhaltens, wie sie Schröder erstmals in Goslar vertreten hatte. Wenn beispielsweise Irak Israel angreife, würde eine neue Situation entstehen. Daher sei es „unvernünftig zu sagen, egal, was zur Abstimmung steht, wir wissen schon, was die Antwort ist.“<sup>119</sup> Auch der SPD-Außenexperte Hans-Ulrich Klose kritisierte die erneute frühzeitige Festlegung Schröders. Dadurch nehme sich Deutschland im Sicherheitsrat den Spielraum für Konsultationen und werde dort nicht mehr viel ausrichten können.<sup>120</sup>

In der Tat hatte Schröder seinen Handlungsspielraum stark eingeschränkt und mit seinen Äußerungen die deutsche Verhandlungsposition im Sicherheitsrat enorm geschwächt. Durch seine Vorfestlegung konnte Deutschland bei einer Abstimmung über eine zweite Resolution im Sicherheitsrat nur noch mit Nein stimmen oder sich enthalten. Im Auswärtigen Amt sah man jedenfalls alle Bemühungen der vergangenen Wochen zerstört, die Wogen zwischen den USA und Deutschland durch eine deutsche Unterstützung der Resolution 1441 zu glätten.<sup>121</sup> Schröders Festlegung in der Goslar Wahlkampfrede war jedoch möglicherweise ein entscheidendes Signal für den französischen Präsidenten Chirac, der sich nun bei diplomatischen Initiativen gegen die amerikanischen Angriffspläne der Unterstützung des deutschen Kanzlers sicher sein konnte.

Innerhalb weniger Tage folgten weitere diplomatische Initiativen Deutschlands und Frankreichs. Am 22. Januar trafen sich Schröder und Chirac in Versailles zu den Feierlichkeiten zum Jubiläum des Elysée-Vertrags. In einer gemeinsamen Erklärung gaben die beiden Staatschefs an, in internationalen Institutionen, einschließlich des UN-Sicherheitsrats gemeinsame Standpunkte einzunehmen.<sup>122</sup> Noch am selben Tag demonstrierten sie, wie ernst sie diesen Vorsatz vor allem im Bezug auf den bevorstehenden Irak-Krieg nahmen. In einem Gespräch mit dem deutsch-französischen Jugendparlament in Berlin sagte Schröder, dass alles versucht werden müsse, um die Durchsetzung der UN-Resolution 1441 mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Er

---

<sup>118</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Giftige Freude über Rumsfelds Kritik am ‚alten Europa‘. Die Grünen debattieren über den Irak-Krieg und haben noch keine einheitliche Position gefunden“, 28.1. 2003.

<sup>119</sup> Süddeutsche Zeitung, „Grüne lehnen Festlegung ab. Bütikofer: Neue Situationen könnten Abstimmungsverhalten im UN-Sicherheitsrat beeinflussen“, 28.1.2003.

<sup>120</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Der Junkie und die Nadel. Schröder entspricht Erwartungen in der SPD“, 25.1.2003.

<sup>121</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Ein Außenminister in Fesseln. Fischer muss ohnmächtig ertragen, wie der Kanzler unbeirrt den deutschen Weg weitergeht“, 9.2.2003.

<sup>122</sup> Gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags, 22.1.2003.

wiederholte, dass er für Deutschland klargemacht habe, „dass wir einer Legitimierung von Krieg nicht zustimmen können“. Chirac fügte an, dies sei die „gemeinsame Außenpolitik“, Deutschland und Frankreich „beurteilen die Krise gleich“. Es müsse alles zur Vermeidung eines Kriegs getan werden, denn ein „Krieg sei immer ein Beweis des Scheiterns“.<sup>123</sup> Allerdings wollte er seine Ausführungen nicht als Festlegung des französischen Abstimmungsverhaltens im Sicherheitsrat verstanden wissen. Chirac hielt sich alle Optionen offen und gab zu verstehen, dass Frankreich sich erst festlegen werde, wenn eine Entscheidung im Sicherheitsrat anstehe.<sup>124</sup>

Der Konflikt eskalierte nun ebenfalls in der NATO. In einer Sitzung des Nordatlantikrats am 22. Januar lehnten es deutsche und französische Vertreter ab, der Türkei bereits zu diesem Zeitpunkt Beistandsgarantien für den Fall auszusprechen, das sich ein Krieg im Irak auf türkisches Territorium ausdehnen sollte. Die USA hatten gehofft, dadurch die Türkei zur Bereitstellung von Luftwaffenbasen bewegen zu können.<sup>125</sup> Aus französischer und deutscher Sicht wären solche Beistandsgarantien jedoch einer vorzeitigen Zustimmung zum Irak-Krieg gleichgekommen. Schröder hatte nur wenige Tage zuvor im besagten Gespräch mit Künstlern und Intellektuellen seine Meinung geäußert, dass deutsche Soldaten, die in AWACS-Überwachungsflugzeugen in der Türkei stationiert waren, zum Schutz des Bündnisgebiets eingesetzt werden könnten, allerdings nicht „zur Zielerfassung im Irak“. Sobald sie für die Kriegsführung im Irak genutzt werden sollten, dürften sie „nicht an Bord bleiben“ und müssten abgezogen werden.<sup>126</sup> Abseits des diplomatischen Rampenlichts wurden aber ungeachtet der Differenzen über die Irak-Politik pflichtgemäß die Zusagen erfüllt, die Schröder den USA im November gegeben hatte. Am 24. Januar begannen 2600 Bundeswehrsoldaten mit der Bewachung amerikanischer Einrichtungen in Deutschland.<sup>127</sup>

Auf den dreifachen diplomatischen Vorstoß Deutschlands und Frankreichs, zuerst im Sicherheitsrat, dann im Rahmen des Jubiläums des Elysée-Vertrags und schließlich im Nordatlantikrat reagierten amerikanische und britische Regierungsmitglieder äußerst verärgert.<sup>128</sup> Powell forderte auf dem amerikanischen Sender PBS den deutschen und französischen Außenminister auf, den Bericht der UN-Inspektoren abzuwarten, statt voreilige Entscheidungen zu tref-

---

<sup>123</sup> Süddeutsche Zeitung, „Chirac und Schröder vereint gegen Irak-Krieg“, 23.1.2003; AFP, „Schröder und Chirac halten trotz US-Kritik an Irak-Kurs fest“, 23.1.2003.

<sup>124</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Schröder geht noch weiter: Kein Ja“, 23.1.2002; Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Deutschland geht es um mehr Wind. Auch eine Form der Zusammenarbeit: Wie Schröder und Chirac einander in die Hände spielen“, 24.1.2003; Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Empörung in Berlin und Paris über Washington. Rumsfeld rügt das ‚alte Europa‘“, 24.1.2003.

<sup>125</sup> Frankfurter Rundschau, „Schulterschluss gegen Irak-Krieg. Paris und Berlin lehnen Militäraktion ab“, 23.1.2003.

<sup>126</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Schröder geht noch weiter: Kein Ja“, 23.1.2002.

<sup>127</sup> AFP, „Bundeswehr beginnt mit Bewachung von US-Kasernen in Deutschland“, 24.1.2003.

<sup>128</sup> Harnisch, „Bound to fail?“, S. 77.

fen.<sup>129</sup> Verteidigungsminister Rumsfeld sagte, wenn er Europa meine, dann denke er nicht an Deutschland und Frankreich, die das „alte Europa“ repräsentierten. Beide seien im Umgang mit dem irakischen Regime „ein Problem gewesen“. Lobend erwähnte dagegen er die „riesige Zahl anderer Länder in Europa“ nicht auf der Seite Frankreichs und Deutschlands, sondern „auf der Seite der Vereinigten Staaten“ stünden.<sup>130</sup>

Die USA wollten nun den Prozess im Sicherheitsrat beschleunigen und möglichst bald zum Krieg schreiten.<sup>131</sup> Der Aufmarsch amerikanischer und britischer Truppen am Persischen Golf, der schon am 6. Dezember allmählich begonnen hatte,<sup>132</sup> würde voraussichtlich Mitte Februar abgeschlossen sein.<sup>133</sup> Der Krieg schien nun kurz bevorzustehen, weil sich die US-Regierung eine massive Truppenpräsenz nicht allzu lange leisten konnte und der irakische Sommer ungünstig für eine Offensive war. Als die US-Administration keine Zweifel daran ließ, dass sie schon bald eine Militäraktion durchführen wolle, traten Deutschland und Frankreich mit Äußerungen an die Öffentlichkeit, dass die Waffeninspektionen ihrer Meinung nach noch mehrere Monate in Anspruch nehmen würden. Großbritannien und Spanien sprachen dagegen von „Wochen“.<sup>134</sup>

Die europäischen Regierungen bemühten sich nun aber trotz der grundsätzlichen Differenzen, zu einer gemeinsamen Linie zu finden. Am Vormittag des 27. Januars, wenige Stunden bevor die Chefspektoren Blix und Baradei dem Sicherheitsrat ihren ersten Bericht vorlegen würden, trafen sich auf Einladung der griechischen EU-Ratspräsidentschaft die Außenminister Straw, De Villepin, Ana Palacio und Joschka Fischer in Brüssel zu einer Unterredung. Die Vertreter der vier EU-Staaten, die im Sicherheitsrat vertreten waren, gaben an, das Treffen sei unproblematisch verlaufen und man sei schnell zu einer Einigung gelangt. Die gemeinsame Position der vier Staaten wurde kurz darauf auch von den anderen EU-Mitgliedstaaten gebilligt.<sup>135</sup> Darin hieß es die EU „begrüßt die Absicht“ der Kontrolleure, „ihren Einsatz fortzusetzen und zu intensivieren“.<sup>136</sup> Sie hielten fest, dass militärische Maßnahmen nur als „letztes Mittel“ eingesetzt werden dürften, wenn Irak sich einer friedlichen Lösung vollends verweigern sollte. Auf

---

<sup>129</sup> AFP, „USA greifen Deutschland und Frankreich wegen Irak-Haltung scharf an“, 23.1.2003.

<sup>130</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Empörung in Berlin und Paris über Washington. Rumsfeld rügt das ‚alte Europa‘“, 24.1.2003.

<sup>131</sup> Szabo, *Parting Ways*, S. 39.

<sup>132</sup> Woodward, *Der Angriff*, S. 267.

<sup>133</sup> Frankfurter Rundschau, „EU will Irak mehr Zeit geben. Außenminister aber uneins über Dauer der UN-Kontrollen“, 28.1.2003.

<sup>134</sup> Süddeutsche Zeitung, „Der Konflikt um den Irak: Europa fordert die Vereinigten Staaten auf, alle diplomatischen Instrumente anzuwenden“, 28.1.2003.

<sup>135</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, „EU: Inspektionen fortsetzen“, 28.1.2003.

<sup>136</sup> Süddeutsche Zeitung, „Der Konflikt um den Irak: Europa fordert die Vereinigten Staaten auf, alle diplomatischen Instrumente anzuwenden“, 28.1.2003.

die Angabe eines Zeitraums hatte man verzichtet. Die gemeinsame Erklärung war ein Minimalkonsens und zeigte den kleinen Spielraum, auf den man sich gerade noch einigen konnte.<sup>137</sup>

Der beabsichtigte Eindruck, es gebe eine gemeinsame europäische Haltung zum Irak, hielt nicht lange. Die Differenzen traten schon wenige Stunden später wieder zu Tage, als Blix und Baradei die Bilanz der ersten 60 Tage ihrer Waffeninspektionen vortrugen. Sie warfen darin Irak zwar mangelnde Kooperation vor, sprachen sich aber dennoch für eine Fortsetzung der Inspektionen aus. Während Deutschland und Frankreich sich in ihrer Forderung nach einer Verlängerung der Inspektionen bestätigt sahen, warf der britische Außenminister Straw dem Irak tags darauf einen „schwerwiegenden Bruch“ der UN-Resolution vor und begab sich damit auf die harte Linie der USA. Die Resolution 1441 erlaubte in amerikanischer Lesart militärische Zwangsmaßnahmen, wenn der Sicherheitsrat einen solchen Bruch feststellte. Straw sagte, die Chancen einen Krieg zu vermeiden, hätten sich verringert.<sup>138</sup> Gerhard Schröder wandte sich am selben Tag im Norddeutschen Rundfunk gegen die Interpretation, dass ein Bruch der Resolution 1441 zu einem Krieg berechtige. Auf die Frage, ob dafür eine zweite Resolution zwingend erforderlich sei, antwortete er: „Das ist die Position, die wir dazu eingenommen haben. Und so weit ich das sehe, ist es auch die Position der überwiegenden Mehrheit im Sicherheitsrat“.<sup>139</sup> Noch Anfang Januar hatten Fischer und Pleuger verlauten lassen, eine zweite Resolution sei wünschenswert, aber nicht notwendig.

Deutsche und französische Diplomaten drängten amerikanische Beamte, keine zweite Resolution anzustreben. Washington folgte dieser Empfehlung allerdings nicht. Bush setzte zwar keine großen Hoffnungen mehr in weitere Verhandlungen im Sicherheitsrat und war im Grunde dagegen, eine zweite Resolution anzustreben. Auch Cheney und Powell befürchteten, dass das diplomatische Fingerhakeln ihnen die Hände band und sich die Verhandlungen noch länger hinziehen könnte als bei der ersten Resolution. Aus Sicht der amerikanischen Administration bot die Resolution 1441 zudem eine ausreichende völkerrechtliche Legitimation für einen Angriff. Allerdings brauchten die Verbündeten Aznar, und mehr noch Tony Blair, eine zweite Resolution, um eine militärische Beteiligung innenpolitisch rechtfertigen zu können. Als Blair auf einem Treffen im Weißen Haus am 31. Januar schilderte, wie ernst die Lage für ihn war und dass seine Regierung über diese Frage bei einem Misstrauensvotum stürzen könnte, willig-

---

<sup>137</sup> Frankfurter Rundschau, „EU will Irak mehr Zeit geben. Außenminister aber uneins über Dauer der UN-Kontrollen“, 28.1.2003.

<sup>138</sup> Frankfurter Rundschau, „Straw sieht Bruch der Resolution. ‚Situation für Irak sehr ernst‘.“, 29.1.2003; Süddeutsche Zeitung, „US-Regierung stimmt Bevölkerung auf Krieg ein“, 29.1.2003.

<sup>139</sup> Süddeutsche Zeitung, „Schröder: Krieg nur nach zweiter UN-Resolution.“, 29.1.2003; Frankfurter Rundschau, „Straw sieht Bruch der Resolution“, 29.1.2003; El País, „Schröder asegura que hay ‚una mayoría aplastante‘ en el Consejo de Seguridad a favor de una nueva resolución“, 29.1.2003.

te Bush ein, an einer zweiten Resolution zu arbeiten. Bush wollte nur äußerst ungern ohne Großbritannien in den Krieg ziehen.<sup>140</sup>

Die Unterschiede in der Irak-Politik der EU-Mitgliedstaaten wurden immer deutlicher. Der deutsch-französische Anspruch, in der Irak-Krise für die EU sprechen zu können, wurde vom „Brief der Acht“ konterkariert, der am 30. Januar in der europäischen Ausgabe des Wall Street Journal und anderen europäischen Tageszeitungen erschien. Wie um Rumsfelds polemische Unterscheidung in ein „altes“ und ein „neues Europa“ zu illustrieren, bekundeten acht europäische Regierungschefs ihre Solidarität mit den USA und ihre Unterstützung des amerikanischen Vorgehens gegen das irakische Regime.<sup>141</sup> Gefolgt wurde dieser Brief von diplomatischen Beistandsbekundungen mittel- und osteuropäischer Staaten, die sich am 6. Februar in der so genannten Erklärung der „Vilnius 10“ ebenfalls hinter die USA stellten und versprachen, sich einer Koalition anzuschließen, die Sicherheitsratsresolutionen zur Entwaffnung des Irak durchsetzt.<sup>142</sup>

Am 5. Februar hielt Powell im Sicherheitsrat eine Rede, in der er in einer Multimedia-Show eine Vielzahl Geheimdienstinformationen präsentierte, um die Sicherheitsratsmitglieder von der Gefahr des irakischen Regimes zu überzeugen.<sup>143</sup> Fischer, der die Sitzung als Ratsvorsitzender leitete, ergriff kurz vor Ende der Sitzung das Wort. Er sagte, dass die von Powell vorgelegten Erkenntnisse sorgfältig geprüft werden müssten, sprach sich dann aber eindeutig für eine Verlängerung der Waffeninspektionen aus. Die Waffeninspektoren der UNMOVIC und der IAEO müssten „eine echte Chance und die dafür notwendige Zeit erhalten, um ihre Möglichkeiten voll zu nutzen“. Man müsse im Rahmen der Resolution 1441 weiterhin nach einer friedlichen Lösung der Krise suchen.<sup>144</sup> Diese Position vertraten deutsche Regierungsvertreter in den kommenden Wochen immer wieder gegenüber der amerikanischen Linie, dass ein schwerwiegender Bruch bereits vorliege und man das irakische Regime nun mit militärischen Mitteln zur Entwaffnung zwingen müsse.

Die deutsche und die amerikanische Position prallten nicht nur im Sicherheitsrat aufeinander. Anfang Februar stand die NATO stand vor einer Zerreißprobe, als Deutschland, Frankreich und Belgien sich weiterhin gegen einen formellen Beschluss zum Schutz der Türkei stell-

---

<sup>140</sup> Woodward, *Der Angriff*, S. 337-338; Szabo, *Parting Ways*, S. 39.

<sup>141</sup> Wall Street Journal Europe, „Europe and America should stay united“, 30.1.2003. Der Brief wurde von den Regierungschefs Spaniens, Großbritanniens, Italiens, Dänemarks, Portugals, Polens, Tschechiens und Ungarns unterzeichnet. Siehe auch Harnisch, „Bound to fail?“, S. 77; Szabo, *Parting Ways*, S. 39.

<sup>142</sup> New York Times, „Rumsfeld Rebukes the U.N. and NATO on Iraq Approach“, 9.2.2003, Die zehn Staaten waren Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Albanien, Kroatien, Mazedonien.

<sup>143</sup> Colin Powell, Rede vor dem UN-Sicherheitsrat, 5.2.2003, verfügbar unter <http://www.iraqwatch.org/un/unscresolutions/PVRs-debates/unsc-020503.pdf> [19.3.2007], S. 2-17.

<sup>144</sup> Joschka Fischer, Rede vor dem UN-Sicherheitsrat, 5.2.2003; siehe auch Szabo, *Parting Ways*, S. 40-41; Harnisch, „Bound to fail?“, S. 77.

ten. Wie schon im Januar lehnten sie jede Festlegung ab, solange der Krieg noch nicht begonnen hatte. Auf der Konferenz für Sicherheitspolitik in München kritisierte Verteidigungsminister Rumsfeld dann am 8. Februar jene Staaten, die die NATO davon abhielten selbst minimale Maßnahmen zum Schutz der Türkei zu unternehmen. Dadurch untergruben sie die Glaubwürdigkeit der Allianz.<sup>145</sup> Außenminister Fischer reagierte auf die Vorwürfe in einer frei gehaltenen Rede auf Englisch. Man wisse schon lange, dass irakische Scud-Raketen die Türkei erreichen könnten, er verstehe nicht, warum dies nun gerade jetzt zur Priorität erhoben werde.<sup>146</sup> Auch Rumsfelds Behauptung, angesichts der Faktenlage könne kein vernünftiger Mensch noch bezweifeln, dass Irak eine Gefahr darstelle, wies er entschieden zurück: „You have to make the case. And to make the case in a democracy, you must convince by yourself. And excuse me, I am not convinced. This is my problem. And I cannot go to the public and say, well, let's go to war because there are reasons and so on and I don't believe in them.“<sup>147</sup> Das waren deutlichere Worte, als man sie von den Treffen in München gewohnt war. Fischer vertrat hier noch einmal prägnant, die deutsche Position, dass er die Bedrohung durch den transnationalen Terrorismus für wesentlich gefährlicher halte als den Irak und dass ein militärisches Eingreifen langfristig zu Islamisierungstendenzen führen könnte.<sup>148</sup>

Hinzu kam, dass der SPIEGEL zum Zeitpunkt der Konferenz vorab eine Meldung veröffentlichte, dass in Berlin und Paris seit Jahresbeginn an einem Plan für ein verschärftes Inspektionsregime gearbeitet werde. Demnach sollte eine neue Resolution beschlossen werden, die den Einmarsch von UN-Friedenstruppen legitimiert und Irak quasi zu einem Protektorat der UNO gemacht hätte. Unter dem Schutz von Blauhelmsoldaten und mit Unterstützung französischer Mirage-Aufklärungsflugzeuge sollten die Inspektoren die irakischen Massenvernichtungswaffen zerstören.<sup>149</sup> Fischer äußerte sich nicht zu dem Bericht, sprach sich aber am Rande der Konferenz für eine Aufstockung der Kontrolleure von 100 auf 2000 aus.<sup>150</sup> In einer Verlängerung und Ausweitung der Waffeninspektionen schien im Februar die einzige Möglichkeit zu liegen, einen baldigen Krieg gegen den Irak abzuwenden. Die USA hatten deutlich gemacht, dass sie fest zum Angriff entschlossen waren und nur noch einen Beschluss des Sicherheitsrats

---

<sup>145</sup> Donald Rumsfeld, „The Global Fight against Terrorism: Status and Perspectives“, Rede auf der Konferenz für Sicherheitspolitik in München, 8.2.2003, verfügbar unter [http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu\\_2003=&menu\\_konferenzen=&sprache=de&id=102&](http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2003=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=102&) [13.3.2007].

<sup>146</sup> New York Times, „Rumsfeld Rebukes the U.N. and NATO on Iraq Approach“, 9.2.2003.

<sup>147</sup> Jonathan Mann, „Continental divide. Europe is split over Iraq, the United States and the United Nations“, Transcript eines CNN-Berichts, 13.2.2007.

<sup>148</sup> Frankfurt Allgemeine Sonntagszeitung, „Fischer: Sorry, wir sind nicht überzeugt.“, 9.2.2003.

<sup>149</sup> Der Spiegel, „Das Projekt Mirage“, 10.2.2003.

<sup>150</sup> Frankfurt Allgemeine Sonntagszeitung, „Fischer: Sorry, wir sind nicht überzeugt.“, 9.2.2003. Regierungsbeamte spielten später die Bedeutung des Plans herunter und bezeichneten die Vorschläge als deutsch-französische „Überlegungen“, Harnisch, „Bound to fail?“, S. 78.

anstreben, um ihn zu legitimieren. Die Abstimmung im Sicherheitsrat war daher der einzige Hebel, um die USA in ihrem Vorhaben zumindest zeitweilig aufzuhalten. Im Spiegel-Bericht hieß es, Schröder wolle am 9. Februar eine grobe Skizze des deutsch-französischen Plans mit dem russischen Präsidenten Putin besprechen.<sup>151</sup>

Just an diesem 9. Februar teilte Gerhard Schröder Chirac mit, dass sich Putin ihren Bemühungen in der Irak-Frage anschließen werde und sie dann gemeinsam ein trilaterales Verhältnis aufbauen könnten.<sup>152</sup> Seit dem 9. Februar konstituierte sich nun ein loses Dreierbündnis Deutschlands, Frankreichs und Russlands. Schon einen Tag später traten die drei Staaten mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit. Darin sprachen sie sich für eine Fortsetzung und Verstärkung der Waffeninspektionen im Rahmen der Resolution 1441 aus. Zur Begründung hieß es: „Es gibt immer noch eine Alternative zum Krieg. Die Anwendung von Gewalt könnte nur ein letztes Mittel sein. Russland Deutschland und Frankreich sind entschlossen, der friedlichen Entwaffnung des Iraks jede Chance zu geben.“<sup>153</sup> Fortan koordinierten sich die drei Staaten im Sicherheitsrat und warben dort für eine Fortsetzung der Waffeninspektionen.

Die NATO-Botschafter, die seit dem 10. Februar in Brüssel erneut über den Unterstützungsantrag für die Türkei diskutierten, waren am 12. Februar noch immer zu keiner Einigung gelangt und hatten die Beratungen abgebrochen. Die Fronten schienen derart verhärtet, dass sie es als zwecklos erachteten, am 13. Februar erneut zusammenzutreten.<sup>154</sup> Der US-Botschafter Nicolas Burns sprach rückblickend von einer „near-death-experience“ für das Bündnis.<sup>155</sup> Bundeskanzler Schröder rechtfertigte am 13. Februar in seiner Regierungserklärung die Blockade im Nordatlantikrat. Er verwies darauf, dass Deutschland schon vor Monaten zugesagt hatte, dass die deutschen Soldaten in den AWACS-Aufklärungsflugzeugen zum Schutz des Bündnisgebiets bereit stünden und dass man bereits Patriot-Abwehrraketen an die Türkei geliefert habe. Er hielt die Regierungserklärung einen Tag, bevor Hans Blix und Mohammed El Baradei dem Sicherheitsrat ihren dritten Bericht vorlegen würden. In diesem Zusammenhang betonte er, dass die Resolution 1441 „keinen Automatismus zur Anwendung militärischer Gewalt“ enthalte und dass er die französischen Bemühungen einer Verbesserung des Inspektionsregimes unterstütze. „Gemeinsam mit Frankreich, Russland und mit anderen unternimmt die

---

<sup>151</sup> Der Spiegel, „Das Projekt Mirage“, 10.2.2003.

<sup>152</sup> Szabo, *Parting Ways*, S. 41.

<sup>153</sup> „Joint Declaration by Russia, Germany and France on Iraq“, 20.2.2003, meine Übersetzung.

<sup>154</sup> Jonathan Mann, „Continental divide. Europe is split over Iraq, the United States and the United Nations“, Transcript eines CNN-Berichts, 13.2.2007.

<sup>155</sup> International Herald Tribune, „NATO has adapted. An alliance with a new mission“, 24.5.2003, verfügbar unter <http://nato.usmission.gov/ambassador/2003/s030524a.htm> [20.3.2003].

Bundesregierung alle Anstrengungen, um den Konflikt im und um den Irak auf friedlichem Wege zu lösen. Das ist möglich und dafür kämpfen wir“, sagte er.<sup>156</sup>

In ihrem dritten Bericht am 14. Februar warfen die Chefspektoren dem Irak zwar mangelnde Kooperation vor, stellten aber auch einige Fortschritte fest. Außerdem äußerten sie Zweifel an den Fakten, die Powell dem UN-Sicherheitsrat vorgelegt hatte. Joschka Fischer konzentrierte sich in seiner Bewertung des Berichts im Sicherheitsrat vor allem auf die Fortschritte und forderte, die französischen Vorschläge zur Effektivierung der Inspektionen aufzugreifen. Er mahnte vor den Folgen eines Militärschlags für die Region und erinnerte daran, dass notwendige Entscheidungen allein dem Sicherheitsrat als einzigem international legitimiertem Gremium zustünden. Die Diplomatie sei noch nicht am Ende.<sup>157</sup>

Die USA und ihre Unterstützer waren anderer Meinung. Aus ihrer Sicht war es an der Zeit, das irakische Regime mit Gewalt zur Entwaffnung zu zwingen. Bush, Blair und Aznar einigten sich am 24. Februar auf den Text einer zweiten Resolution, die Saddam Husseins Bruch mit Resolution 1441 feststellte und militärische Maßnahmen erlaubte. In den folgenden Wochen waren von ihren Bemühungen geprägt, im Sicherheitsrat eine Mehrheit für diese Resolution zu erlangen. Deutschland, Frankreich und Russland versuchten das nach Kräften zu verhindern. Sie übermittelten dem Sicherheitsrat am selben Tag ein Memorandum, in dem sie sich für eine Fortsetzung verstärkter Inspektionen für weitere 4 Monate, mit regelmäßigen Zwischenberichten aussprachen.<sup>158</sup> Am 5. März forderten sie in einer gemeinsamen Erklärung die Inspektoren auf, sie sollten zur nächsten Sicherheitsratssitzung einen Arbeitsplan zur Weiterführung der Kontrollen im Sinne des Memorandums vorlegen. In der Erklärung war eine indirekte Veto-Drohung enthalten, falls die USA ihre zweite Resolution zur Abstimmung stellen sollten. „In diesem Zusammenhang werden wir keinen Resolutionsentwurf passieren lassen, der eine Gewaltanwendung genehmigen würde. Hierbei werden Russland und Frankreich als Ständige Mitglieder des Sicherheitsrats ihre volle Verantwortung wahrnehmen.“<sup>159</sup> Diese Drohung machte der französische Präsident wenige Tage später explizit, als er am 10. März ankündigte, dass Frankreich eine zweite Resolution unter keinen Umständen passieren lassen würde.<sup>160</sup> Am 15. März bekräftigten Russland, Deutschland und Frankreich in einer gemeinsamen Erklärung, dass es keinen Grund gebe, die Inspektionen zu beenden. Der Sicherheitsrat solle am Montag

---

<sup>156</sup> Gerhard Schröder, Regierungserklärung zur aktuellen internationalen Lage vor dem Deutschen Bundestag, 13.2.2003.

<sup>157</sup> Joschka Fischer, Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 15.2.2003; Siehe auch Harnisch, „Bound to fail?“, S. 78; Szabo, *Parting Ways*, S. 42-43.

<sup>158</sup> French-German-Russian Memorandum on Continuing Inspections in Iraq, 24.2.2003.

<sup>159</sup> Gemeinsame Erklärung Russlands, Deutschlands und Frankreichs zu Irak, 5.3.2003.

<sup>160</sup> Harnisch, „Bound to fail?“, S. 79.

auf Ministerebene zusammentreten und ein Arbeitsprogramm und einen Zeitplan für die Fortführung der Inspektionen beschließen.<sup>161</sup>

Die USA, Großbritannien und Spanien hatten mittlerweile ihre Bemühungen um eine zweite Resolution eingestellt. Es war ihnen nicht gelungen, unentschiedene Staaten zur Zustimmung zu bewegen. Bush, Blair und Aznar trafen am 16. März in Lajes auf den Azoren zusammen und verkündeten, dass sie am darauf folgenden Tag entscheiden wollten, ob die Diplomatie funktioniere oder nicht. Am 17. März zogen sie ihren Entwurf der zweiten Resolution zurück und machten dafür die Blockadehaltung einiger Staaten im Sicherheitsrat verantwortlich. In ihren Augen war die Anwendung militärischer Gewalt allerdings bereits durch Resolution 1441 gedeckt. Am selben Tag trat Bush in Washington vor die Fernsehkameras und gewährte Saddam Hussein eine Frist von 48 Stunden, um zurückzutreten.<sup>162</sup>

Bundeskanzler Schröder erklärte vor dem Bundestag, dass sich die deutschen Soldaten in den AWACS-Flugzeugen in der Türkei ebenso wie deutsche ABC-Abwehrkräfte in Kuwait nicht an den Kampfhandlungen beteiligen würden. Die Pflichten als Bündnispartner und die Stationierungsabkommen erforderten allerdings, dass deutsche Luftwaffenstützpunkte zur Verfügung gestellt und Überflugrechte gewährt würden.<sup>163</sup> Als der Krieg am 20. März begann, wandte sich Schröder an das deutsche Fernsehpublikum. Bis zuletzt habe man versucht, den Krieg zu verhindern. Er sei der Überzeugung, dass „eine falsche Entscheidung“ getroffen wurde und fügte hinzu: „Wir teilen diese Überzeugung mit dem französischen Präsidenten Chirac, dem russischen Präsidenten Putin und vielen anderen, die in der Welt herausgehobene politische Verantwortung tragen.“<sup>164</sup> Auch Joschka Fischer äußerte vor dem Bundestag sein Bedauern über den Kriegsbeginn. Aus seiner Sicht ging es in der Irak-Krise auch um die Frage, ob die zukünftige Weltordnung von den USA dominiert sein würde. „Wie soll eine neue Weltordnung gestaltet werden?“, fragte er. „Soll sie kooperativ sein? Soll sie auf multilateraler Grundlage aufgebaut werden? Oder ist es eine unilaterale Weltordnung, die substantielle Unterschiede entlang der Machtverteilung macht?“<sup>165</sup>

---

<sup>161</sup> Gemeinsame Erklärung der Außenminister Russlands, Frankreichs und Deutschlands zu Irak, 15.3.2003.

<sup>162</sup> Szabo, *Parting Ways*, S. 43; Harnisch, „Bound to fail?“, S. 79.

<sup>163</sup> Gerhard Schröder, Rede zum Haushaltsgesetz vor dem Deutschen Bundestag, 19.3.2003; siehe auch Szabo, *Parting Ways*, S. 44.

<sup>164</sup> Fernsehansprache von Bundeskanzler Gerhard Schröder nach Beginn des Kriegs gegen den Irak, 20.3.2003.

<sup>165</sup> Joschka Fischer, Rede in der Debatte zum Haushaltsgesetz vor dem Deutschen Bundestag, 20.3.2003.

### 3.1.4 Zusammenfassung der deutschen Irak-Politik

Bevor ich analysiere, welche Rolle sicherheitspolitische, machtpolitische und innenpolitische Kalküle in der deutschen Irak-Politik gespielt haben, werde ich kurz die wesentlichen Merkmale der deutschen Strategien zwischen September 2001 und März 2003 zusammenfassen.

Schon als die USA infolge der Terroranschläge des 11. Septembers die erbarmungslose Bekämpfung des Terrorismus ankündigten, wurde der Irak in den USA immer wieder als mögliches Angriffsziel diskutiert. In dieser *ersten Phase* zwischen September 2001 bis zum Juli 2002 legte sich die deutsche Regierung nicht eindeutig fest, wie sie auf einen amerikanischen Feldzug reagieren würde. Schröder und Fischer hielten einerseits an der proklamierten „uneingeschränkten Solidarität“ im Kampf gegen den internationalen Terrorismus fest, betrachteten andererseits die Angriffspläne gegen den Irak mit großer Skepsis. Gerhard Schröder und Joscha Fischer warnten öffentlich davor, den Krieg gegen den Terrorismus auf andere Staaten als Afghanistan auszuweiten und brachten gegenüber amerikanischen Regierungsmitgliedern Vorbehalte gegen eine militärische Intervention im Irak zum Ausdruck. Als der Versuch, eine europäische Position zu erreichen, vorerst gescheitert war, versuchte Gerhard Schröder dem amerikanischen Präsidenten zu signalisieren, dass für eine deutsche Beteiligung bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssten, die er aber nicht konkret benannte. Nach ersten inoffiziellen Ankündigungen im März 2002 verkündete Schröder dann Ende Juli offiziell, dass eine Legitimierung durch den Sicherheitsrat für Deutschland die entscheidende Voraussetzung für einen Krieg sei. Diese Positionierung erfolgte erst, als er sich durch immer konkretere Kriegsplanungen in den USA und deren Wiederhall in den deutschen Medien dazu gedrängt sah. Eine deutsche Teilnahme an einem Krieg gegen Irak blieb zwar grundsätzlich vorstellbar, war nun allerdings an konkrete Bedingungen geknüpft.

Diese Position änderte sich im Anfang August 2002, als Gerhard Schröder eine deutsche Beteiligung an einem Irakkrieg selbst im Falle eines UN-Mandats kategorisch ausschloss. In dieser *zweiten Phase* wurde die deutsche Ablehnung während des Bundestagswahlkampfes zunächst lautstark vorgetragen und mit einer heftigen Kritik der amerikanischen Irakpolitik verbunden. Nach dem Wahlsieg verstummten die kritischen Töne gegenüber Washington. Die kategorische Ablehnung einer deutschen Beteiligung wurde allerdings aufrechterhalten. Schröder und Fischer bemühten sich nun, das Verhältnis zu den USA zu reparieren, indem sie zahlreiche Konzessionen machten und unter anderem der US-Armee Transit- und Überflugsrechte im Falle eines Krieges gestatteten.

In der *dritten Phase* von Januar bis März 2003 fand schließlich der Höhepunkt der Auseinandersetzungen über Irak statt. Im Gegensatz zur bisherigen Strategie, die vor allem in einer

Ablehnung jeglicher Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen im Irak bestanden hatte, gingen Schröder und Fischer seit dem 20. Januar dazu über, in enger Koordination mit Frankreich und Russland im Weltsicherheitsrat eine Opposition gegen die amerikanischen Invasionspläne zu organisieren. Als nichtständiges Mitglied des höchsten UN-Gremiums setzte sich die deutsche Regierung mit eigenen Initiativen energisch für eine Fortsetzung der Waffeninspektionen ein und stellte sich gegen die amerikanischen Bemühungen um eine zweite Resolution des Sicherheitsrats, die den Krieg gegen den Irak legitimiert hätte.

## **3.2 Drei handlungsleitende Kalküle**

### **3.2.1 Sicherheitspolitisches Kalkül**

Ein wichtiger Grund, warum die deutsche Regierung sich von Beginn an skeptisch zu einem Krieg gegen den Irak äußerte, ist ihre Einschätzung der Sicherheitslage, die sich stark von der amerikanischen Bedrohungsanalyse unterschied.<sup>166</sup> Aus der Sicht Gerhard Schröders und Joschka Fischers ging die Hauptbedrohung für Deutschland eindeutig vom internationalen Terrorismus aus und nicht von Saddam Hussein. Auch der Konflikt zwischen Israel und Palästina war für sie ein weit dringlicheres Sicherheitsproblem, das sich negativ auf die Stabilität in der Region am Persischen Golf auswirkte. Die vermuteten Massenvernichtungswaffen des irakischen Regimes stellten dagegen aus ihrer Sicht ein Risiko dar, dem man begegnen konnte, indem man durch internationalen Druck die Genehmigung von Waffeninspektionen durchsetzte und Saddam Hussein zur Abrüstung zwang.<sup>167</sup> Selbst die bisherige Praxis einer Eindämmung durch gezielte Sanktionen hielten Schröder und Fischer unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten immer noch für sinnvoller als eine militärische Intervention.

Im Bundessicherheitsrat hatten Schröder und Fischer im Frühjahr 2002 Szenarien durchgespielt, wie sich ein Angriff westlicher Staaten gegen Irak auf die internationale Sicherheitslage und auf die Stabilität in der Region auswirken würde. Sie kamen zu dem Schluss, dass selbst im besten anzunehmenden Fall, in dem sich der Krieg ohne viele zivile Opfer schnell beenden ließe, eine amerikanische Besatzung langfristig Wasser auf die Mühlen islamischer Fundamentalisten sein würde. Der internationale Terrorismus, der in den Augen Schröders und Fischers derzeit die Hauptbedrohung für die Sicherheit Deutschlands darstellte, würde durch ein militärisches Vorgehen gegen den Irak eher gestärkt als geschwächt werden.

---

<sup>166</sup> Siehe Szabo, *Parting Ways*, S. 67-74.

<sup>167</sup> Diese Argumentation hatte Fischer auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 8.2.2003 vorgetragen, Vgl. „Hartes Ringen um Lösungen für Irak-Konflikt“, verfügbar unter [http://www.securityconference.de/konferenzen/2003/index.php?menu\\_2003=&menu\\_konferenzen=&sprache=de&](http://www.securityconference.de/konferenzen/2003/index.php?menu_2003=&menu_konferenzen=&sprache=de&) [18.2.2007].

Die Grundtendenz zur Ablehnung eines militärischen Eingreifens, die in der deutschen Irak-Politik von Beginn an vorhanden war, ist auf ein spezifisches sicherheitspolitisches Kalkül zurückzuführen, in dem Schröder und Fischer übereinstimmten. Sie wollten die Sicherheit Deutschlands auch langfristig so gut wie möglich vor Anschlägen fundamentalistischer Terrorgruppen schützen, die in ihren Augen die größte Bedrohung darstellten. Auf der Grundlage dieses Ziels beurteilten sie die Pläne der US-Administration und überlegten, welche Handlungsoptionen für sie selbst in Frage kamen.

Sollten sie die USA vorbehaltlos unterstützen und deren harte Position gegenüber Irak mittragen, so das Kalkül, würden sie die Wahrscheinlichkeit eines Krieges erhöhen, von dem sie eine Destabilisierung der Golf-Region und eine Stärkung des fundamentalistischen Terrorismus erwarteten. Vor allem aber würden sie dazu beitragen, dass Deutschland als Verbündeter der USA ins Fadenkreuz von Terroristen geriete. Wenn sie also die Gefahr von Anschlägen in Deutschland vermindern und nicht zusätzlich steigern wollten, kam eine vorbehaltlose Unterstützung der USA aus ihrer Sicht nicht in Frage. Eine andere denkbare Handlungsoption wäre gewesen, sich neutral zu verhalten und einer Positionierung in der Irak-Krise so gut wie möglich aus dem Weg zu gehen. Eine solche Handlungsweise wäre schon eher mit dem Ziel vereinbar gewesen, Deutschland vor Bedrohungen zu schützen. Wenigstens hätte man die Bundesrepublik nicht durch eigenes Zutun zum Objekt von terroristischen Anschlagplanungen gemacht. Ihrem Kalkül zufolge hätten Schröder und Fischer mit einer solchen neutralen Haltung die USA jedoch nicht von ihren Plänen abbringen können und dadurch zumindest in Kauf genommen, dass der Persische Golf durch eine amerikanische Invasion im Irak zum Brandherd werden würde, in dem sich neue Generationen von Terroristen rekrutieren ließen. In Schröders und Fischers Kalkül schien es daher die beste Entscheidung zu sein, den USA ihre Bedenken mitzuteilen, sie vor Gefahren zu warnen und sie damit möglichst in ihrem Vorhaben zu bremsen oder sogar gänzlich abzubringen. Zudem durfte Deutschland in ihren Augen keinesfalls als Unterstützer einer amerikanischen Invasion erscheinen, um nicht selbst zum Ziel von Anschlägen zu werden.

Diese Analyse spiegelt sich in Schröders und Fischers Handeln während der gesamten Irak-Krise wider. Beide hatten bei ihren Besuchen in Washington den Eindruck gewonnen, dass einflussreiche Mitglieder der US-Regierung zum Krieg entschlossen waren. Fischer erfuhr am 18. September vom stellvertretenden Verteidigungsminister Wolfowitz, dass außer Afghanistan noch eine ganze Reihe weiterer Staaten auf der amerikanischen Liste möglicher Kriegsziele

standen.<sup>168</sup> Auch Gerhard Schröder war bei seinem Besuch in Washington zu der Auffassung gelangt, die Amerikaner seien „noch weit wütender als nach Pearl Harbour“.<sup>169</sup> Vor diesem Hintergrund nahmen sie die Diskussionen in Washington über ein Vorgehen gegen Irak sehr ernst. Schon am 29. November 2001 warnten sie die USA davor, militärisch gegen Irak vorzugehen.<sup>170</sup> Schröder versuchte George W. Bush bei den persönlichen Treffen zu bremsen, indem er sagte, man müsse Beweise haben und auch wissen, dass man gewinnen könne.<sup>171</sup> Wesentlich eindringlicher als Schröder warnte Joschka Fischer die USA vor den negativen Auswirkungen, die ein Krieg gegen Irak aus seiner Sicht haben würde. Fischer wies seit Januar auch im Sicherheitsrat darauf hin, dass man Erfolge in der Terrorismusbekämpfung damit unnötig in Gefahr bringe.<sup>172</sup> Auch nachdem Powell dort 5. Februar amerikanische Geheimdienstkenntnisse über die Gefahr des irakischen Regimes präsentiert hatte, äußerte er seine Zweifel daran, dass der Irak eine Bedrohung darstellte und wies darauf hin, dass bisher keine überzeugenden Beweise vorgelegt worden seien um einen solchen Krieg zu rechtfertigen.<sup>173</sup>

Schröder und Fischer blieben in ihrer Argumentation konsistent. Über den gesamten Zeitraum der Krise hinweg betonten sie wiederholt, dass das Problem der irakischen Massenvernichtungswaffen diplomatisch gelöst werden könne und dass ein Krieg gegen Irak kontraproduktiv für die Terrorismusbekämpfung sein würde. Diese inhaltliche Positionierung Deutschlands in der Irak-Krise kann man plausibel mit dem sicherheitspolitischen Kalkül Schröders und Fischers erklären, dass man Deutschland am besten vor Terroranschlägen schützte, indem man versuchte, mäßigend auf die US-Administration einzuwirken und sie vom Vorhaben einer militärischen Intervention abzubringen. In diesem Kalkül waren die Handlungsoptionen einer direkten Unterstützung und einer neutralen Haltung unbefriedigend und wurden deshalb verworfen oder gar nicht erst in Erwägung gezogen. Dieses sicherheitspolitische Kalkül erklärt also sehr gut die ablehnende Grundtendenz der deutschen Irak-Politik. Es erklärt aber noch nicht die Art und Weise, in der diese Grundtendenz praktisch umgesetzt wurde. Mäßigenden Einfluss auf die US-Regierung konnte man auf verschiedene Weise ausüben. Das sicherheitspolitische Kalkül allein ließ noch immer eine ganze Bandbreite an verschiedenen Handlungsoptionen zu, um die USA von ihren Kriegsplänen abzubringen. Warum die deutsche Regierung sich zunächst darauf beschränkte, Warnungen und Vorbehalte zu äußern, im August dazu

---

<sup>168</sup> Matthias Geyer, Dirk Kurbjuweit und Cordt Schnibben, *Operation Rot-Grün. Geschichte eines politischen Abenteurers* (München, 2005), S. 155.

<sup>169</sup> Hogrefe, *Gerhard Schröder*, S. 209-210; Szabo, *Parting Ways*, S. 16.

<sup>170</sup> Frankfurter Rundschau, „Berlin warnt vor Angriff auf Irak“, 29.11.2001.

<sup>171</sup> Jürgen Hogrefe, *Gerhard Schröder. Ein Porträt* (Berlin, 2002), S. 211.

<sup>172</sup> Joschka Fischer, Rede des Bundesaußenministers vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 20.1.2003; Joschka Fischer, Rede des Bundesaußenministers vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 7.3.2003.

<sup>173</sup> Siehe die Äußerungen Joschka Fischers auf der Münchner Sicherheitskonferenz vom 8.2.2003, Jonathan Mann, „Continental divide. Europe is split over Iraq, the United States and the United Nations“, Transcript eines CNN-Berichts.

übergang, eine deutsche Beteiligung kategorisch auszuschließen und sich im Januar für eine diplomatische Opposition entschied, ist nicht mit sicherheitspolitischen, sondern nur mit den machtpolitischen und innenpolitischen Kalkülen Schröders und Fischers zu erklären.

### 3.2.2 Machtpolitisches Kalkül

Die deutsche Irak-Politik war auch von machtpolitischen Überlegungen geleitet. Besonders für Gerhard Schröder, mit Einschränkungen aber auch für Joschka Fischer, war die Irak-Krise über sicherheitspolitische Erwägungen hinaus auch eine Probe dafür, wie viel Einfluss Deutschland auf die Bearbeitung internationaler Probleme hatte und wie viel Mitsprache der deutschen Regierung speziell von den USA eingeräumt wurde. Schröder hatte hier konkrete Erwartungen, wie ein Staat von Deutschlands Rang gebührend behandelt werden sollte.

In Schröders Augen hatte Deutschland in seiner Regierungszeit unter Beweis gestellt, dass es nicht nur der geographisch größte und wirtschaftlich stärkste Staat in Europa war, sondern auch politisch berechtigterweise einen Platz auf einer Stufe mit Frankreich und Großbritannien beanspruchen konnte. Durch die vielfache Teilnahme der Bundeswehr an internationalen Militäreinsätzen hatte seine Regierung endlich das Maß an internationaler Verantwortung übernommen, das seiner Ansicht nach Deutschlands Stellung entsprach. Schröder erwartete, dass andere Staaten diese Leistungen anerkannten. Er erhob den Anspruch, dass Deutschland sich an der Entscheidungsfindung in wichtigen weltpolitischen Fragen beteiligen müsse und im Gegenzug auch von anderen ernst genommen werden sollte. Das Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat war der augenfälligste Ausdruck dieser Auffassung.<sup>174</sup>

Es war in erster Linie das individuelle Ziel Gerhard Schröders, auch in der Irak-Krise den Einfluss auszuüben und nach außen demonstrieren zu können, der Deutschlands Rang seiner Meinung nach entsprach. Auf der Grundlage dieses Ziels bewertete er die Pläne und Handlungen der amerikanischen Regierung und schätzte ein, für welche Handlungsoptionen er sich entscheiden sollte. Sowohl die anfängliche Unterstützung der USA im Afghanistan-Krieg als auch der deutsche Beitrag zur diplomatischen Opposition seit Januar 2003 sind auf dieses machtpolitische Kalkül zurückzuführen.

Nach dem 11. September glaubte Schröder zunächst, die Einflussmöglichkeiten Deutschlands am besten wahren zu können, wenn er sich trotz frühzeitiger sicherheitspolitischer Be-

---

<sup>174</sup> Siehe zu Gerhard Schröders Auffassungen über die Rolle Deutschlands in der Welt: Gerhard Schröder, „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“, Regierungserklärung vor dem deutschen Bundestag, 10.11.1998; Gerhard Schröder, Rede zum Wahlkampfauftakt in Hannover, 5.8.2002, sowie Gerhard Schröder, Rede vor dem Deutschen Bundestag, 13. September 2002.

denken zur „uneingeschränkten Solidarität“ mit den USA im Kampf gegen den Terrorismus verpflichtete. „Wenn wir da nicht mitmachen, sind wir für Jahre aus dem Spiel“ sagte Schröder kurz nach dem 11. September in Bezug auf eine amerikanische Gegenreaktion.<sup>175</sup> Mit einer Teilnahme am Krieg gegen Afghanistan, so das Kalkül des Kanzlers, würde Deutschland ein Recht auf Konsultationen erlangen und dadurch auch den Einfluss auf die weitere amerikanische Außenpolitik ausüben können, der Deutschland als einem der wichtigsten Bündnispartner zustand. Er erwartete, in die Pläne der amerikanischen Administration eingeweiht und in wichtige Entscheidungen einbezogen zu werden.<sup>176</sup> Für die Teilnahme der Bundeswehr an der Operation „Enduring Freedom“ im Herbst 2001 hatte Schröder sogar sein politisches Schicksal aufs Spiel gesetzt. Umso enttäuschter war er, dass die amerikanische Regierung die Vorgänge in Deutschland nicht so recht zu bemerken schien und das Risiko, das er mit der Vertrauensabstimmung im Bundestag eingegangen war, nicht zu schätzen wusste.<sup>177</sup> Schröder erschien es im Laufe der Zeit immer offensichtlicher, dass sein Kalkül nicht aufging.<sup>178</sup> Ein lockeres „I’ll keep you posted“ vom amerikanischen Präsidenten schien alles zu sein, was an Konsultationen zu bekommen war. Dennoch meinte er auch nach der Konfrontation im Wahlkampf den meisten Einfluss auf die USA ausüben zu können, wenn er nun Zugeständnisse machte und unter anderem Überflug- und Transitrechte zusicherte.

Als die erhofften Mitspracherechte der deutschen Regierung weiterhin versagt blieben und die USA im Januar 2003 fest entschlossen schienen, den Irak mit oder ohne UN-Mandat anzugreifen, änderte sich das machtpolitische Kalkül Schröders. Es schien nun nicht länger die beste Entscheidung zu sein, durch Solidaritätsbekenntnisse oder beschwichtigende Zugeständnisse Einfluss auf die USA zu erlangen. Die Alternative, sich nun doch voll und ganz auf die Linie der amerikanischen Irak-Politik zu begeben, war aber nicht nur aus sicherheitspolitischen und innenpolitischen Erwägungen ausgeschlossen, sondern hätte aus Schröders Sicht den Rang Deutschlands keineswegs erhöht, sondern im Gegenteil einen Prestigeverlust zur Folge gehabt. In seinem machtpolitischen Kalkül schien es stattdessen die beste Handlungsoption zu sein, sich mit Frankreich und Russland zu verbünden, um der amerikanischen Regierung auch für

---

<sup>175</sup> Hogrefe, *Gerhard Schröder*, S. 212; Vgl. Geyer u.a., *Operation Rot-Grün*, S. 155; Vgl. auch seine Äußerungen Interview mit *Le Monde* vom 30.10.2001. Auf die Frage nach der Zusage eines militärischen Engagements in Afghanistan antwortete er: „Wir können nicht mehr sagen, dass wir ein geteiltes Land sind, und seitens unserer Partner eine Sonderbehandlung beanspruchen. Niemand hätte es verstanden, und bestimmt nicht die Vereinigten Staaten, wenn wir uns anders verhalten hätten. Es ist jedoch nicht ganz einfach, dafür in unserer Gesellschaft eine Akzeptanz herzustellen. Wir Deutschen hatten uns an die Vorstellung gewöhnt, wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg zu sein. Das passte uns gut, dabei fühlten wir uns wohl. Niemand würde es heute zulassen, dass wir eine solche Position aufrechterhalten.“

<sup>176</sup> Vgl. Szabo, *Parting Ways*, S. 15-19; Hogrefe, *Gerhard Schröder*, S. 211; Siehe auch Gerhard Schröder, Interview mit der ARD vom 14.9.2001.

<sup>177</sup> Szabo, *Parting Ways*, S. 16-18; 161.

<sup>178</sup> Hogrefe, *Gerhard Schröder*, S. 211-212.

die Zukunft zu zeigen, dass sie die Bedenken wichtiger Partner wie Deutschland bei schwerwiegenden Krisenentscheidungen nicht einfach übergehen konnte. Diese Entscheidung schien unter machtpolitischen Gesichtspunkten am ehesten Deutschlands Rang zu entsprechen und zum langfristigen Erhalt der Einflussmöglichkeiten des Landes auf weltpolitische Fragen beizutragen.

Dass die deutsche Irak-Politik von solchen machtpolitischen Kalkülen geleitet war, zeigt sich in zahlreichen Handlungen Schröders. Als er noch darauf setzte, durch das Bekenntnis zur Solidarität und durch militärische Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus, Einfluss zu erlangen, wies er wiederholt darauf hin, dass Deutschland als einer der wichtigsten Bündnispartner der Vereinigten Staaten, durch seinen Beistand auch Mitsprachmöglichkeiten beanspruchen könne. „Mit der Bündnispflicht, die wir übernommen haben“ so Schröder in seiner Regierungserklärung vom 19. September, „korrespondiert ein Recht und dieses Recht heißt Information und Konsultation.“<sup>179</sup> Schröder äußerte sich auch deutlich darüber, dass ihm dieses Recht nur unzureichend gewährt wurde.<sup>180</sup> Nach dem kurzen aber heftigen Protest über die amerikanische Politik in der Irak-Krise, versuchte Schröder über die Genehmigung von Überflugs- und Transitrechten im November 2002 wieder Gehör in Washington zu finden. Angesichts des amerikanischen Truppenaufmarschs am Persischen Golf wurde im Januar ein amerikanisch-britischer Alleingang immer wahrscheinlicher. Entgegen Schröders Anspruch schien Deutschland keinen Einfluss mehr nehmen zu können.<sup>181</sup> Dadurch änderte sich sein machtpolitisches Kalkül und es ging von nun an darum, langfristige negative Folgen zu verhindern und die Einflussmöglichkeiten Deutschlands in der zukünftigen Weltordnung zu sichern.

„Germany could not simply follow the US position when it felt that it had had no opportunity to shape it. The question at stake was the nature of the world order and the USA's relation to its allies, no longer the single issue of Iraq.“<sup>182</sup>

Die USA hatten unilateral die Entscheidung zum Krieg getroffen. Der Sicherheitsrat sollte nur noch seine Zustimmung dazu geben. Schröder und Fischer bemühten sich darum, dass aus diesem Vorgehen der USA kein Präzedenzfall wurde. Auch aus diesem Grund versuchten sie mit eigenen Initiativen eine Resolution zu verhindern, die die amerikanischen Angriffspläne

---

<sup>179</sup> Gerhard Schröder, Regierungserklärung zu den Terroranschlägen in den USA und den Beschlüssen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sowie der NATO vor dem Deutschen Bundestag am 19. September 2001; Für eine kritische Bewertung siehe auch Gunther Hellmann, „...um diesen deutschen Weg zu Ende gehen zu können. Die Renaissance machtpolitischer Selbstbehauptungen in der zweiten Amtszeit der Regierung Schröder-Fischer“, in Christoph Egle und Reimut Zohnhöfer, Hrsg., *Ende einer Episode? Eine Bilanz der zweiten Legislaturperiode der Regierung Schröder 2002-2005* (Wiesbaden, 2006b).

<sup>180</sup> New York Times, „German Leader's Warning: War Plan Is a Huge Mistake“, 5.9.2002.

<sup>181</sup> Szabo, *Parting Ways*, S. 26; Forsberg 2005: 224-227.

<sup>182</sup> Thomas Forsberg, „German Foreign Policy and the War on Iraq: Anti-Americanism, Pacifism or Emancipation?“ *Security Dialogue*, Jg. 36, Nr. 2 (2005), S. 213–231, hier S. 226.

legitimiert hätte. Aus seiner Sicht verdiente Deutschland ein Mitspracherecht in wichtigen internationalen Fragen. Schröder und Fischer sorgten dafür, dass der deutsche Auftritt im Sicherheitsrat dann auch so selbstbewusst erfolgte, wie sie es für ein bedeutendes Land für angemessen hielten. Deutschland verfügte allerdings nicht über ein Veto-Recht, wie es nach Schröders und Fischers Auffassung seinem Rang entsprochen hätte. Die Vorfestlegung des Kanzlers vom Februar 2003, dass man einer zweiten Resolution keinesfalls zustimmen werde, hatte den Charakter einer Vetodrohung – eingelegt von einem Regierungschef, der von seinem Land beanspruchte, zu den wichtigsten Staaten der Welt zu gehören und dementsprechend auch ein gewichtiges Wort mitreden zu können.

In einer Fraktionsausprache Anfang Februar 2002 sagte Schröder selbst er verstehe die deutsche Opposition im Sicherheitsrat als historische Entscheidung und Weichenstellung für die nächsten 10 bis 15 Jahre. Ein Reporter des Spiegel, der bei der Sitzung anwesend war, gibt den Kanzler mit den Worten wieder, dass es in der Frage um Krieg und Frieden im Kern darum gehe, ob nur noch eine einzige Macht auf der Welt das Sagen habe oder ob sie multipolar bleibe, also nicht nur von Gnaden der einzigen Supermacht USA abhängig ist.<sup>183</sup> Und selbst Fischer, der zuvor stets sicherheitspolitische Bedenken in den Mittelpunkt gestellt hatte, sagte vor dem Bundestag, dass es in der Irak-Krise auch die Gestaltung der zukünftigen Weltordnung gegangen sei. Die Grundlagen für die Bekämpfung von Bedrohungen und Risiken dürften nicht die „individuellen Entscheidungen einer einzelnen Macht“ sein.<sup>184</sup>

Um den eigenen Anspruch auf die Mitgestaltung weltpolitischer Fragen zu bekräftigen, schloss Deutschland auf maßgebliches Betreiben Schröders ein Bündnis mit Frankreich und Russland. Gemeinsam veröffentlichten sie Memoranden und Erklärungen und legten dem Sicherheitsrat Alternativen zum Umgang mit dem irakischen Regime vor. Auch wenn diese Initiativen ebenso dem oben beschriebenen sicherheitspolitischen Kalkül entsprechen, lässt sich die Bildung dieser Gegenkoalition völlig plausibel mit einem machtpolitischen Kalkül erklären. In realistischem Vokabular lässt sich die Achse Paris-Berlin-Moskau, die auf Schröders Betreiben zu Stande kam, eindeutig als *soft balancing* gegen die USA beschreiben. Dass auch Gerhard Schröder in diesen Kategorien denkt, demonstrierte er in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung im Jahr 2006, in dem er sagte er streite für „Fairness im Umgang mit Russland, weil ich fest davon überzeugt bin, dass nur eine strategische Bindung zwischen dem Europa der Union und Russland uns befähigt, ökonomisch, politisch, kulturell standzuhalten gegenüber konkurrierenden Mächten wie Amerika und gegenüber aufstrebenden Mächten wie Indien

---

<sup>183</sup> Spiegel-Online, „Schröders größtes Solo“, 11.2.2003

<sup>184</sup> Joschka Fischer, Rede vor dem Deutschen Bundestag, 20.3.2003.

und China.“ Die Generalprobe für eine solche „strategische Bindung“ mit Russland gegen Amerika hatte er in der Irak-Krise absolviert.

### 3.2.3 Innenpolitisches Kalkül

In der deutschen Irak-Politik haben auch innenpolitische Überlegungen eine zentrale Rolle gespielt. Zweimal hat Gerhard Schröder wichtige Positionen zur Irak-Krise im Wahlkampf festgelegt. Zuerst im August 2002, als er vor der Bundestagswahl eine deutsche Beteiligung ausschloss, das zweite Mal im Januar 2003, vor den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen, als er das deutsche Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat vorwegnahm. Während bei den Landtagswahlen die eigene Wiederwahl nicht zur Disposition stand, ging es im August 2002 um das eigene politische Überleben.

Schröder und Fischer brauchten zu diesem Zeitpunkt dringend ein zugkräftiges Wahlkampfthema, um den Rückstand in den Meinungsumfragen, aufholen zu können. Die beiden leidenschaftlichen Wahlkämpfer Schröder und Fischer hatten auf den Marktplätzen gemerkt, wie emotional das Thema von der Bevölkerung aufgenommen wurde und dass man sich hier Aufmerksamkeit verschaffen konnte. Joschka Fischer riet Schröder Ende Juli, den drohenden Krieg im Irak für den Wahlkampf zu nutzen. Er war sich mittlerweile sicher, dass die US-Regierung zum Krieg entschlossen sei. „Wir müssen uns aufstellen, bevor wir aufgestellt werden“, gab er Schröder zu bedenken.<sup>185</sup>

In einer zugespitzten Situation, in der die Wahl schon so gut wie verloren schien, kalkulierten Schröder und Fischer, dass sie nur mit einer kategorischen Ablehnung eines Krieges diejenigen pazifistischen Anhänger mobilisieren konnten, deren Vertrauen sie mit den Entscheidungen für den Kosovo- und den Afghanistan-Krieg verloren hatten. Die Chancen auf einen Wahlsieg hätten wesentlich schlechter gestanden, wenn sie bei der bisherigen Strategie geblieben wären und jeder Frage nach einer deutschen Beteiligung mit der Bemerkung ausgewichen wären, das eine solche Entscheidung derzeit nicht anstehe und man rechtzeitig von den Amerikanern konsultiert werden würde. Diese Option schien in einem innenpolitischen Kalkül erst Recht unvorteilhaft zu sein, da die US-Regierung ihre Zusage zu Konsultationen offenbar ganz anders verstand, als Schröder sie interpretiert hatte.<sup>186</sup>

Nachdem die Wahl nicht zuletzt wegen der eindeutigen Ablehnung einer deutschen Beteiligung am Irak-Krieg gewonnen worden war, konnten Schröder und Fischer diesen Kurs aus innenpolitischen Erwägungen nur schwer wieder korrigieren. Aus ihrer Sicht war es nicht mög-

---

<sup>185</sup> Der Spiegel, „Du musst das hochziehen“, 24.3.2003; Geyer u.a., *Operation Rot-Grün*, S. 201.

<sup>186</sup> Hogrefe, *Gerhard Schröder*, S. 212.

lich, nun etwa, um wieder Einfluss in Washington zurück zu gewinnen, eine Beteiligung deutscher Soldaten am Irak-Krieg in den Regierungsfractionen durchzusetzen. Aufgrund der weitreichenden Kontrollrechte des Bundestags hätten deutsche Unterstützungsleistungen, wie etwa die Entsendung von Schiffen oder weiteren Panzern an den Persischen Golf ein Mandat des Bundestags verlangt. Angesichts der prekären Mehrheitsverhältnisse dort hätte eine solche Abstimmung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in einer Niederlage für die Regierung geendet. 15 Abgeordnete aus der Fraktion der Grünen hatten sich bereits eindeutig gegen jegliche deutsche Beteiligung ausgesprochen und ihre Zustimmung zu solchen Maßnahmen kategorisch ausgeschlossen.<sup>187</sup> Zudem gab es auch in der SPD Abgeordnete, die die Regierung aufforderten, den USA die Überflugsrechte zu verweigern, falls diese einen völkerrechtswidrigen Krieg beginnen sollten. Im innenpolitischen Kalkül Schröders und Fischers bestand die einzig sinnvolle Handlungsoption darin, die deutsche Beteiligung weiterhin auszuschließen. Eine indirekte Unterstützung der USA war aus ihrer Sicht nur noch bei Maßnahmen denkbar, die keine neuerliche Abstimmung verlangten, wie etwa die Benutzung der Luftwaffenstützpunkte und die Genehmigung von Überflugrechten.

Welche ausschlaggebende Bedeutung innenpolitische Kalküle Schröders und Fischers im August und September in der deutschen Irak-Politik hatten, zeigt sich unter anderem an einer Äußerung Schröders gegenüber seinem Sicherheitsberater Dieter Kastrup. Als dieser ihn im August davor warnte, die transatlantischen Beziehungen über Gebühr zu belasten und ihm zur Vorsicht riet, wies der Kanzler ihn mit Bemerkung ab, er müsse diese Wahl gewinnen und kontaktierte ihn nicht mehr in dieser Frage.<sup>188</sup> Bereits einen Tag nach der Wahl, am 23. September, traf sich der Kanzler mit Abgeordneten der SPD-Linken im Bundestag. Dort sagte er dem außenpolitischen Experten Gernot Erler zu, dass seine Entscheidung zum Irak unumkehrbar sei, da er für eine andere Politik kein Mandat habe und sonst jegliches Vertrauen verlieren würde.<sup>189</sup>

Ein innenpolitisches Kalkül Schröders und Fischers hat also im August 2002 bei der Festlegung gegen eine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Auch die Beibehaltung dieser Position über den Wahlkampf hinaus ist in erster Linie mit diesem Kalkül und zu erklären. Warum die Bundesregierung im November 2002 jedoch zahlreiche Zugeständnisse an die USA machte und sich dann wiederum im Februar und März 2003 mit eigenen Initiativen gegen eine militärische Intervention hervortat, lässt sich damit nicht plausibel erklären.

---

<sup>187</sup> „Giftige Freude über Rumsfelds Kritik am ‚alten Europa‘. Die Grünen debattieren über den Irak-Krieg und haben noch keine einheitliche Position gefunden“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.1. 2003.

<sup>188</sup> Szabo, *Parting Ways*, S. 23.

<sup>189</sup> Harnisch, „Bound to fail?“, S. 73; Szabo, *Parting Ways*, S. 34.

### 3.3 Zwischenfazit

Die Politik Deutschlands in der Irak-Krise kann nach der Analyse der subjektiven Kalküle Gerhard Schröders und Joschka Fischers plausibel erklären. Die ablehnende Grundtendenz gegenüber einer militärischen Intervention im Irak wird ebenso nachvollziehbar wie die schrittweise Steigerung von einem „leisen“ zu einem „lauten Nein.“<sup>190</sup> Sogar ganz bestimmte Einzelentscheidungen lassen sich auf ein spezifisches Kalkül hochrangiger Politiker zurückführen, das darauf ausgerichtet ist, mindestens eines der drei fundamentalen Ziele erreichen zu können.

Bisher habe ich sicherheitspolitische, machtpolitische und innenpolitische Kalküle aus analytischen Gründen getrennt voneinander behandelt. In Wirklichkeit können Politiker in einer Entscheidungssituation jedoch alle drei Dimensionen zugleich berücksichtigen und zueinander in Beziehung setzen. Die drei Ziele, den Staat vor Bedrohungen zu schützen, seinen Rang und Einfluss zu erhöhen und selbst an der Macht zu bleiben, widersprechen sich prinzipiell nicht. Im Gegenteil, Politiker tendieren zur Wahl einer Handlungsoption, die ihnen in unterschiedlichen Kalkülen gleichermaßen die sinnvollste zu sein scheint.

Entscheidungssituationen können aber auch so strukturiert sein, dass beispielsweise ein machtpolitisches Kalkül eine andere Handlung nahe legt, als etwa ein innenpolitisches Kalkül. In einer solchen Situation, in der eine Entscheidung zwar einem der Ziele gerecht wird, einem anderen aber zuwiderläuft, treten Zielkonflikte auf, auf die Politiker entweder reagieren, indem sie widersprüchliche Entscheidungen treffen oder indem sie eine Gewichtung zwischen ihren Zielen vornehmen und einem von ihnen Priorität einräumen. Wenn man die deutsche Irak-Politik auf einer allgemeinen Ebene zusammenfassend erklären will, bietet es sich an, zu unterscheiden, inwiefern einzelne Kalküle a) sich gegenseitig verstärkt haben, b) zu widersprüchlichen Handlungen geführt haben und c) einander über- bzw. untergeordnet wurden.

Das bezeichnende an der deutschen Irak-Politik ist, dass sich die sicherheitspolitischen und die innenpolitischen Kalküle Schröders und Fischers über den gesamten Verlauf der Krise in Übereinstimmung bringen ließen und sich gegenseitig verstärkten. Sowohl ihre Einschätzung, dass sich eine militärische Intervention im Irak negativ auf die Sicherheit Deutschlands auswirken würde, als auch die Überlegung, dass der eigene Machterhalt am besten gewährleistet werden konnte, wenn Deutschland sich aus einer solchen Aktion heraushielt, legten die gleiche Entscheidung nahe. In beiden Kalkülen erschien es ratsam, die USA nach Möglichkeit von ihrem Vorhaben abzubringen und die Bundeswehr daran nicht zu beteiligen. Das sicherheitspolitische Kalkül bestimmte hier die ablehnende Grundtendenz, ließ aber noch verschiedene

---

<sup>190</sup> Hofmann, „Der lange Weg zum lauten Nein“.

Möglichkeiten offen, in welcher Art und Weise diese Ablehnung zum Ausdruck gebracht wurde. Das innenpolitische Kalkül Schröders und Fischers verstärkte diese Grundtendenz. Im August 2002 lag es aus wahltaktischen Überlegungen zudem nahe, sich eindeutig öffentlich von den Kriegsplänen zu distanzieren. Eine kategorische Ablehnung jeglicher deutscher Beteiligung erschien sinnvoll, um enttäuschte pazifistische Anhänger von der Ernsthaftigkeit der Entscheidung überzeugen zu können.

Lediglich die Auffassung Schröders und Fischers, dass ein Land von Deutschlands Rang in einer derart wichtigen internationalen Krise an der Entscheidungsfindung teilnehmen musste, stand anfangs im Widerspruch zur Option einer klaren Ablehnung. Denn Schröder und Fischer glaubten, dass der deutsche Einfluss auf die Entwicklung der Krise am größten sein würde, wenn sie sich als verlässlicher Bündnispartner der USA erwiesen. Dieses Kalkül war bis zum August 2002 noch durchaus mit den sicherheitspolitischen Erwägungen vereinbar, da Schröder und Fischer versuchen konnten, den angestrebten Einfluss zu nutzen, um die US-Regierung mit Warnungen und von ihren Kriegsplänen abzubringen. Im August schien dieses machtpolitische Kalkül aber nicht aufgegangen zu sein. Der Bundesregierung waren keinerlei Einflussmöglichkeiten zugestanden worden und in Washington wurde immer unverblümt über militärische Strategien diskutiert. Angesichts dieses vorläufigen Misserfolgs der Warnungen und Vorbehalte, fiel es Schröder und Fischer Anfang August nicht schwer, zwischen dem Ziel der Einflusssteigerung einerseits und dem des eigenen Machterhalts andererseits zu gewichten. Im August und September räumten daher dem innenpolitischen Machterhalt eindeutig Priorität ein. Als die Dringlichkeit Aufgabe nach der gewonnenen Wahl verblasst war, standen sie vor dem gleichen Zielkonflikt wie zuvor. Das erklärt die widersprüchlichen Entscheidungen vom Herbst 2002. Aus sicherheitspolitischen und innenpolitischen Gründen hielten sie an der Ablehnung der deutschen Beteiligung fest, versuchten aber gleichzeitig, aufgrund machtpolitischer Erwägungen, Einfluss auf die US-Regierung zurück zu gewinnen, indem sie Stützpunkte zur Verfügung stellten und Überflugrechte genehmigten.

Im Januar 2003 hielt Gerhard Schröder dann das bisherige machtpolitische Kalkül für gescheitert. Er hielt es fortan nicht mehr für sinnvoll, durch Zugeständnisse Einfluss in Washington zu erhalten, sondern hielt es für aussichtsreicher, den Einfluss Deutschlands durch ein Bündnis mit Frankreich und Russland zu steigern und den Geltungsanspruch Deutschlands durch eigene Initiativen in der Irak-Krise zu untermauern. In Schröders und Fischers machtpolitischem Kalkül ging es nun auch darum, den USA zu demonstrieren, dass sie in diesem Fall und auch in Zukunft nicht über den Kopf eines bedeutenden Landes wie Deutschland hinweg handeln konnten. Seit dem 22. Januar verstärkten sich also in der deutschen Irak-Politik die sicherheitspolitischen, machtpolitischen und innenpolitischen Kalküle der deutschen Entschei-

dungsträger gegenseitig und legten alle die Entscheidung nahe, einer militärischen Intervention der USA entgegen zu treten. Es ist aber speziell Schröders machtpolitisches Kalkül, das verständlich macht, warum Deutschland seit Januar 2003, als keine Bundestagswahlen bevorstanden, zur Totalopposition überging und maßgeblich an einer *soft-balancing*-Strategie gegen die Vereinigten Staaten beteiligt war.

#### 4. Spanien und der Irak-Krieg

Die Entscheidung, Washington während der Irakkrise den Rücken zu stärken und dabei eine Belastung der Beziehungen zu den europäischen Partnern Deutschland und Frankreich in Kauf zu nehmen, war das markanteste Beispiel einer generellen Kursänderung in der spanischen Außenpolitik, die im Jahr 2000 mit der zweiten Regierung Aznar begonnen hatte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten alle Regierungen des demokratischen Spaniens eine Brückenfunktion zwischen Europa und Amerika eingenommen und, ähnlich wie in Deutschland, eine Tradition etabliert, in der eine Bevorzugung der atlantischen oder der europäischen Bindung bewusst vermieden wurde. José Maria Aznars eindeutige Privilegierung der Beziehungen zu den USA und ganz besonders die Unterstützung des Irak-Kriegs stellt einen nicht unbedeutenden Bruch in der Außenpolitik Spaniens dar, den außer der regierenden Partido Popular (PP) keine andere Partei im spanischen Parlament mit trug.<sup>191</sup> Die bedingungslose Unterstützung, die Spanien den USA in der Irak-Krise entgegenbrachte, gab Beobachtern schon damals Rätsel auf. Wenn eine Regierung sich in die erste Reihe der Kriegsbefürworter begibt, obwohl sich in Meinungsumfragen zwischen 70% und 90% der Bevölkerung gegen eine solche Politik aussprechen, dann mutet das wie politischer Selbstmord an und scheint ein Zeichen dafür zu sein, dass die Regierung von der „Arroganz der Macht“<sup>192</sup> befallen ist. Dieses Kapitel soll rekonstruieren, aus welchen Gründen sich die spanische Regierung für diesen Kurs entschied und welche Kalküle dieser Entscheidung zu Grunde lagen.

---

<sup>191</sup> Isaías Barreñada, Ivan Martín und José Antonio Snahuja, „L’Espagne et la guerre en Irak“, *Critique internationale*, Nr. 23 (2004), S. 9-21, hier S. 9; Tobias Planert, *Die Entstehung eines „special relationship“ zwischen Spanien und den USA? Determinanten der spanischen Außenpolitik gegenüber den USA in der Regierungsära Aznar*, Diplomarbeit, Universität Passau, 2004, S. 86.

<sup>192</sup> Günther Maihold, „Kurswechsel in Madrid. Die Außenpolitik Spaniens nach den Attantaten vom 11. März und vor dem Regierungswechsel“, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Nr. 12 (März 2004), S. 2.

## 4.1 Die spanische Irak-Politik

Ich werde in diesem Abschnitt die spanische Irak-Politik zwischen September 2001 und März 2003 zunächst aus einer *externen Perspektive* behandeln, indem ich wichtige Ereignisse und Handlungen schildere. Die Entscheidungen spanischer Regierungsmitglieder werden also zunächst nur von außen dargestellt, ohne ihre Gründe zu erklären. Dabei geht es vor allem darum, die spanische Irak-Politik in ihrem Kontext zu betrachten und in Erinnerung zu rufen, in welchen Situationen wichtige Entscheidungen getroffen wurden. Ich unterscheide dabei zwischen den drei Phasen der völkerrechtlichen Skrupel (4.1.1), der bedingungslosen Gefolgschaft (4.1.2) und des Protagonismus in der Kriegscoalition (4.1.3).

Erst nach dieser deskriptiven Vorarbeit werde ich in einem zweiten Schritt (4.2) aus einer *internen Perspektive* auf die Kalküle der wichtigsten Entscheidungsträger eingehen, d.h. auf ihre Abwägung von Vor- und Nachteilen verschiedener Handlungsoptionen für das Erreichen fundamentaler Ziele. Ich werde dort analysieren, auf welche sicherheitspolitischen, machtpolitischen und innenpolitischen Kalkülen hochrangiger Entscheidungsträger die spanische Irakpolitik zurückzuführen ist. Premierminister Aznar war eindeutig der Protagonist der spanischen Irak-Politik. Seine Minister setzten die Außenpolitik um, wie sie „in ihren übergreifenden Linien zu einem großen Anteil von Aznar gestaltet“ wurde.<sup>193</sup> Ich hätte mich aus inhaltlichen Gründen auf seine Kalküle beschränken können. Aber obwohl Josep Piqué und später Ana Palacio dem Ministerpräsidenten deutlich untergeordnet waren, haben sie in ihrer Funktion als Außenminister zum Teil eigenständige Positionen vertreten und somit auch die spanische Außenpolitik während der Irak-Krise geprägt.

### 4.1.1 Völkerrechtliche Bedenken

Die spanische Irak-Politik begann im Grunde schon im Herbst 2001, als sich Ministerpräsident Aznar nach den Terroranschlägen des 11. Septembers unmissverständlich an die Seite der US-Administration stellte und den USA Solidarität zusicherte. José María Aznar wies darauf hin, dass Spanien schon lange auf die Gefahr aufmerksam gemacht habe, die von jeglicher Form des Terrorismus ausgehe und zeigte sich zuversichtlich, dass sich nun endlich die ganze Welt darüber bewusst werden würde. Er erinnerte auch daran, dass die USA und Spanien sich bereits im Mai 2001 in einer gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung verpflichtet hatten.<sup>194</sup> Besonders die „freien Gesellschaften“ müssten im Kampf

---

<sup>193</sup> Planert, *Entstehung eines „special relationship“?*, S. 89, 96.

<sup>194</sup> Siehe seine Presseerklärung einen Tag nach den Anschlägen, José María Aznar, *Declaración del Presidente del Gobierno sobre los atentados en Estados Unidos*, 12.11.2001, verfügbar unter

gegen den Terrorismus gemeinsam ihre Werte verteidigen. „Es ist der Moment gekommen, an dem die Demokratien ihre moralische Courage zeigen müssen.“, schrieb er wenige Tage nach den Attentaten in einem Namensartikel für die *Financial Times*.<sup>195</sup> Dabei lehnte der spanische Ministerpräsident jegliche Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen des Terrorismus vehement ab. Fragen nach Ursachen und nach den Motiven der Attentäter lieferten aus seiner Sicht nur falsche Rechtfertigungen, die in seinen Augen einer Verhöhnung der Opfer gleichkamen.<sup>196</sup> Die Unterschiede zwischen ETA und Al-Qaida zu verstehen war seiner Meinung nach auch gar nicht notwendig. Er hielt es für die Aufgabe der Politik, mit der gleichen Entschlossenheit und Unnachgiebigkeit überall dort gegen den Terrorismus vorzugehen, wo er sich zeigte und ihn erbarmungslos auszurotten.<sup>197</sup> Im Kontrast zu dieser demonstrativen Entschlossenheit und seiner martialischen Wortwahl standen Aznars Äußerungen in Interviews, in denen er sich nach dem 11. September für intelligente und wohl überlegte Einzelaktionen aussprach, wie etwa das Einfrieren von Bankkonten oder polizeiliche und geheimdienstliche Maßnahmen.<sup>198</sup>

Für die spanische Position in der Irak-Krise ist in diesem Zusammenhang entscheidend, dass sich Aznar bereits sehr früh der Ansicht amerikanischen Regierung anschloss, dass der Kampf gegen den Terrorismus über die gezielte Verfolgung einzelner Terroristen und die Zerschlagung ihrer Netzwerke hinausgehen musste. Vielmehr musste man in seinen Augen auch Regime angreifen, die Terroristen zu beherbergten. Auf der Pressekonferenz einen Tag nach den Attentaten auf das World Trade Center sagte er, man müsse die „die Existenz von Regimes und Organisationen unmöglich machen, die den Terror schützen“. <sup>199</sup> Tage später machte er noch deutlicher, dass sich Antiterrormaßnahmen auch gegen Staaten richten sollten: „Wir

---

[www.laclave.com/docs/documentos/aznarusa.doc](http://www.laclave.com/docs/documentos/aznarusa.doc) [6.3.2007]; Vgl. Planert, *Entstehung eines „special relationship“?*, S. 146; Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 12.

<sup>195</sup> José María Aznar, „Lo que podemos y debemos hacer. Momentos de coraje moral“, *Financial Times*, 21.9.2001. Diese und alle folgenden Übersetzungen stammen von mir.

<sup>196</sup> Im Artikel der *Financial Times* schrieb er: „Wir in Spanien haben immer gewollt, dass die Leute verstehen, dass alle Terroristen gleich sind. Kein falsch verstandener Idealismus, kein ungelöster Konflikt kein realer oder eingebildeter Fehler dürfen als Vorwand dienen, um den Terrorismus zu rechtfertigen. Das Gegenteil zu sagen – selbst die leiseste Rechtfertigung des Terrorismus zu geben – läuft darauf hinaus, die Opfer in Schuldige zu verwandeln.“ José María Aznar, „Lo que podemos y debemos hacer. Momentos de coraje moral“, *Financial Times*, 21.9.2001.

<sup>197</sup> José María Aznar, *Entrevista del presidente del gobierno en „Noticias 2“, de Antena-3*, 18.9.2001; José María Aznar, *Conferencia de prensa del presidente del gobierno y del primer ministro de la república socialista de Vietnam*, Madrid, 8.10.2001.

<sup>198</sup> José María Aznar, *Entrevista del presidente del gobierno en „Noticias 2“, de Antena-3*, 18.9.2001; José María Aznar, *Conferencia de prensa del primer ministro de Túnez y del presidente del gobierno*, Túnez, 24.9.2001.

<sup>199</sup> José María Aznar, *Declaración del presidente del gobierno sobre los atentados en Estados Unidos*, 12.11.2001, verfügbar unter [http://selene.uab.es/\\_cs\\_iuee/catala/obs/working\\_ocasionals\\_archivos/Espana\\_Europa/Declaraciones/D6.pdf](http://selene.uab.es/_cs_iuee/catala/obs/working_ocasionals_archivos/Espana_Europa/Declaraciones/D6.pdf) [6.3.2007].

müssen mit Festigkeit gegen jeden Staat vorgehen, der Terrorgruppen Zuflucht gewährt oder sie versteckt“.<sup>200</sup>

Folglich hatte Aznar auch keine Bedenken, als die USA im Herbst 2001 einen Krieg gegen Afghanistan vorbereiteten. Er hob vor allem hervor, dass die Attentate auf das World Trade Center und das Pentagon keinesfalls ungestraft bleiben dürften und dass die USA nun ihr Recht auf „legitime Selbstverteidigung“ ausübten.<sup>201</sup> Aznar hatte den USA die Bereitstellung spanischer Truppen für Operationen in Afghanistan angeboten. Die spanische Regierung musste jedoch zur Kenntnis nehmen, dass die Supermacht bei der Kriegsführung auf Spanien ebenso wenig angewiesen war, wie auf die meisten anderen europäischen Staaten.<sup>202</sup> Die USA benötigten vor allem logistische Unterstützung und nutzten die spanischen Luftwaffenstützpunkte in Rota (Sevilla) und Morón (Cádiz).<sup>203</sup>

In Washington wurde seit Januar 2002 darüber diskutiert, den „Krieg gegen den Terror“ auch auf andere Länder auszuweiten. Iran, Irak und Nordkorea, die Bush in seiner Rede zur Lage der Nation als Achse des Bösen bezeichnet hatte, standen nun als mögliche weitere Angriffziele im Raum. Ministerpräsident Aznar und sein Außenminister Josep Piqué bemühten sich darum, die Rede des amerikanischen Präsidenten nicht als direkte Drohung zu interpretieren. Dennoch waren sie nun mit Fragen von Journalisten und Abgeordneten konfrontiert, ob und unter welchen Bedingungen sich Spanien an einer Militäraktion gegen Irak beteiligen würde. Sie gingen diesen Fragen erst einmal aus dem Weg. Spanien hatte gerade die EU-Ratspräsidentschaft inne, und so vertrat Außenminister Piqué den bisherigen Konsens der Europäer, dass Irak die bisherigen Resolutionen des Sicherheitsrats erfüllen müsse und den Waffeninspektoren, die er 1998 des Landes verwiesen hatte, so bald wie möglich wieder Zugang gewähren musste.<sup>204</sup> Im März betonte der Außenminister, dass der Umgang mit dem irakischen

---

<sup>200</sup> José María Aznar, „Lo que podemos y debemos hacer. Momentos de coraje moral“, *Financial Times*, 21.9.2001.

<sup>201</sup> José María Aznar, *Declaración del presidente del gobierno sobre las operaciones militares en Afganistán*, Madrid, 7.10.2001; José María Aznar, *Conferencia de prensa del primer ministro de Túnez y del presidente del gobierno*, Túnez, 24.9.2001.

<sup>202</sup> El País, „El Deseo de una Relación Especial“, 7.9.2002; José María Aznar, *Conferencia de prensa del presidente del gobierno y del primer ministro de la república socialista de Vietnam*, Madrid, 8.10.2001.

<sup>203</sup> Planert, *Entstehung eines „special relationship“?*, S. 77; Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 15. Die spanische Regierung hatte bereits am 20.9.2001 beschlossen, die Stützpunkte uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen. Das Recht zur Nutzung dieser und weiterer Stützpunkte war auch in einem bilateralen Vertrag der Verteidigungskooperation festgehalten, die beide Staaten 1988 geschlossen hatten und der nach seinem Auslaufen 1997 jedes Jahr neu verlängert worden war. Seit den Anschlägen von New York und Washington verhandelten die spanische und die amerikanische Regierung über ein Zusatzprotokoll zu diesem Verteidigungsabkommen. Es wurde am 10. April 2002 in Madrid von den Außenministern Piqué und Powell unterzeichnet. Darin wurden die amerikanischen Nutzungsrechte von Luftbasen erneuert amerikanischen Geheimdiensten gestattet, in Spanien tätig zu werden. In der spanischen Öffentlichkeit wurde die Neufassung des Verteidigungsabkommens kritisiert. Es herrschte die Auffassung, dass Aznar den amerikanischen Verhandlungspartnern zu weit entgegengekommen sei, ohne entsprechende Gegenleistungen zu erhalten. Planert, *Entstehung eines „special relationship“?*, S. 69; Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 15.

<sup>204</sup> Josep Piqué, *Comparecencia del ministro de asuntos exteriores ante el pleno del senado, para contestar a la pregunta del senador Juan José Laborda Martín, del grupo socialista*, 20.2.2002.

Regime im Einklang mit internationalem Recht stehen musste. In einem Interview mit der Tageszeitung *La Razón* verwies er darauf, dass der Sicherheitsrat sich im Mai mit der Situation im Irak beschäftigen und verschiedene Szenarien in Erwägung ziehen werde. „Die EU hofft, dass sich darunter keine militärische Attacke gegen den Irak befindet. In jedem Fall wird das, was getan wird, in Übereinstimmung mit internationalem Recht geschehen, ohne dass sich ein unilaterales Handeln der USA ereignet“. Auf die Nachfrage, welche Haltung Spanien einnehmen werde, falls es zu einem Angriff kommt, antwortete er: „Spanien wird alles unterstützen, was sich in den Rahmen internationalen Rechts gemäß den Vereinten Nationen einfügt.“<sup>205</sup> Zudem sagte Piqué, dass der Kampf gegen den Terrorismus und die Reaktionen gegen Staaten, die Massenvernichtungswaffen herstellen wollen, zwei verschiedene Dinge seien.<sup>206</sup>

Es ist unklar, ob der Außenminister diese Positionen zuvor mit dem Ministerpräsidenten abgestimmt hatte oder ob er hier seine persönliche Auffassung vertrat. Aznar hielt sich zu diesem Zeitpunkt jedenfalls bedeckt. Auf einer Presskonferenz nach dem EU-Gipfel in Barcelona Mitte März, auf dem sich Gerhard Schröder erfolglos um eine europäische Position gegenüber den USA bemüht hatte, wollte er auf Fragen zum Irak nicht eingehen. Über Irak habe man nicht geredet, antwortete er den Journalisten knapp.<sup>207</sup> Während seines Besuchs in Camp David am 4. Mai 2002 führte der spanische Regierungschef ein vierstündiges Gespräch mit George W. Bush und nahm an einem Treffen mit Rice, Cheney und Powell teil. Dies war eine ungewöhnlich enge Form der Konsultation für einen spanischen Regierungschef.<sup>208</sup> Aber weder vor dem Treffen noch danach, äußerte sich Aznar vor der Öffentlichkeit zum Irak.<sup>209</sup>

Bei einer Kabinettsumbildung am 9. Juli wurde Josep Piqué von Ana Palacio abgelöst. Die neue Außenministerin äußerte sich in der Irak-Frage zunächst nicht so eindeutig wie ihr Vorgänger. Als sie im Rahmen ihres Antrittsbesuchs in Washington am 13. August bei einer Presskonferenz gefragt wurde, ob Spanien einen amerikanischen Angriff gegen Irak unterstützen würde, antwortete sie ausweichend, dass das eine Hypothese sei, über die man jetzt nicht sprechen solle. Sie fügte aber an: „Spanien und die Vereinigten Staaten sind dem verpflichtet, was ich die Rechtsstaatlichkeit in der Welt nennen würde, und den Kampf für die Rechtsstaatlichkeit in der Welt, aber sie sind auch der Staatengemeinschaft innerhalb der Vereinten Nationen verpflichtet. Und das wären meine allgemeinen Bemerkungen“. Auf die Frage, ob Irak Teil

---

<sup>205</sup> Josep Piqué, *Entrevista del ministro de asuntos exteriores en el diario 'La Razón'*, 3.3.2002; Vgl auch sein Interview vom April, Josep Piqué, *Declaraciones del ministro de asuntos exteriores en el diario 'ABC'*.

<sup>206</sup> Josep Piqué, *Declaraciones del ministro de asuntos exteriores en el diario italiano 'La Stampa'*, 14.3.2002.

<sup>207</sup> José María Aznar, *Conferencia de prensa del presidente del gobierno y presidente de la Unión Europea, después del consejo europeo de Barcelona*, 16.3.2002.

<sup>208</sup> Barreñada et al., „L'Espagne et la guerre en Irak“, S. 15.

<sup>209</sup> Siehe *Remarks prior to discussions with President José María Aznar of Spain and an exchange with reporters at Camp David, Maryland*, verfügbar unter [http://www.findarticles.com/p/articles/mi\\_m2889/is\\_19\\_38/ai\\_87721168/print](http://www.findarticles.com/p/articles/mi_m2889/is_19_38/ai_87721168/print) [12.3.2007].

diese Gemeinschaft sei, antwortete sie: „Ich würde sehr deutlich sagen, dass die Welt ohne Saddam Hussein besser dran wäre, was meine Antwort zum jetzigen Zeitpunkt ist.“<sup>210</sup> Die demonstrative Vorläufigkeit in Palacios Formulierungen zeigt, dass es noch keine klare Linie der spanischen Regierung gab. Offenbar befand sich die spanische Regierung noch in einem internen Abstimmungsprozess, wie man auf die amerikanischen Drohungen gegen Irak reagieren sollte.

Am 5. September konnte Ana Palacio nicht länger behaupten, dass die Frage nach einem Angriff der USA gegen Irak nur hypothetisch sei. Der amerikanische Präsident Bush versuchte in Telefonanrufen, die ständigen Mitglieder der UN-Sicherheitsrats davon zu überzeugen, dass man gegen Irak vorgehen müsse. Er stieß dabei allerdings auf Skepsis beim französischen Präsidenten Chirac und dem russischen Präsidenten Putin, die darauf bestanden, dass es diplomatische Optionen gab, um eine Abrüstung des Irak zu erreichen. Noch war nicht klar, ob die USA den Weg über die UNO gehen oder ohne Sicherheitsratsbeschluss handeln wollten. Der Sprecher der US-Administration Ari Fleischer verkündete jedenfalls am selben Tag, die USA hätten ausreichende Beweise, um einen Sturz Saddam Husseins zu rechtfertigen.<sup>211</sup>

Die spanische Außenministerin Palacio, die sich an diesem Tag auf dem Europäischen Konvent in Brüssel aufhielt, reagierte auf diese Meldungen und präziserte ihre „allgemeinen Bemerkungen“ vom Vormonat. Journalisten in Brüssel teilte sie mit: „Wir sollten darauf bestehen, dass noch immer eine lange diplomatische Strecke vor uns liegt, an deren Anfang eine Resolution der Vereinten Nationen steht und dass dieser Druck ausgeübt werden sollte und dass unser letztes Ziel darin besteht, der Gefahr der Massenvernichtungswaffen entgegenzutreten, die eine reale Gefahr sind.“<sup>212</sup> Wie ihr Vorgänger Piqué hatte sich Palacio damit eindeutig für ein diplomatisches Vorgehen im Rahmen der Vereinten Nationen ausgesprochen.

Wenige Tage später traten Bush und Blair allerdings nach einem Strategietreffen in Camp David mit der Äußerung an die Öffentlichkeit, dass sie sich nicht von einer Entscheidung der UNO abhängig machen wollten. Bush kündigte an, dass er zwar dem Sicherheitsrat vorschlagen werde, Saddam Hussein ein Ultimatum zur Rückkehr der Inspektoren zu stellen. Er machte aber auch klar, dass er bereit sei, notfalls nur mit Großbritannien gegen das irakische Regime vorzugehen, falls er den Sicherheitsrat nicht überzeugen konnte.<sup>213</sup>

---

<sup>210</sup> Ana Palacio, *Remarks With Minister of Foreign Affairs of Spain Ana Palacio After her Courtesy Call*, Washington, 13.8.2002, verfügbar unter <http://www.state.gov/secretary/former/powell/remarks/2002/12608.htm> [6.3.2007].

<sup>211</sup> El País, „Bush choca con el escepticismo de Rusia, China y Francia sobre un ataque a Irak“, 7.9.2002.

<sup>212</sup> El País, „Solana y Palacio creen que aún hay margen diplomático para evitar un ataque a Irak“, 6.9.2002.

<sup>213</sup> El País, „Bush advertirá en la ONU de que está dispuesto a atacar Irak en solitario“, 8.9.2002; El País, „Bush y Blair pedirán un ultimátum a la ONU, 8.9.2002.

Zurück in Madrid erläuterte Außenministerin Palacio am 8. September ausführlich die Position der spanischen Regierung. Sie distanzierte sich von der deutschen Haltung, bereits zu diesem Zeitpunkt militärische Gewalt völlig auszuschließen. Hier müsse man abwarten. Spanien teile mit den USA und Großbritannien die Besorgnis über den Irak. Alle Indizien, die man derzeit habe, deuteten darauf hin, dass im Irak Massenvernichtungswaffen existierten. Saddam Hussein verweigere sich den Inspektionen und habe bereits mehrere Resolutionen gebrochen. Sie plädierte dafür, aus diesen Indizien auch Konsequenzen zu ziehen, stellte aber gleichzeitig klar, dass dies immer im Einklang mit internationalem Recht geschehen müsse. Auf Saddam Hussein solle diplomatischer Druck ausgeübt werden, damit die Inspektoren zurückkehren und den Konflikt im Rahmen der UNO lösen könnten. Gewalt könne dabei nur das letzte Mittel sein.<sup>214</sup> Auch in einem Interview am 9. September wiederholte sie ihre Position, dass in der Irak-Krise in jedem Fall der diplomatische Weg über die Vereinten Nationen beschritten werden müsse: „Zu sagen, dass die Welt ohne Saddam Hussein besser wäre, scheint mir eine Selbstverständlichkeit zu sein. Was man aber offenkundig beachten muss, ist dass das internationale Handeln auch seine Regeln hat und dass wir, wenn wir diese Regeln verteidigen, konsequent darin sein müssen.“<sup>215</sup>

Bis Anfang September vertraten also die Außenminister Josep Piqué und seit Juli 2002 Ana Palacio die Position der spanischen Regierung zum Irak. Beide verurteilten das irakische Regime für den mehrfachen Bruch von UN-Resolutionen und forderten Saddam Hussein auf, die UN-Waffenkontrolleure wieder einreisen zu lassen. Beide äußerten zudem übereinstimmend, dass das Problem der irakischen Massenvernichtungswaffen auf diplomatischem Weg gelöst werden könne. Sie betonten, dass in diesem Zusammenhang jegliche Aktionen im Einklang mit internationalem Recht stehen müssten, also durch eine Resolution des Sicherheitsrats autorisiert sein müssten. Auch wenn Ana Palacio ihre Formulierungen sorgfältig wählte und die Bedingung des UN-Mandats nicht explizit aussprach, hatte sie zuletzt am 9. September erneut formuliert, dass sich alle Staaten an internationale Regeln halten müssten, was auch implizierte, dass die USA dies gegenüber dem Irak tun sollten. Ministerpräsident Aznar hatte sich bislang nicht öffentlich zur Krise zwischen USA und dem Irak geäußert.

---

<sup>214</sup> El País, „Ana Palacio insiste en que todavía hay margen para la presión diplomática“, 8.9.2002; siehe auch Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 15.

<sup>215</sup> Ana Palacio, *Entrevista con la ministra de asuntos exteriores en el programa ‘La Mirada Crítica’ de ‘Tele-5’*, 9.9.2002.

#### 4.1.2 Bedingungslose Gefolgschaft

Am 11. September 2002, genau ein Jahr nach den Terroranschlägen in den USA, titelte die spanische Tageszeitung *El País*: „Aznar wird Bush gegen Irak sogar ohne den Schirm der UNO unterstützen“.<sup>216</sup> Ein Regierungsbeamter hatte der Zeitung mitgeteilt, dass Aznar am 10. September 2002 dem amerikanischen Präsidenten in einem Telefonat gesagt habe, dass niemand in Frage stelle, dass Saddam Hussein 16 Resolutionen der UNO missachtet habe und dass es „beunruhigende Indizien“ über die Existenz irakischer Massenvernichtungswaffen gebe. Spanien stehe bei dieser Herausforderung eindeutig auf der Seite der USA. Der Beamte berichtete, Aznar habe zwar zum Ausdruck gebracht, dass alle diplomatischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden sollten, er habe Bush aber auch mitgeteilt, es sei „sehr wünschenswert, aber nicht unumgänglich“ unter dem Schirm einer neuen Resolution der Vereinten Nationen vorzugehen.<sup>217</sup> Die Position, die der spanische Ministerpräsident hier bezog, stimmte exakt mit dem überein, was Bush und Blair am 7. September nach ihrem Strategietreffen in Camp David verkündet hatten.<sup>218</sup>

Aznar schwenkte nun auf diese Linie ein und sagte, dass Irak auch dann entwaffnet werden müsse, wenn es in der UNO zu keiner Einigung kommen sollte. Aus dem Kurs der völkerrechtlichen Vorbehalte, wie ihn Ana Palacio noch am 9. September für die spanische Regierung formuliert hatte, war einen Tag später mit der Festlegung Aznars eine bedingungslose Gefolgschaft mit den USA geworden.<sup>219</sup> Der Sprecher der Volkspartei im Auswärtigen Ausschuss bestätigte diesen Kurs. Die PP möchte auf eine neue Erklärung des Sicherheitsrats nicht verzichten, es gebe aber schon genügend Resolutionen um eine Intervention zu rechtfertigen.<sup>220</sup>

Von nun an favorisierte die spanische Regierung ebenso wie die USA und Großbritannien eine diplomatische Lösung im Sicherheitsrat, hielt sich aber auch Optionen außerhalb der UNO offen. Anders als Bush und Blair vermied es Aznar, die Autorität der Vereinten Nationen öffentlich und direkt in Frage zu stellen. Er bekräftigte in den kommenden Tagen und Wochen aber, dass er deren Vorgehensweise vorbehaltlos unterstützte: „Wir werden immer an der Seite derer stehen, die mit uns und wie wir für die Sache der Freiheit und gegen den Terrorismus kämpfen“, sagte er am 11. September vor dem spanischen Abgeordnetenhaus. Ebenso wie die US-Administration stellte er eine Verbindung zwischen dem Kampf gegen den Terrorismus und den irakischen Massenvernichtungswaffen her, indem er Hinweise zitierte, dass

---

<sup>216</sup> *El País*, „Aznar apoyará a Bush contra Irak incluso sin el amparo de la ONU“, 11.9.2002.

<sup>217</sup> Ebd.; *El País*, „Aznar no considera imprescindible una resolución de la ONU para atacar Irak“, 11.9.2002.

<sup>218</sup> *El País*, „Bush advertirá en la ONU de que está dispuesto a atacar Irak en solitario“, 8.9.2002; *El País*, „Bush y Blair pedirán un Ultimátum a la ONU“, 8.9.2002.

<sup>219</sup> Vgl. Barreñada u.a., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 15; CIDOB, „José María Aznar López“, S. 62; Planert, *Entstehung eines „special relationship“?*, S. 105.

<sup>220</sup> *El País*, „Aznar asegura ante el congreso que España siempre apoyará a Estados Unidos“, 12.9.2002.

Saddams Husseins Regime dem Terrorismus Deckung gebe.<sup>221</sup> Zum ersten Mal in der Geschichte des demokratischen Spaniens erhielt die Regierung in einer ersten internationalen Krise nicht die Unterstützung der wichtigsten Oppositionsgruppen. Sowohl die PSOE als auch die CiU lehnten eine unilaterale Intervention ohne Autorisierung der UNO explizit ab.<sup>222</sup> Aznar hatte sich in den Augen der Opposition in das europäische Sprachrohr der US-Administration verwandelt und deren Argumentationen nahezu vollständig übernommen.

Als der amerikanische Präsident am 12. September vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen bekannt gab, dass die USA eine neue Resolution anstrebten, um Saddam Hussein zu entwaffnen, zeigten sich Aznar und Palacio erfreut. Gleichzeitig kritisierte der spanische Ministerpräsident diejenigen, die keinesfalls ohne vorheriges Mandat des Sicherheitsrats handeln wollten. Er argumentierte, dass man die Initiative nicht dem Regime Saddam Husseins überlassen und passiv abwarten könne, bis dieser sich entschließe, Massenvernichtungswaffen einzusetzen. Die Tatsache, dass keine Resolution existiere, heiße nicht, dass die Bedrohung verschwinde. „Oder bleibt sie einfach bestehen und wir haben entschieden, nicht zu handeln?“ fragte er in Anspielung auf die Haltung des spanischen Oppositionsführers José Luis Zapatero. „Wenn ich vor die Entscheidung gestellt werde zwischen Freiheit und Tyrannei oder zwischen Präsident Bush und Saddam Hussein, habe ich keinerlei Zweifel, welches mein Platz und der Platz Spaniens ist“.<sup>223</sup>

Aznar zeigte sich selbstbewusst und verwies stolz darauf, dass er eine klare Haltung bezogen hatte. Der Opposition warf er mangelndes Urteilsvermögen vor, weil sie nicht wisse, was sie vorschlagen solle, falls Saddam Hussein sich der UNO nicht fügen sollte. Diejenigen, die nicht vom ersten Moment an eine klare Position an der Seite der USA bezogen hatten, würden dies später bereuen.<sup>224</sup> Seiner Meinung nach verteidigten die USA die Werte der Freiheit, egal ob gegenüber dem internationalen Terrorismus oder gegenüber dem irakischen Regime. Deshalb musste sich Spanien eindeutig an ihrer Seite positionieren. Es war nur folgerichtig, dass der amerikanische Präsident am 14. September 2002 den spanischen Ministerpräsidenten neben Berlusconi, Blair, und dem polnischen Premier Kwasniewski zu den vier „besorgten Regie-

---

<sup>221</sup> El País, „Aznar asegura ante el congreso que España siempre apoyará a Estados Unidos“, 12.9.2002; El País, „Solo contra Irak“, 12.9.2002.

<sup>222</sup> El País, „Aznar asegura ante el congreso que España siempre apoyará a Estados Unidos“, 12.9.2002.

<sup>223</sup> ABC, „Aznar rechaza la pasividad con Irak y apoya la lucha por la libertad durante su intervención en el Foro de ABC“, 12.9.2002, verfügbar unter [http://www.abc.es/hemeroteca/historico-12-09-2002/Nacional/aznar-rechaza-la-pasividad-con-irak-y-apoya-la-lucha-por-la-libertad-durante-su-intervencion-en-el-foro-de-abc\\_128946.html](http://www.abc.es/hemeroteca/historico-12-09-2002/Nacional/aznar-rechaza-la-pasividad-con-irak-y-apoya-la-lucha-por-la-libertad-durante-su-intervencion-en-el-foro-de-abc_128946.html) [15.3.2002]; El País, „Aznar: ‚Si hay que elegir entre Bush y Saddam, no tengo duda‘“, 13.9.2002.

<sup>224</sup> El País, „Aznar exige a Zapatero que diga si quiere acabar con la impunidad de Irak“, 15.9.2002.

rungschefs“ zählte, die die Welt zum Handeln aufforderten, da sie „zu den gleichen Schlüssen“ über den irakischen Diktator gekommen seien wie er.<sup>225</sup>

Aznar fiel nicht durch Differenzierungen auf, wenn es um die Bedrohung durch das irakische Regime ging. Ebenso wie einige Mitglieder der US-Regierung stellte er das Vorgehen gegen den Irak in Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung und traf weitreichende Behauptungen über das Fehlverhalten Saddam Husseins auf der Grundlage weniger Indizien. Vor dem Kongress sagte er, man wisse genau, dass er über chemische und biologische Waffen verfüge und dass er ununterbrochen versuche, Material für eine nukleare Bewaffnung zu beschaffen. Zudem habe er verschiedenen terroristischen Organisationen Schutz gewährt.<sup>226</sup>

„Es geht nicht nur um die Rückkehr der Inspektoren, meine Damen und Herren, es geht um die Entwaffnung, zu der das Regime Saddam Husseins durch die Resolutionen der Vereinten Nationen verpflichtet ist. Und was ich sagen will, meine Damen und Herren, ist, dass die Bedrohung verschwinden soll und, wenn es möglich ist, verschwinden soll, ohne den legitimen Einsatz von Gewalt. Die Bedrohung, meine Damen und Herren, muss verschwinden und die Bedrohung sind Terrorgruppen und jene Regime, die Massenvernichtungswaffen verwenden können oder den Terrorismus unterstützen. Die Bedrohung stellen in keinem Fall die Vereinigten Staaten noch die demokratischen Nationen dar, die diejenigen sind, die die Sache der Freiheit in der ganzen Welt verteidigen“.<sup>227</sup>

In dieser Passage befindet sich in Kurzform die Argumentation Aznars, wie er sie in der Irak-Krise seit September 2002 wiederholt vortrug. Die Inspektionen seien kein Wert an sich, sondern nur Mittel zu dem Zweck, die Bedrohung abzuwenden, die von den Massenvernichtungswaffen ausgeht. Sollten sie diesen Zweck nicht erfüllen, müsse man zu anderen Mitteln greifen. Den Terrorismus und das irakische Regime beschreibt er beide als Teil eines Bösen, von dem eine Bedrohung ausgeht. Die USA und andere demokratische Staaten dagegen verteidigten die Freiheit gegen diese Bedrohung. In dieses Lager musste sich nach Aznars Auffassung zweifellos auch Spanien einreihen.<sup>228</sup>

---

<sup>225</sup> George W. Bush, *President Discusses Growing Danger posed by Saddam Hussein's Regime. Radio Address by the President to the Nation*, verfügbar unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/09/20020914.html>; siehe auch CIDOB, „José María Aznar López“, S. 61-62.

<sup>226</sup> José María Aznar, *Comparecencia del presidente del gobierno ante el pleno del congreso, para contestar a la Pregunta del diputado Gaspar Llamazares Trigo, del grupo parlamentario federal de Izquierda Unida*, 18.9.2002.

<sup>227</sup> Ebd., siehe auch El Mundo, „Aznar pide mantener la firmeza y la presión hasta acabar con el régimen de Saddam“, 19.9.2002.

<sup>228</sup> Vgl. Carlos Rull-García, „La guerra de Irak en el Discurso de Aznar. Representación Social e Ideología“, verfügbar unter <http://carlesrull.googlepages.com/ACDdeAznar-versionWEB.htm> [1.3.2007], siehe besonders S. 14, in der Rull-García den Inhalt verschiedener Reden Aznars zum Irak-Krieg als „mentales Modell“ präsentiert. Siehe ferner die Ausführungen von Harald Müller über den Mechanismus der „Wir/Sie-Unterscheidung“ im Irak-Diskurs westlicher Demokratien, Harald Müller, „Demokratien im Krieg – Antinomien des demokratischen Friedens“, in Christine Schweitzer u.a., Hrsg., *Demokratien im Krieg* (Baden-Baden, 2004), S. 35-52, hier S. 37-41. Siehe auch Aznars Ausführungen auf einer Pressekonferenz vom 24.9.2002: „Ich möchte zuerst sagen, dass es uns allen gefallen hätte, wenn Saddam Hussein die Resolutionen der Vereinten Nationen befolgt hätte und diese Jahre nicht für den Bruch dieser Resolutionen verwendet hätte und, andererseits, nicht weiter versucht hätte Massenvernichtungswaffen anzuhäufen und zu entwickeln. Ich sagte es gestern und wiederhole es

Außenministerin Palacio folgte dieser Argumentation des Ministerpräsidenten im Herbst 2002 nicht. Sie betonte weiterhin den „Protagonismus der Vereinten Nationen“ und das internationale Recht, an das sich Saddam Hussein halten müsse.<sup>229</sup> Zudem behauptete sie, dass die spanische Regierung seit ihrem Antrittbesuch als Außenministerin in Washington im August 2002 konsistent die Position vertreten habe, dass Irak eine Gefahr darstellt und dass diese Frage im Sicherheitsrat behandelt werden muss.<sup>230</sup> Als sie in einem Interview aber darauf angesprochen wurde, dass Aznar den USA auch bei einer unilateralen Attacke Unterstützung zugesichert habe, gestand sie ein, dass der Ministerpräsident in solchen Fragen die Politik der Regierung bestimme und nicht sie als Außenministerin: „Selbstverständlich“, sagte sie, „wenn es eine Politik gibt, die dem Präsidenten zusteht, ist es die Außenpolitik, und das weiß jeder Außenminister und diese Außenministerin ist sich dessen absolut bewusst. Die Außenpolitik ist die erste Politik des Präsidenten in jeder Regierung“.<sup>231</sup> Auch vor dem Hintergrund ihrer früheren Äußerungen ist klar, dass es nicht ihrer persönlichen Auffassung entsprach, die USA auch ohne UN-Mandat bei einem Krieg gegen Irak zu unterstützen. Aznar hatte diese Entscheidung getroffen und sie musste sich nun diesem Entschluss unterordnen.

Es kam der spanischen Regierung entgegen dass, die USA den diplomatischen Weg eingeschlagen hatten und an einer neuen Resolution im Sicherheitsrat arbeiteten, weil sich damit die Frage nach einem unilateralen amerikanischen Angriff vorerst nicht mehr stellte. Die spanische Regierung begrüßte die amerikanischen Bemühungen um eine Resolution, die den Irak zu einer Wiedereinsetzung der Inspektionen aufforderte und zugleich militärische Zwangsmaßnahmen vorsah, wenn Saddam Hussein nicht kooperierte. Die Resolution 1441, die am 8. November einstimmig beschlossen wurde, und die Drohung „ernsthafter Konsequenzen“ enthielt, interpretierte Aznar in diesem Sinne. Wenn Saddam Hussein seinen Verpflichtungen nicht nachkomme und Gewalt angewandt werden müsse, werde Spanien sich daran beteiligen.<sup>232</sup>

---

heute, dass die größte Bedrohung der Welt, ohne Zweifel, der Terrorismus ist. Wir [Spanier] wissen das seit langem, aber es hat sich seit dem 11. September für die Welt im Allgemeinen gezeigt. Aber es gibt eine noch größere Bedrohung, die in der Verbindung des Terrorismus mit der möglichen Bereitstellung von Massenvernichtungswaffen für Terroristen besteht. Dies ist eine noch viel größere Bedrohung und dessen müssen wir uns bewusst sein, denn, wenn nicht, werden nicht nur Staatschefs, sondern viele verantwortliche Personen die Unverantwortlichkeit begehen, woanders hinzuschauen, obwohl dieses ein reales Risiko ist, das existiert. [...] Sadam Hussein ist eine Bedrohung für die Welt und nicht die Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten sind die erste Demokratie der Welt. [...] Ich erwarte die Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und habe in jedem Fall klargestellt, dass die Position Spaniens eine solidarische Position mit jenen sein wird, die die Sache der Freiheit in der Welt verteidigen, den Kampf gegen den Terrorismus führen und eine sicherere Welt wollen, frei von Massenvernichtungswaffen.“ José María Aznar, *Conferencia de prensa del presidente del gobierno después de la cumbre ASEM-IV, Kopenhagen*, 24.9.2002.

<sup>229</sup> Ana Palacio, *Comparecencia de la ministra de asuntos exteriores ante la comisión de asuntos exteriores des congreso, para informar sobre las líneas generales de la política de su departamento*, 24.9.2002.

<sup>230</sup> Ana Palacio, *Declaraciones de la ministra de asuntos exteriores tras su reunión con Jack Straw, London*, 27.9.2002.

<sup>231</sup> Ana Palacio, *Entrevista de la ministra de asuntos exteriores en el diario 'El País'*, 26.9.2002.

<sup>232</sup> José Mará Aznar, *Conferencia de prensa del presidente del gobierno y el presidente de la República Federal de Alemania, Johannes Rau, Madrid*, 12.11.2002.

Aznar fühlte sich in seiner klaren Haltung, die er seit September trotz erheblicher innenpolitischer Kritik eingenommen hatte, bestätigt. Aus seiner Sicht hatte der irakische Diktator dank der Standhaftigkeit und des Drucks der Staatengemeinschaft eingelenkt. Die Situation hatte sich so entwickelt, wie er es sich gewünscht hatte. Es gab eine Resolution des Sicherheitsrats, die dem Irak eine letzte Chance einräumte, abzurüsten und ihm gleichzeitig mit ernsthaften Konsequenzen drohte, sollte er versuchen, die Kontrolleure zu betrügen. Im Rahmen des NATO-Gipfels formulierte er seine Genugtuung über diese Entwicklung. „Ich werde nicht sagen, dass ich erwarte, dass jemand mir dankbar dafür ist – ich bin weit entfernt von einer solchen absolut gewagten Hoffnung -, aber doch, dass man über das nachdenkt, was wir in den letzten Monaten aufrechterhalten haben und wo andere in diesem Moment sind und wer eine sehr wichtige Strecke zurücklegen musste und wer die gleiche Position von Anfang an beibehalten hat.“<sup>233</sup> Es ist unklar, ob sich diese triumphierende Bemerkung auch auf Gerhard Schröder bezog, der den USA im Wahlkampf vorgeworfen hatte, unilateral mit militärischen Optionen zu spielen. In jedem Fall zielte Aznar damit auf Zapatero, dem Generalsekretär der PSOE, der seit Ende Oktober zum Präsidentschaftskandidaten gekürt worden war und die Opposition anführte.<sup>234</sup>

Aznar versuchte Zapatero wiederholt als unentschlossenen Politiker darzustellen, der auf die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen keine klaren und überzeugenden Lösungen zu bieten hatte.<sup>235</sup> Der sozialistische Oppositionsführer und dessen Mannschaft waren aus seiner Sicht derzeit keine würdige politische Alternative.<sup>236</sup> Trotz dieser Einschätzung des Ministerpräsidenten zogen die Sozialisten im November 2002 in Meinungsumfragen erstmals seit dem Regierungsantritt Aznars im Jahr 2000 mit der PP gleich.<sup>237</sup> Auch wenn es primär wirtschafts- und steuerpolitische Gründe für diese Entwicklung gab, war die PSOE zu einem ernsthaften Herausforderer geworden und konnte sich zudem sicher sein, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung ihre Position teilte, dass sich Spanien an einem Angriff auf Irak ohne UN-Mandat keinesfalls beteiligen durfte.

Aznar hatte Ende des Jahres keinen Anlass mehr, die bedingungslose Gefolgschaft, die er Bush am 10. September zugesichert hatte, öffentlich zu wiederholen. Er sah sich durch den

---

<sup>233</sup> José María Aznar, *Conferencia de prensa del presidente del gobierno, después de la cumbre de la alianza atlántica*, 22.11.2002.

<sup>234</sup> El País, „El PSOE alcanza al PP en pleno avance de Zapatero“, 3.11.2002.

<sup>235</sup> ABC, „Aznar rechaza la pasividad con Irak y apoya la lucha por la libertad durante su intervención en el Foro de ABC“, 12.9.2002, verfügbar unter [http://www.abc.es/hemeroteca/historico-12-09-2002/Nacional/aznar-rechaza-la-pasividad-con-irak-y-apoya-la-lucha-por-la-libertad-durante-su-intervencion-en-el-foro-de-abc\\_128946.html](http://www.abc.es/hemeroteca/historico-12-09-2002/Nacional/aznar-rechaza-la-pasividad-con-irak-y-apoya-la-lucha-por-la-libertad-durante-su-intervencion-en-el-foro-de-abc_128946.html) [15.3.2002]; El País, „Aznar exige a Zapatero que diga si quiere acabar con la impunidad de Irak“, 15.9.2002.

<sup>236</sup> José María Aznar, *Entrevista con el presidente del gobierno en el diario 'Frankfurter Allgemeine Zeitung'*, 2.11.2002.

<sup>237</sup> El País, „Empate técnico entre PP y PSOE“, 3.11.2002; El País, „Los Españoles creen que pagan muchos impuestos que el PP administra mal“, 3.11.2002.

einstimmigen Beschluss der Resolution 1441 in seiner harten Haltung bestätigt und weigerte sich, über eine militärische Beteiligung Spaniens zu spekulieren.<sup>238</sup> Zudem hatte Aznar der US-Administration demonstriert, dass Spanien so eindeutig wie sonst nur Großbritannien, an ihrer Seite stand. Bush zollte ihm dafür Anerkennung. Am 18. Dezember präsentierte er Aznar der amerikanischen Presse als „persönlichen Freund“ und als „einen der stärksten Führer der Welt, wenn es um unsere beiderseitigen Anliegen geht, den Frieden zu erhalten und den Terror zu bekämpfen.“<sup>239</sup> Aznar hatte Spanien mit seiner innenpolitisch umstrittenen Haltung unmissverständlich in das Lager der Staaten eingereiht, zu dem es seiner Meinung nach gehörte.

Die Oppositionsparteien im spanischen Kongress waren aber nicht bereit, diese Positionierung ohne weiteres zu akzeptieren. Gestärkt durch die Umfrageergebnisse forderten sie den Ministerpräsidenten auf, im Parlament zu erscheinen und die Politik der spanischen Regierung in der Irak-Krise zu begründen. Aznar weigerte sich jedoch während des gesamten Dezembers und Januars an einer Parlamentsdebatte teilzunehmen. Stattdessen beauftragte er die Außenministerin, im Kongress die Position der Regierung zu vertreten. Ana Palacio, die Geheimdienstkenntnisse zur Bedrohung Saddam Husseins bislang sehr vorsichtig beurteilt hatte, übernahm nun Aznars Argumentation und sprach von der Bedrohung, die von der Verknüpfung zwischen Massenvernichtungswaffen und dem internationalen Terrorismus ausgehe. Im Auftrag des Ministerpräsidenten verkündete sie am 23. Januar 2003 im Kongress, dass die Regierung beschlossen habe, den USA im Falle eines Kriegs die Benutzung der Luftwaffenstützpunkte zu genehmigen, wie es der bilaterale Vertrag zwischen beiden Staaten vorsah. In allen weiteren Fragen müsse man die Ergebnisse des ersten Berichts abwarten, die Blix und Baradei am 27. Januar dem Sicherheitsrat präsentierten.<sup>240</sup> Seit dem 1. Januar war Spanien dort als nichtständiges Mitglied vertreten.

Wenige Stunden vor der Sitzung des Sicherheitsrats trafen in Brüssel die Außenminister der vier EU-Staaten in Brüssel zusammen, die derzeit im Sicherheitsrat vertreten waren. In einer gemeinsamen Erklärung einigten sich Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien auf einen Minimalkompromiss, in dem sie sich für eine Verlängerung der Waffenkontrollen aussprachen.<sup>241</sup> Auch wenn in der Erklärung kein konkreter Zeitrahmen genannt war, ent-

---

<sup>238</sup> José María Aznar, *Entrevista con el presidente del gobierno en el diario 'Veja' (Brasil)*, 30.11.2003. Siehe auch Ana Palacio, *Entrevista de la ministra de asuntos exteriores en el diario 'El Mundo'*, 24.12.2002.

<sup>239</sup> George W. Bush, *President Bush meets with President Aznar of Spain. Remarks by the President and President Aznar of Spain in Photo Opportunity*, verfügbar unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/12/20021218-2.html> [12.3.2007].

<sup>240</sup> Ana Palacio, *Comparecencia de la ministra de asuntos exteriores ante la comisión de asuntos exteriores del congreso, para informar sobre la crisis de Irak*, 23.1.2003; vgl. auch Ana Palacio, *Entrevista de la ministra de asuntos exteriores en el diario 'Brasil' ,O Globo'*, 20.1.2003.

<sup>241</sup> El País, „Europa logra un acuerdo de mínimos y apoya que los inspectores sigan trabajando en Irak“, 28.1.2003. El País, „España votará hoy en la ONU una prórroga breve para los inspectores“, 29.1.2003.

sprach dies der Deutschlands und Frankreichs. Die Erklärung wurde noch am selben Tag von den übrigen EU-Mitgliedstaaten verabschiedet. Durch den Kompromiss von Brüssel wollten De Villepin und Fischer womöglich erreichen, dass Großbritannien und Spanien keine grundsätzlich anderen Forderungen erheben würden, wenn die beiden nach dem Bericht von Blix und Baradei für eine Verlängerung der Waffeninspektionen eintraten. Bis auf die USA folgte der Sicherheitsrat diesem Antrag und vereinbarte eine neue Frist.<sup>242</sup> Am 14. Februar sollten die beiden Chefkontrolleure erneut Bericht erstatten.

Deutschland und Frankreich hatten seit dem 21. Januar begonnen, in der Irak-Krise gemeinsame Erklärungen abzugeben und diplomatische Initiativen gegen eine militärische Lösung zu ergreifen. Nun hatten sie auch die spanische Regierung dazu bewegen können, einer EU-Position zuzustimmen, in der eine Verlängerung der Inspektionen gefordert wurde. Aznar war auf eine solche Initiative offenbar nicht vorbereitet. In einem Telefonat bat er den amerikanischen Präsidenten, den Beschluss des Sicherheitsrats zu unterstützen.

#### 4.1.3 Protagonismus in der Kriegskoalition

Während Aznar und Palacio bis zum Januar 2003 eher passiv den amerikanischen Kurs in der Irak-Krise mitgetragen hatten, traten sie seit Ende Januar selbst mit diplomatischen Aktivitäten hervor und setzten sich an die Spitze einer internationalen Kampagne zur Unterstützung der USA. Spaniens Protagonismus in der Kriegskoalition begann mit Aznars Initiative zum „Brief der Acht“, der am 30. Januar in der europäischen Ausgabe des Wall Street Journal und zahlreichen weiteren europäischen Tageszeitungen erschien.

Das Wall Street Journal hatte Aznar und Berlusconi gebeten, ihre Sicht auf die Krise im Irak in kurzen Artikeln darzulegen. Der spanische Ministerpräsident hatte die Idee, daraus ein Manifest zur Unterstützung Amerikas zu machen.<sup>243</sup> Der erste Entwurf des Texts entstand in Madrid und wurde in London redigiert. Aznar und Blair organisierten telefonisch die Unterschriften sechse weiterer Regierungschefs der EU.<sup>244</sup> Unter dem Titel „Europa und Amerika müssen vereint bleiben“ forderten sie andere europäische Regierungen auf, die außenpolitische Linie

---

<sup>242</sup> Der britische Außenminister Straw warf dem Irak allerdings einen Tag später einen „schwerwiegenden Bruch“ der Resolution 1441 vor, der nach Auffassung der USA die Anwendung militärischer Zwangsmaßnahmen legitimierte, Frankfurter Rundschau, „Straw sieht Bruch der Resolution“, 29.1.2003.

<sup>243</sup> CIDOB, „José María Aznar López“, S. 66; Planert, *Entstehung eines special relationship*?, S. 146.

<sup>244</sup> El País, „Aznar impulsó la carta de apoyo a Bush y llamó a Blair para buscar a otros firmantes“, 31.1.2003. Außer Aznar und Blair unterzeichneten Silvio Berlusconi (Italien), Jose-Manuel Durao Barroso (Portugal), Anders Fogh Rasmussen (Dänemark), Leszek Miller (Polen), Peter Medgyessy (Ungarn) und Václav Havel (Tschechien). Der slowakische Premierminister bat darum, als neunter Unterstützer dieses Schreibens gezählt zu werden; Vgl. auch Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 15-16; CIDOB, „José María Aznar López“, S. 66.

der USA zu unterstützen. Die zwei entscheidenden Sätze lauteten: „Das transatlantische Verhältnis darf nicht zum Opfer der ständigen Versuche des gegenwärtigen irakischen Regimes werden, die weltweite Sicherheit zu gefährden.“ und „Wir müssen vereint bleiben und auf die Entwaffnung des irakischen Regimes bestehen“.<sup>245</sup> Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Madrid betonten Aznar und Blair, dass der Brief im Einklang mit der EU-Deklaration vom 27. Januar stand.<sup>246</sup> Das Signal des Briefs ergab sich nicht so sehr aus dem Text selbst, sondern aus dem Verfahren, in dem er zustande gekommen war. Deutschland und Frankreich waren gar nicht erst um eine Unterschrift gebeten worden und auch die griechische Ratspräsidentschaft, die Kommission und der europäische Sicherheitsbeauftragte Javier Solana waren nicht informiert.<sup>247</sup> Vor diesem Hintergrund konnte man die atlantische Loyalitätsbekundung kaum anders interpretieren als einen Kontrapunkt zum deutsch-französischen Anspruch, in der Irak-Krise für die EU zu sprechen, den sie seit dem 21. Januar durch zahlreiche Initiativen aufgestellt hatten.<sup>248</sup> Aznar rechtfertigte den Brief später als Antwort auf die gemeinsame Deklaration Frankreichs und Deutschlands vom 22. Januar 2003.<sup>249</sup>

Im eigenen Land gerieten Aznar und Palacio immer stärker unter Druck. Alle sechs Oppositionsparteien hatten sich im Kongress gegen die Irak-Politik der Regierung zusammengeschlossen, so dass die PP die einzige Partei Spaniens war, die Aznars Außenpolitik unterstützte.<sup>250</sup> Das war ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des demokratischen Spaniens, wo seit der Transformation der Konsens bestanden hatte, dass auch und gerade in schwerwiegenden internationalen Krisen Regierung und Opposition sich auf eine gemeinsame Politik verständigten. Aznar erschien nun im Kongress und warb für seine Position.<sup>251</sup> Seine Versuche, die Sozialisten und andere Oppositionsparteien zu einer Unterstützung zu bewegen, blieben erfolglos.<sup>252</sup>

Im Februar koordinierten Aznar, Palacio und der spanische UN-Botschafter Inocencio Arias sich mit Amerikanern und Briten bei der Erstellung einer zweiten Resolution, die ein kurzfristiges Ultimatum und bei mangelnder Kooperation einen Automatismus zum Krieg vorsehen sollte.<sup>253</sup> Aznar und Palacio legten sich auf die Formulierung fest, dass eine solche zweite

---

<sup>245</sup> El País, „Europa y América deben permanecer Unidas“, 30.1.2003.

<sup>246</sup> José María Aznar, *Conferencia de prensa del presidente del gobierno y del primer ministro del Reino Unido*, 30.1.2003.

<sup>247</sup> El País, „La Carta de nueve líderes en apoyo de Bush divide aún más a Europa“; 31.1.2003; El País, „Cisma en Europa Por la Crisis de Irak“, 31.1.2003.

<sup>248</sup> José M. Magone, *Contemporary Spanish Politics* (New York, 2004), S. 213-214.

<sup>249</sup> José María Aznar, *Entrevista del presidente del gobierno en el diario 'ABC'*, 16.2.2003; José María Aznar, *Comparecencia del presidente del gobierno ante el pleno del congreso para informar de la situación internacional en relación con Irak*, 5.3.2003.

<sup>250</sup> El País, „El gobierno se queda solo en las cortes por su posición sobre la guerra“, 1.2.2003.

<sup>251</sup> José María Aznar, *Comparecencia del presidente del gobierno ante el pleno del congreso para informar sobre las últimas sesiones del consejo de seguridad de Naciones Unidas y de la posición del gobierno ante la crisis de Irak*, 5.2.2003.

<sup>252</sup> New York Times, „Spain's Chief, on Bush's Side, Comes Under Attack At Home“, 4.2.2003.

<sup>253</sup> CIDOB, „José María Aznar López“, S. 66, José María Aznar, *Artículo del presidente del gobierno en el diario 'ABC'*, 5.2.2003.

Resolution juristisch zwar nicht unentbehrlich, politisch aber wünschenswert sei.<sup>254</sup> Damit teilten sie die Interpretation der USA und Großbritanniens, dass die Androhung schwerwiegender Konsequenzen in Resolution 1441 bereits einen ausreichenden rechtlichen Rahmen für militärische Zwangsmaßnahmen bereitstelle.<sup>255</sup> Diese drei Länder und Bulgarien waren die einzigen, die nach dem zweiten Bericht von Blix und Baradei am 14. Februar im Sicherheitsrat die Auffassung vertraten, dass der Irak keinen Kooperationswillen zeigte und man möglichst schnell über weitere Maßnahmen beraten müsse.<sup>256</sup> Frankreich, Deutschland und Russland traten hingegen für eine Fortsetzung und Intensivierung der Kontrollen im Rahmen der Resolution 1441 ein.<sup>257</sup>

In Spanien argumentierten Aznar und seine PP gegen eine überwältigende Mehrheit in der Bevölkerung. In Meinungsumfragen hatten Ende Januar 75% der Spanier geantwortet, dass es keinen Grund für einen Angriff gebe. Nur 7 % hielten eine militärische Intervention für richtig.<sup>258</sup> Am 14. Februar hatten 86 Verfassungsrechtler ein Manifest veröffentlicht, in der sie die Regierung Aznar aufforderten, sich gegen jedwede Intervention zu stellen und Präventivkriege als völkerrechtswidrig verurteilten.<sup>259</sup> Am 15. Februar fanden in zahlreichen Städten in Europa Potestkundgebungen gegen einen drohenden Krieg im Irak statt. In Madrid und Barcelona gingen mehr als drei Millionen Spanier auf die Straße.<sup>260</sup> Sogar die spanische Kirche sprach sich gegen einen Krieg aus. Aznar musste den Abgeordneten seiner Volkspartei Argumente bieten, mit denen sie diesem enormen öffentlichen Druck begegnen konnten.

Der spanische Ministerpräsident nutzte den EU-Sondergipfel zum Irak, der am 17. Februar in Brüssel stattfand, um die Opposition im spanischen Kongress in Schwierigkeiten zu bringen.<sup>261</sup> Die Abschlusserklärung des Gipfels legte er einen Tag später im Kongress überraschend zur Abstimmung vor. Darin hieß es unter anderem, dass die Inspektionen nicht unendlich weitergehen könnten und Gewalt nur das letzte Mittel sein dürfe.<sup>262</sup> Aznar argumentierte, die Erklärung dokumentiere, dass die Position der spanischen Regierung von allen EU-Mitgliedstaaten und sogar den Beitrittskandidaten gestützt werde. Er forderte vor allem die größte Oppositionspartei PSOE auf, endlich eine klare Position zu beziehen und sich entweder

---

<sup>254</sup> Ana Palacio, *Entrevista de la ministra de asuntos exteriores en el diario 'La Vanguardia'*, 11.2.2003.

<sup>255</sup> El País, „El gobierno español apoya sin reservas la posición de Washington y Londres“, 15.2.2003.

<sup>256</sup> Barreñada et al., „L'Espagne et la guerre en Irak“, S. 16-17.

<sup>257</sup> Joint Declaration by Russia, Germany and France on Iraq, 20.2.2003.

<sup>258</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Wieder eine europäische Übung in Uneinigkeit. Die vielstimmige EU und der Irak-Konflikt“, 22.1.2003.

<sup>259</sup> El País, „Manifiesto de 86 constitucionalistas en contra de una intervención militar en Irak“, 15.2.2003.

<sup>260</sup> El País, „No masivo a la guerra“, 16.2.2003.

<sup>261</sup> El País, „Aznar pide a los líderes de la UE que apoyen la ‚aplicación estricta‘ de la 1441“, 16.2.2003.

<sup>262</sup> Conclusions of the European Council, 17.2.2003.

der Auffassung von 27 europäischen Staaten anzuschließen oder dies abzulehnen.<sup>263</sup> Die PSOE die sich für eine Verlängerung der Waffeninspektionen im Rahmen der Resolution 1441 aussprach, beschloss, gegen den Antrag der Regierung zu stimmen. Die Regierungsfraktion stimmte geschlossen dafür und konnte zumindest einen Teilerfolg in der angespannten innenpolitischen Situation erzielen.

Aznar konzentrierte sich nun wieder auf die diplomatischen Bemühungen mit den USA und Großbritannien. Das Wochenende vom 21.-22. Februar verbrachte er auf George W. Bushs Ranch in Crawford. Sie berieten dort über das weitere Vorgehen im Sicherheitsrat. Am 24. Februar brachten die USA, Großbritanniens und Spanien ihren gemeinsamen Resolutionsentwurf im Sicherheitsrat ein, der Saddam Hussein ultimativ zur Entwaffnung aufgefordert wurde.<sup>264</sup> Die Positionen im Sicherheitsrat blieben aber auch in den kommenden Wochen verhärtet. Frankreich, Deutschland und Russland brachten ebenfalls am 24. Februar ein Memorandum ein, in dem sie sich für eine Ausweitung der Inspektionen und deren Verlängerung um mehrere Monate aussprachen. Auch China weigerte sich, ein Ende der Diplomatie zu beschließen.

Angesichts der schlechten Umfragewerte und der herannahenden Kommunalwahl in Spanien wuchs der Druck auf den spanischen Ministerpräsidenten weiter.<sup>265</sup> In einem Interview mit dem Wall Street Journal sprach er seine Hoffnung aus, dass in den Medien zukünftig weniger rabiate Töne von Donald Rumsfeld und mehr moderate Äußerungen von Colin Powell zu hören.<sup>266</sup> Die Opposition hatte im Kongress einen Antrag gegen die Irak-Politik der Regierung Aznar eingebracht. Da über diesen Antrag am 5. März geheim abgestimmt werden sollte und es somit möglich erschien, dass auch Abgeordnete der PP mit der Opposition stimmen könnten, schwor der Ministerpräsident am zwei Tage zuvor die Partei auf seinen Kurs ein. Aznar argumentierte, dass Spanien durch seine Positionierung in der Irak-Krise international an Gewicht gewonnen habe.

„Wenn in der Welt etwas Wichtiges geschieht, sitzt Spanien nicht mehr in der Ecke. Wir wollen Spanien nicht in der Ecke der Geschichte sitzen sehen, in der Ecke der Länder, die nichts zählen, die zu nichts nützen, die nicht entscheiden. Wir wollen Spanien an seinem Platz sehen und dafür haben wir viele Jahre gekämpft.“<sup>267</sup>

---

<sup>263</sup> José María Aznar, *Comparecencia del presidente del gobierno ante el pleno del congreso*, 18.2.2003.

<sup>264</sup> CIDOB, „José María Aznar López“, S. 67.

<sup>265</sup> El País, „El pánico electoral se instala en el PP“, 2.3.2003.

<sup>266</sup> El Mundo, „Aznar pide a Bush para afrontar la presión política que sufre en España por apoyar EEUU“, 27.2.2003.

<sup>267</sup> El País, „Aznar afirma que no quiere ver a España ,en el rincón de los países que no sirven“, 4.3.2003.

Aznars Worte hatten ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Regierungsfraktion stimmte geschlossen gegen den Antrag der Opposition und erhielt sogar noch eine Stimme aus deren Reihen. Diese wichtige Abstimmung zeigte, dass Aznar sich auf die absolute Mehrheit im Kongress verlassen konnte.<sup>268</sup>

Der Krieg stand nun kurz bevor und es zeichnete sich immer deutlicher ab, dass im Sicherheitsrat keine Mehrheit für eine zweite Resolution zustande kommen würde. Spanien bemühte sich erfolglos um die Stimmen Chiles und Mexikos.<sup>269</sup> Die USA, Großbritannien, Spanien und Bulgarien blieben auch im März die einzigen Staaten, die eine zweite Resolution unterstützten.<sup>270</sup> Wie Telegramme des spanischen Vertreters Arias, die an die Presse gelangt sind, belegen, machte die spanische Regierung ihr Stimmverhalten zu einer zweiten Resolution von der Zustimmung der USA abhängig.<sup>271</sup> Im spanischen Kabinett wurde nun darüber beraten, in welcher Weise sich Spanien militärisch an dem Krieg beteiligen sollte, wenn die zweite Resolution die notwendige Mehrheit nicht bekommen würde. Während der Verteidigungsminister vorschlug, Kriegsschiffe zu entsenden, vertraten andere Kabinettsmitglieder die Position, dass man für einen Krieg ohne UN-Mandat keinesfalls mehr genehmigen dürfte, als die Benutzung der Luftwaffenstützpunkte.<sup>272</sup>

Der spanische Ministerpräsident hatte aber die Hoffnung auf eine Mehrheit für die zweite Resolution bis zum Schluss nicht aufgegeben. Ein spanischer Regierungsbeamter teilte der Presse mit, dass Aznar seit dem Herbst 2002 und bis in den März hinein damit rechneten, dass Frankreich und Deutschland in letzter Sekunde noch dem amerikanischen Druck nachgeben würden und Spanien sich dann in der angenehmen Rolle des Vorreiters präsentieren konnte, der von Beginn an auf der richtigen Seite gestanden hatte. Diese Hoffnungen konnten nach Frankreichs und Russlands erster Veto-Drohung vom 5. März allerdings nicht mehr besonders groß sein.<sup>273</sup> Spätestens mit Chiracs eindeutiger Ankündigung des französischen Vetos vom 10. März musste Aznar sie endgültig aufgeben.<sup>274</sup>

---

<sup>268</sup> El País, „Todo el PP rechaza la propuesta de la oposición que pedía más tiempo para los inspectores, 5.3.2003. Auch sechs Tage später, am 11. März 2003 konnte sie ihren Sieg in einer Abstimmung wiederholen, El País, „El PP tumba por tercera vez una moción contra la guerra de toda la oposición“, 12.3.2003.

<sup>269</sup> Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 17; CIDOB, „José María Aznar López“, S. 68.

<sup>270</sup> CIDOB, „José María Aznar López“, S. 67.

<sup>271</sup> El País, „España subordinó sus decisiones en la ONU a la ‘aquiescencia de EEUU‘, 15.3.2003; Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 17

<sup>272</sup> El País, „El Gobierno debate los planes para participar en la guerra de Irak“, 10.3.2003; El País, „Aznar analiza los planes militares para participar en la guerra“, 10.3.2003; El País, „Dirigentes del PP piden que la aportación de España se limite a las bases si no hay resolución“, 14.3.2003.

<sup>273</sup> El País, „Francia y Rusia amenazaron con el Veto en la ONU“, 6.3.2003

<sup>274</sup> El País, „Francia y Rusia vetarán en la ONU la propuesta de Bush“, 11.3.2003; El País, „Chirac: ‚en cualquier circunstancia, no‘“, 11.3.2003.

Der spanische Ministerpräsident stand zwar in Spanien unter massivem Druck, er benötigte die zweite Resolution aber nicht so dringend wie Tony Blair. Aznar konnte sich auf den Rückhalt seiner Regierungsfraktion verlassen, die in mehreren Abstimmungen gezeigt hatte, dass sie geschlossen hinter ihm stand. Zudem hatten sich Aznar und Palacio trotz ihres argumentativen Einsatzes für eine zweite Resolution immer die Hintertür offen gehalten, dass die Resolution 1441 unter juristischen Gesichtspunkten eine ausreichende Legitimation biete. Beide erinnerten nun daran, dass sie diese Position seit Januar 2003 konsistent vertreten hatten.<sup>275</sup>

Am 16. März trafen sich Bush, Blair und Aznar auf Einladung des portugiesischen Premierministers Barroso in Lajes auf den Azoren. Bush informierte seine engsten Verbündeten über seine Planungen und über das Ultimatum, das er Saddam Hussein am darauf folgenden Tag stellen würde. Die drei Regierungschefs verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung zur transatlantischen Verbindung und traten dann gemeinsam vor die Presse.<sup>276</sup> Aznar schien sich in diesem Moment weltweiter Aufmerksamkeit an der Seite Bushs und Blairs ausgesprochen wohl zu fühlen.

„Es machte sich unmittelbar bemerkbar, wie Aznar diese Minuten des weltweiten Protagonismus genoss und in wie starkem Kontrast seine strahlende Miene zu den ernsteren und – angesichts der historischen Reichweite, oder Bedeutung dieses Schritts – sogar besorgten Gesichtern der anderen beiden Angehörigen des improvisierten Triumvirats stand, insbesondere dem des nervösen Blair.“<sup>277</sup>

Bush verkündete, dass der morgige Tag die letzte Chance für die Diplomatie sein würde und dass der Tag der Wahrheit für die Welt gekommen sei.<sup>278</sup> Einen Tag nach dem Azorengipfel, am 17. März, zogen die drei Verbündeten kurz vor der Sitzung des Sicherheitsrats ihren Entwurf einer zweiten Resolution zurück und verkündeten, eine Intervention nicht länger von einer zweiten Resolution abhängig zu machen.<sup>279</sup> Am 17. März forderte Bush Saddam Hussein in einem Ultimatum auf, ins Exil zu gehen und den Koalitionstruppen „friedlichen“ Zugang in sein Land zu gewähren. Als dieses Ultimatum verstrichen war, begannen die amerikanischen und britischen Truppen mit ihren Angriffen gegen Irak.<sup>280</sup>

---

<sup>275</sup> El País, „Aznar justifica el ataque a Irak aunque Francia y Rusia lo veten en la ONU“, 11.3.2003; El País, „Palacio insiste en que la ONU ya ha autorizado la intervención“, 11.3.2003.

<sup>276</sup> Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 9.

<sup>277</sup> CIDOB, „José María Aznar López“, S. 68.

<sup>278</sup> George W. Bush, *Conferencia de prensa del primer ministro de Portugal, del presidente de los Estados Unidos, del presidente del gobierno y del primer ministro del Reino Unido*, 16.3.2003.

<sup>279</sup> El País, „Estados Unidos, Reino Unido y España dan por cerrado el debate en la ONU“, 17.3.2003; Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 17.

<sup>280</sup> El País, „Bush declara la Guerra a Saddam si no abandona el Poder en 48 horas“, 18.3.2003; CIDOB, „José María Aznar López“, S. 68.

Die amerikanischen Kampfflugzeuge nutzten wieder spanische Stützpunkte für ihre Luft-einsätze. Aznar gab bekannt, dass sich auch Spanien mit einem eigenen Kontingent an der In-vasion beteiligen werde. Unklar blieb aber vorerst in welchem Umfang und unter welchem Mandat diese Truppen eingesetzt werden sollten.<sup>281</sup> Die Vorgabe der spanischen Verfassung, dass Kriegseinsätze vom Abgeordnetenhaus genehmigt werden müssen, umging die Regierung, indem sie die Entsendung von 900 Soldaten und drei Schiffen als „humanitäre Unterstützung“ darstellte.<sup>282</sup> Die spanische Regierung nutzte damit eine Lücke in der Verfassung, in der ledig-lich vorgeschrieben war, dass eine Beteiligung an einem Krieg der Zustimmung des Parlaments bedürfe und nur vom König beschlossen werden könne. Durch die Behauptung, dass es sich bei der Entsendung nicht um einen Kampfeinsatz handelte, sondern eben um eine „humanitä-re Unterstützung“, meinte die Regierung Aznar, die Zustimmung des Parlaments nicht zu be-nötigen. Nach dem Kriegsende im Mai beschloss die spanische Regierung die Entsendung von weiteren 1.300 spanischen Soldaten, die das Rückrat der Brigade „Plus Ultra“ bilden sollten. Auch diese Truppenentsendung zur Stabilisierung des Südirak wurde dem Parlament nicht zur Entscheidung vorgelegt<sup>283</sup>

#### 4.1.4 Zusammenfassung der spanischen Irak-Politik

Bevor ich die drei Kalküle darstelle, die die spanische Außenpolitik während der Irak-Krise geprägt haben, werde ich noch kurz die wesentlichen Charakteristika zusammenfassen. Die *erste Phase* der spanischen Irak-Politik zeichnete sich durch eine enge Zusammenarbeit mit den USA im Bereich der Terrorismusbekämpfung aus. Schon nach dem 11. September verkündete Mi-nisterpräsident Aznar, dass nicht nur die Terroristen selbst, sondern auch Staaten, die sie unter-stützten, bestraft werden müssten. Als in Washington konkrete Angriffspläne gegen den Irak diskutiert wurden, bestanden Außenminister Piqué und seit Juli auch seine Nachfolgerin Ana Palacio darauf, dass auch die Maßnahmen gegen so ernstzunehmende Bedrohungen wie Mas-senvernichtungswaffen immer im Rahmen internationalen Rechts durchgeführt werden muss-ten. Piqué äußerte sprach sich sogar direkt gegen ein unilaterales Vorgehen der USA gegen den Irak aus. Eine Autorisierung militärischen Vorgehens durch den Sicherheitsrat galt deshalb als Bedingung einer spanischen Unterstützung.

Diese Forderung hatte nur für kurze Zeit Bestand. Mitte September kündigte Aznar an, dass ein Mandat des Sicherheitsrats zwar weiterhin die präferierte Variante sei, Spanien die USA

---

<sup>281</sup> CIDOB, „José María Aznar López“, S. 69.

<sup>282</sup> El País, „España envía a 900 militares y tres buques de apoyo sanitario a la guerra de Irak“, 19.3.2003; El País, „Aznar envía tres buques y 900 soldados para dar ‚apoyo humanitario‘ en la guerra contra Irak“, 19.3.2003.

<sup>283</sup> Eberl und Fischer-Leskano, „Grenzen des demokratischen Rechts?“, S. 25-29.

aber auch ohne UN-Mandat in einem Krieg unterstützen würde. Aznar verfolgte von nun an einen Kurs der bedingungslosen Gefolgschaft zu den USA.

Als sich die Irak-Krise zu Beginn des Jahres 2003 zuspitzte, begab sich Spanien in die erste Reihe der Kriegsbefürworter. Aznar profilierte sein Land als Vorreiter des „neuen Europa“, als er mit seiner Initiative zum Brief der Acht den deutsch-französischen Anspruch konterkarierte, im Namen der EU gegen die amerikanische Irak-Politik sprechen zu können. Im Sicherheitsrat arbeiteten die spanischen Vertreter eng nun eng mit der amerikanischen und britischen Delegation zusammen und koordinierten gemeinsam eine zweite UN-Resolution, die ein militärisches Eingreifen eindeutig legitimieren sollte. Sie warben um die Stimmen der nichtständigen Mitglieder, um eine Mehrheit für diese Resolution zu ermöglichen. Als dieser Versuch scheiterte, präsentierte sich Aznar auf dem Azorengipfel an der Spitze der Kriegscoalition und unterstützte das Ultimatum an die UNO und an Saddam Hussein. Als der Krieg am 20. März begann, entschloss er sich zur Entsendung von 900 Soldaten und drei Schiffen zur „humanitären Unterstützung“ in den Irak, ohne die Zustimmung des Parlaments einzuholen. Nach Kriegsende entsandte die spanische Regierung weitere Truppen.

## **4.2 Drei handlungsleitende Kalküle**

Die Außenpolitik Spaniens in der Irak-Krise lässt sich mit spezifischen sicherheitspolitischen, machtpolitischen und innenpolitischen Kalkülen hochrangiger Entscheidungsträger erklären. Aufgrund eines sehr ausgeprägten Führungsanspruchs José Maria Aznars war die spanische Irak-Politik in besonderem Maße davon geprägt, welche Handlungsoptionen der Ministerpräsident nach persönlichen Abwägungen für sinnvoll hielt, um seine Ziele zu erreichen.

### **4.2.1 Sicherheitspolitisches Kalkül**

Im Zentrum von Aznars Rechtfertigung für seine Entscheidungen in der Irak-Krise stand die Behauptung, dass die Verbindungen zwischen diktatorischen Regimes und dem internationalen Terrorismus die größte Bedrohung für die Sicherheit Spaniens und der Welt darstellten. Seine Bedrohungsanalyse war identisch mit derjenigen der US-Regierung. Ebenso wie die amerikanische und die britische Regierung zeigte er sich überzeugt, dass Saddam Hussein weiterhin Waffenprogramme betrieb und Verbindungen zu internationalen Terrororganisationen unterhielt. Der spanische Ministerpräsident bezeichnete diese Anschuldigungen als Tatsachen. Seine Außenministerin Ana Palacio stützte sich eher darauf, dass der UN-Sicherheitsrat den Irak in mehreren Resolutionen als Bedrohung für den internationalen Frieden bezeichnet hatte. Aus

ihrer Sicht lag die Beweislast beim irakischen Regime, das in Resolution 1441 bei Androhung ernsthafter Konsequenzen zur vollständigen Kooperation aufgefordert worden war. So lange Saddam Hussein nicht widerlegte, dass die Waffenprogramme zerstört waren und solange er stattdessen die Inspektoren mit einer Verzögerungs- und Verschleierungstaktik hinhielt, stellte er auch aus ihrer Sicht weiterhin eine Bedrohung dar und musste nach internationalem Recht zur Rechenschaft gezogen werden.

José Maria Aznar betrachtete die amerikanisch-spanische Zusammenarbeit in der Irak-Krise darüber hinaus auch als Teil einer gemeinsamen Anti-Terror-Strategie. Aznar war Befürworter eines harten Eingreifens gegen den Terrorismus. Dabei machte er keine Unterschiede zwischen der ETA, Al-Qaida oder anderen Organisationen.<sup>284</sup> Er wollte sich nicht mit Fragen nach dessen sozialen oder ideologischen Ursachen aufhalten, sondern hatte schon seit längerer Zeit darauf gedrängt, deren Effekte dort zu bekämpfen, wo sie auftreten. Er trat dafür ein, der Terrorismusbekämpfung auch auf internationaler Ebene einen höheren Stellenwert einzuräumen.<sup>285</sup> Im Juni 2001 hatten Bush und er eine engere polizeiliche und geheimdienstliche Zusammenarbeit vereinbart. Als die gnadenlose Bekämpfung des Terrorismus nach dem 11. September von den USA zur obersten Priorität erklärt wurde, betrachtete Aznar dies als Chance, durch internationale Zusammenarbeit jedweder Art von Terrorismus endlich entschlossen entgegenzutreten zu können.

Die harte Positionierung Spaniens in der Irak-Krise und zum Teil auch die bedingungslose Gefolgschaft mit den USA lässt sich mit zwei spezifischen sicherheitspolitischen Kalkülen José Maria Aznars erklären. Er wollte sein Land vor Bedrohungen schützen und überlegte, welche Handlungsoptionen er hatte, um dieses Ziel zu erreichen. Ich werde später noch darauf hinweisen, dass durchaus Zweifel angebracht sind, ob die Bedrohungsanalyse tatsächlich eine so große Bedeutung für die spanische Irak-Politik hatte, wie Aznar dies darstellte. Zweifellos haben aber sicherheitspolitische Kalküle eine nicht zu ignorierende Rolle gespielt.

Wenn Aznar es für zutreffend hielt, dass Saddam Hussein über Massenvernichtungswaffen verfügte und darüber hinaus mit terroristischen Organisationen in Kontakt stand, dann ergab sich daraus eine reale Bedrohung für die Sicherheit aller westlichen Staaten. Al-Qaida hatte schließlich am 11. September demonstriert, wozu Terroristen im 21. Jahrhundert fähig und willens waren. Aznar zweifelte nicht daran, dass sie auch chemische, biologische oder gar nukleare Waffen einsetzen würden, wenn sie die Möglichkeit dazu hatten. Wenn es nun stimmte,

---

<sup>284</sup> CIDOB, „José María Aznar López“, S. 54; Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 12. Aznar war 1995 selbst nur knapp einem Attentat der baskischen ETA entgangen. Siehe Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 12-13.

<sup>285</sup> Planert, *Entstehung eines „special relationship“?*, S. 107-109, 121, 149-150;

dass einige Terrorgruppen Verbindungen zu einem Diktator aufgebaut hatten, der chemische Waffen bereits eingesetzt hatte und zudem als unberechenbar galt, dann musste man etwas dagegen unternehmen.

Die US-Regierung behauptete, es gebe eindeutige Hinweise auf derartige Verbindungen und schien entschlossen, gegen diese Bedrohung vorzugehen. Dem spanischen Ministerpräsidenten schien eine Unterstützung der amerikanischen Bemühungen die sinnvollste Entscheidung für die Sicherheit Spaniens zu sein. Auch in Spanien waren nach dem 11. September und der spanischen Beteiligung an der Operation „Enduring Freedom“ Anschläge denkbar. Da Aznar nicht völlig ausschließen konnte, dass Terroristen früher oder später mit irakischen Massenvernichtungswaffen in Spanien zuschlagen könnten oder diese Waffen etwa der ETA zur Verfügung stellten, musste Spanien in Aznars Augen dazu beitragen, dass Saddam Hussein entwapfnet wurde. Darüber hinaus bot sich die einmalige Gelegenheit, dauerhaft eine enge Zusammenarbeit mit amerikanischen Behörden im Kampf gegen die ETA zu etablieren. Dafür musste man sich den Amerikanern im Gegenzug auch als zuverlässiger Partner präsentieren, mit dem sich eine enge Zusammenarbeit lohnte. In diesem sicherheitspolitischen Kalkül des spanischen Ministerpräsidenten war es die beste Entscheidung, in der Irak-Krise gemeinsam mit den USA entschlossen für eine Entwapfung des irakischen Regimes einzutreten.

Dieses Kalkül findet sich in zahlreichen Äußerungen Aznars wieder. In den Monaten unmittelbar vor Kriegsbeginn gab sich Aznar immer überzeugter, es sei geheimdienstlich bewiesen, dass Hussein eine große Gefahr darstelle. Anfang Februar 2003 schrieb er in einem Artikel, es sei „essentiell für die Sicherheit der freien Staaten, zu verhindern, dass Massenvernichtungswaffen in die Hände von Terrorgruppen fallen. Deswegen müssen wir ihre Häufung in den Händen eines skrupellosen Diktators wie Saddam Hussein verhindern.“<sup>286</sup> Auch nach dem Ende des Krieges, als die vermuteten Massenvernichtungswaffen vergeblich gesucht wurden, hielt er an der Behauptung fest, es gebe keine Zweifel an der Existenz der gesuchten Waffen, es sei nur eine Frage der Zeit, bis man sie finden werde.

Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend zu beurteilen, ob Aznar der festen Überzeugung war, dass von den irakischen Massenvernichtungswaffen eine Gefahr für Spanien ausging oder ob er diese Argumentation instrumentell einsetzte, um Parteianhänger und Wahlbevölkerung zur Zustimmung zu bewegen. Es gelang ihm jedoch, in der spanischen Bevölkerung den Eindruck zu verbreiten, dass vom Irak eine Gefahr für die spanische Sicherheit ausging und dass Saddam Hussein Verbindungen zum internationalen Terrorismus habe. Die spanische Beteiligung am Krieg gegen Irak lehnte dennoch eine überwältigende Mehrheit ab. Auch

---

<sup>286</sup> José Maria Aznar, *Artículo del presidente del gobierno en el diario „ABC“*, 5.2.2003.

wenn man vorläufig davon ausgeht, dass Aznar selbst davon überzeugt war, dass aus der Verbindung von Massenvernichtungswaffen und dem internationalen Terrorismus eine untolerierbare Bedrohung ausging, dann beruhte diese Überzeugung auf einem äußerst wackeligen Fundament. Auf Erkenntnisse des spanischen Geheimdienstes konnte er sich in seiner Bedrohungsanalyse jedenfalls nicht stützen. Aznar präsentierte die Anschuldigungen an das irakische Regime dennoch immer wieder als Tatsachen. Dabei erweckte den Eindruck, als habe er Zugang zu geheimen amerikanischen Informationen. Aber selbst wenn er über belastende Fakten verfügt haben sollte, er machte sie weder der spanischen Öffentlichkeit noch seinem engsten Beraterkreis zugänglich.

Wie zentral die Zusammenarbeit mit den USA im Kampf gegen die ETA für die spanische Irak-Politik war, ist schwer zu beurteilen. Fest steht, dass Aznar schon vor Beginn der Irak-Krise auf eine solche engere Kooperation hingearbeitet hatte. Die Hilfe amerikanischer Behörden war ihm zweifellos ein Anliegen. Ob diese Erwägung aber eine ausschlaggebende Rolle für seine Entscheidungen in der Irak-Krise gespielt haben, ist aber offen. Zweifel kommen vor allem deswegen auf, weil es Regierungsmitglieder und enge Vertraute Aznars waren, die dieses Motiv sehr offensiv in die Öffentlichkeit trugen, und zwar genau zu dem Zeitpunkt, als Aznar unter enormen innenpolitischen Druck geraten war. Hinzu kommt noch, dass Experten des Außenministeriums immer wieder darauf hinwiesen, dass für die Bekämpfung der ETA die Zusammenarbeit mit Frankreich viel wichtiger war, als die Kooperation mit den USA. Aus ihrer Sicht gab es keinen einleuchtenden Grund, in der Irak-Krise ausgerechnet die Beziehungen zu Frankreich zu belasten. Vielleicht hat Aznar das anders eingeschätzt, weil es aus seiner Sicht eben nicht nur um die ETA, sondern den Terrorismus insgesamt ging. Aber zumindest bestehen begründete Zweifel daran, dass die Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen und die amerikanische Hilfe im Kampf gegen die ETA für die spanische Irak-Politik so ausschlaggebend waren, wie Aznar und andere Regierungsmitglieder das selbst behaupten.

#### 4.2.2 Machtpolitisches Kalkül

Die spanische Irak-Politik war hauptsächlich von machtpolitischen Erwägungen geleitet. Ministerpräsident Aznar verstand die Irak-Krise in erster Linie als Gelegenheit, den Rang Spaniens in Europa zu verbessern und durch eine besondere Beziehung zu den USA auch international an Einfluss zu gewinnen. Seit seinem Regierungsantritt war er bestrebt, Spanien zu einem der großen Staaten in der EU aufsteigen zu lassen und auch in globalen Fragen als Protagonisten mit eigenständigen Positionen zu profilieren.<sup>287</sup>

Aznar verfolgte zielstrebig eine Positionsverbesserung Spaniens in Europa. Auf EU-Gipfelverhandlungen nahm er zum Teil eine äußerst unnachgiebige Haltung ein, die Beobachter als „Renationalisierung“ der spanischen Politik bezeichneten.<sup>288</sup> Aznar war nicht bereit, den Führungsanspruch Deutschlands und Frankreichs zu akzeptieren. Er war vielmehr der Überzeugung, dass Spanien vielmehr selbst zur „Avantgarde“ in Europa gehören musste.<sup>289</sup> Dementsprechend stand er auch der Idee eines Kerneuropas ablehnend gegenüber und sah darin die Gefahr einer Benachteiligung und Bevormundung seines Landes. Er versuchte daher in seiner Europapolitik, Koalitionen mit anderen europäischen Staaten wie Italien und Großbritannien zu bilden, um nicht von einem deutsch-französischen Direktorium dominiert zu werden.<sup>290</sup> Aznars Strategie, „von der europäischen Peripherie her denkend Allianzen zu bilden“<sup>291</sup> unterschied sich fundamental von der Vorgehensweise seines Amtsvorgängers Felipe González, der

---

<sup>287</sup> Richard Gillespie und Richard Youngs, „Spain’s International Challenges at the Turn of Century“, in: Dies., Hrsg., *Spain: The European and International Challenges*, Special Issue of Mediterranean Politics, Jg. 5, Nr. 2 (2000), S. 1-13, hier S. 5; Planert, *Entstehung eines „special relationship“?*, S. 60.

<sup>288</sup> Es war Aznars Ziel, in der Stimmengewichtung mit den „großen“ Ländern der Union gleichzuziehen. Nicht zuletzt wegen der Unnachgiebigkeit der spanischen Regierung in dieser Zielsetzung konnten die institutionellen Reformen der EU zur Vorbereitung auf die Osterweiterung erst im Jahr 2000 in Nizza beschlossen werden. Und auch dort gelang es der spanischen Verhandlungsführung, Spaniens Position als fünfgrößtes Land der EU zu konsolidieren und ein Stimmenverhältnis im Rat durchzusetzen, das im Blick auf Bevölkerungszahl und Bruttoinlandsprodukt unverhältnismäßig hoch war. Spaniens Stimmen stiegen von 8 auf 27, diejenigen Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens lediglich von 10 auf 29. CIDOB, „José María Aznar López“, S. 19-22, 60-61; Planert, *Entstehung eines „special relationship“?*, S. 62-63; Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 11.

<sup>289</sup> José María Aznar, „En la vanguardia de Europa“, in Ders., *Ocho Años de Gobierno* (Barcelona, 2004), S. 181-203.

<sup>290</sup> Das machtpolitische Kalkül in der Europapolitik Aznars kann man dementsprechend in realistischen Kategorien interpretieren: „In sum, the European integration process continues to be a priority for the Spanish government, but they have a very realistic notion of the superpower status of the United States [...] On the one hand, it clearly is very pro-European, but worried about the growing union between France and Germany. This leads to counter-alliances with Italy and the United Kingdom. On the other hand, it wants to have a strong position in Washington, and therefore continues to nurture the ‚special relationship‘ with the United States, which for the latter is one among many, in order to keep a hegemonic position in the world.“ Magone, *Contemporary Spanish Politics*, S. 215; Vgl. auch Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 13-14; CIDOB, „José María Aznar López“, S. 20-21

<sup>291</sup> Maihold, Günther, „Kurswechsel in Madrid. Die Außenpolitik Spaniens nach den Attantaten vom 11. März und vor dem Regierungswechsel“, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Nr. 12 (2004), S. 4.

Spaniens Einfluss in Europa eher durch eine Anlehnung an die Achse Paris-Berlin zu steigern versucht hatte.<sup>292</sup>

Um ein Land wie Spanien mit vergleichsweise geringen Ressourcen aus seiner bisherigen internationalen Bedeutungslosigkeit herauszuholen, meinte Aznar, dass Spanien nicht nur Interesse für regionale, sondern auch für globale Angelegenheiten bekunden und sich entsprechend beteiligen musste. Aznar hatte sich seit 1996 für ein stärkeres spanisches Engagement bei Friedensmissionen eingesetzt, weil er glaubte, dass ein Land, das internationale Ambitionen anmeldete auch gewisse Leistungen vorweisen musste. Die bedingungslose Gefolgschaft in der Irak-Krise und ganz besonders die Initiativen, die Spanien im Frühjahr 2003 ergriff, gehen zurück auf die Ambitionen Aznars, die relative Unterlegenheit Spaniens im Bereich „harter“ Machtressourcen durch demonstrativen Protagonismus auf diplomatischer Ebene zu kompensieren.<sup>293</sup>

Das Ziel Aznars, Spanien gegen den deutsch-französischen Führungsanspruch zu einem der bedeutendsten Staaten in Europa zu machen und auch international das Prestige seines Landes zu steigern, hat seine Entscheidungen in der Irak-Krise wesentlich geprägt. Er wog ab, welche Handlungsoptionen es ihm ermöglichen würden, diesem Ziel näher zu kommen.

Als die USA die Massenvernichtungswaffen des irakischen Regimes zu einem der dringlichsten Sicherheitsprobleme erklärten, war aus Aznars und Palacios Sicht klar, dass sie sich in dieser zentralen internationalen Frage ebenfalls positionieren mussten, wenn sie dem von ihnen vertretenen Geltungsanspruch gerecht werden wollten. Die Option der Neutralität war vor diesem Hintergrund nicht attraktiv. Die wichtige Entscheidung lag vielmehr darin, ob man die amerikanische Politik zu unterstützen, sich den Warnungen und Vorbehalten Deutschlands anschließen oder eine eigene Position vertreten sollte. Noch im Frühjahr und Sommer 2002 schien es nicht opportun und prestigeträchtig zu sein, sich den Drohungen der USA vorbehaltlos anzuschließen, die von den meisten Staaten eher mit Skepsis und Sorge aufgenommen wurden. Auch das Äußern von Vorbehalten und Zweifeln an den amerikanischen Anschuldigungen gegen Saddam Hussein schienen weder dem Einfluss noch der Stellung Spaniens dienlich zu sein. Denn damit hätte die Regierung das Wohlwollen Washingtons aufs Spiel gesetzt, dass sie sich durch die Unterstützung in der Terrorismusbekämpfung gerade erst erarbeitet hatte. Palacio entschloss sich daher, die irakischen Massenvernichtungswaffen zwar als reale Bedro-

---

<sup>292</sup> Planert, *Entstehung eines „special relationship“?*, S. 63, 83; Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 10.

<sup>293</sup> Vgl. CIDOB, „José María Aznar López“, S. 56: „Man muss sagen, dass das Jahr 2002 dominiert war von den Anstrengungen Aznars, dass Spanien definitiv seinen Status als regionale Macht des mittleren Typs überwinden und sich eine wichtigere Rolle im europäischen und internationalen Konzert aneignen sollte. Aufgrund fehlender Verdienste und objektiver Mittel [...] entschied sich der Amtsträger, sich unter den Schutz der USA zu stellen und von den Vorteilen zu profitieren, die sich durch das Image, die Präsenz und die Allgegenwart an der Seite des Mächtigen ergaben“.

hung anzuerkennen, gleichzeitig aber auf die Einhaltung der Verfahren internationalen Rechts zu bestehen.

José María Aznar ergänzte dieses machtpolitische Kalkül dann im September um eine weitere Überlegung. Großbritannien hatte sich bis dahin als einziger europäischer Staat hinter die USA gestellt. Frankreich forderte den diplomatischen Weg ein und in Deutschland kritisierte Gerhard Schröder die amerikanischen Drohungen in seiner Wahlkampagne. Aus Aznars Sicht bot sich nun die Gelegenheit, Spanien gegenüber der US-Administration frühzeitig als einen der wenigen Partner zu präsentieren, auf deren Unterstützung sie sich verlassen konnte. Aus diesen Überlegungen heraus verkündete er, eine gewaltsame Entwaffnung des Iraks notfalls auch ohne Mandat des Sicherheitsrats mit zu tragen. Durch diese Festlegung erhoffte er sich, von den USA als bedeutender Verbündeter in Europa anerkannt zu werden und in der Irak-Krise eine Führungsrolle übernehmen zu können. Wie ein spanisches Regierungsmitglied später offenbarte, rechnete Aznar damit, dass auch Deutschland und Frankreich früher oder später dem amerikanischen Druck nachgeben und eine Intervention unterstützen würden. Spanien hätte dann bereits frühzeitig eine Position bezogen, auf die das selbsternannte Führungsduo der EU erst später einschwenkte.<sup>294</sup> Dieses machtpolitische Kalkül des spanischen Ministerpräsidenten zielte also auf einen Prestigegewinn ab. Aus seiner Sicht bot die bedingungslose Gefolgschaft mit den USA die Gelegenheit, zumindest in dieser Frage, Teil der europäischen „Avantgarde“ zu sein, in die Spanien seiner Meinung nach gehörte.

Augenfälligster Ausdruck von Aznars machtpolitischem Kalkül war seine Rolle bei der Erstellung des „Briefs der 8“. Schröders und Chiracs Führungsanspruch in der Irak-Krise, wie er in zahlreichen Initiativen seit dem 22. Januar zum Ausdruck gekommen war, stellten Aznar und Blair die atlantische Solidaritätsbekundung acht europäischer Regierungschefs gegenüber. Das Signal des Briefs lautete, dass Frankreich und Deutschland nicht für die Europäische Union sprechen könnten, sondern vielmehr mit ihrer Position in der EU isoliert waren.<sup>295</sup> Spanien und Großbritannien zeigten mit ihrer Organisation des Briefs und der anschließenden gemeinsamen Pressekonferenz, dass vielmehr sie es waren, die im Einklang mit der Mehrheit der EU standen. Diese balancing-Strategie auf europäischer Ebene kombinierte die spanische Delegation im UN-Sicherheitsrat mit bandwagoning bei den USA. Wie bedingungslos die spanische Diplomatie hier in der Hoffnung auf Einflussgewinn in Washington die amerikanische Position vertrat, dokumentiert die Abschrift eines Telegramms des UN-Botschafters Inocencio Arias.<sup>296</sup> Auch auf dem Azorengipfel am 16. März präsentierte sich Aznar als verlässlicher Verbündeter

---

<sup>294</sup> El País, „Esto se nos ha ido de las manos. Aznar estaba convencido de que Francia acabaría sumándose a la coalición promovida por Bush“, 11.3.2003.

<sup>295</sup> Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 16.

<sup>296</sup> Magone, *Contemporary Spanish Politics*, S. 214.

der USA. Es war ein Moment weltweiter Aufmerksamkeit, wie Aznar ihn sich vorstellt hatte. In einem historischen Moment der internationalen Politik war ein spanischer Regierungschef beteiligt und erschien an der Seite des amerikanischen Präsidenten als dieser verkündet, dass die Zeit des irakischen Diktators abgelaufen sei.

Aznar verteidigte die von ihm betriebene Positionierung an der Seite der USA unter anderem mit den Worten, dass Spanien aufhören müsse, „in der Ecke der Geschichte zu hocken, in der Ecke der Länder, die nicht zählen, zu nicht nutzen, die nicht entscheiden“.<sup>297</sup> Nach dem 11. September sah Aznar eine neue Weltordnung heraufziehen, in der sich die USA nicht mehr darin bremsen lassen würden, ihre Position als einzige Supermacht der Welt nun uneingeschränkt wahrzunehmen. Wenn er sich nun rasch und unmissverständlich an die Seite der USA stellen würde, so das machtpolitische Kalkül, konnte es fast als ausgemacht gelten, dass Spanien in dieser neuen von Amerika dominierten Zeit eine entscheidende Rolle spielen würde.<sup>298</sup> Auch Außenministerin Palacio behauptete Ende April 2003 vor dem spanischen Parlament, dass sich die Beziehungen Spaniens in einem „exzellenten Zustand“ befänden und dass „unser internationaler Einfluss niemals größer“ gewesen sei. Sie zitierte den Historiker Henry Kamen, der gesagt habe, dass „zum ersten Mal seit der Epoche des Imperiums“, die „Stimme der Spanier in der Welt mit Aufmerksamkeit gehört“ werde.<sup>299</sup> Dass auch Ana Palacio Aznars Ambitionen teilte, Spanien zu einem großen Staat in Europa zu machen und zugleich zu einer herausgehobenen Stellung in der Welt zu verhelfen, kommt besonders prägnant im folgenden Zitat aus einer Parlamentsdebatte zum Ausdruck:

„Señor Marín, wir sind eine mittlere Macht. Wir sind keine Nuklearmacht und ich weiß ganz genau, welches Bruttoinlandsprodukt wir haben, und wir haben kein Veto im Sicherheitsrat, aber natürlich müssen wir eine globale Rolle spielen. Selbstverständlich müssen wir das. Wir haben keine Komplexe in unserer Außenpolitik. Unsere Politik in Europa hat aufgehört immer nur als Fünfter zu Wort zu kommen, denn genau das war die Außenpolitik während vieler Jahre in der Europäischen Union.“<sup>300</sup>

Ein Schulterschluss mit den USA in der Terrorismusbekämpfung und in der Irak-Krise ermöglichte es Spanien aus der Perspektive der beiden Entscheidungsträger, internationale Präsenz zu zeigen und den Anspruch auf eine Rolle Spaniens in internationalen Konflikten zu bekräftigen. Tatsächlich war Aznar durch eine Unterstützung des Irakkriegs ein gern gesehener Gast im Weißen Haus geworden. Bush lud ihn auf eine Ranch in Crawford, Texas ein – ein

---

<sup>297</sup> El País, „Aznar afirma que no quiere ver a España ‚en el rincón de los países que no sirven‘“, 4.3.2003..

<sup>298</sup> Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 12-13; El País, „La coherencia del giro de Aznar“, 15.2.2004, S. 11.

<sup>299</sup> Planert, *Entstehung eines ‚special relationship‘?*, S. 126, die Übersetzung stammt von Planert.

<sup>300</sup> Ana Palacio, *Comparecencia de la ministra de asuntos exteriores ante el pleno del congreso sobre la posición del gobierno en la crisis de Irak*, 5.3.2003.

Privileg, dass nur wenigen anderen Staatschefs zuteil wurde. Dort hatte Bush zuvor lediglich Tony Blair, Wladimir Putin und Jiang Zemin empfangen.<sup>301</sup> Man kann die „bevorzugte Behandlung Aznars“, die sich auch in den häufigen Treffen mit Bush zeigte, als „eine enorme weltpolitische Aufwertung“ durch die USA interpretieren.<sup>302</sup> Allerdings musste Aznar im März bemerken, dass sein machtpolitisches Kalkül nicht aufging. Er hatte Spanien bereits mit eigenen Initiativen so weit hervorgetan, dass er seine Entscheidung nur um den Preis eines erheblichen Verlusts an Einfluss in Washington hätte ändern können. Die Sache war ihm „aus den Händen geglitten“, wie es das spanische Regierungsmitglied ausdrückte.<sup>303</sup>

#### 4.2.3 Innenpolitisches Kalkül

Die spanische Politik in der Irak-Krise war nur in geringem Maß von einem innenpolitischen Kalkül geprägt. Das liegt zum Teil daran, dass José Maria Aznar sich schon im Jahr 2002 darauf festgelegt hatte, bei den Wahlen im Juni 2004 nicht zu kandidieren und sein Amt an einen Nachfolger abzutreten. Das Ziel des eigenen Machterhalts spielte aber dennoch eine gewisse Rolle, da Aznar sein Amt bis zu dem Zeitpunkt ausüben wollte, an dem er selbst beschließen konnte, sich zurückzuziehen, statt vorzeitig, etwa durch Abstimmungsniederlagen im Parlament, zum Rücktritt gezwungen zu werden. Die Bewertung seiner Handlungsoptionen war also nicht völlig frei von einem innenpolitischen Kalkül, das sich an dem Ziel orientierte, den Rückhalt im Kabinett und im Parlament aufrecht zu erhalten.

Aznars Irak-Kurs stieß im Jahr 2002 weder im Kabinett noch in der Regierungsfraktion auf nennenswerten Widerstand. Das lag weniger daran, dass dort alle mit seiner Politik einverstanden gewesen wären, sondern vor allem an der überaus starken Stellung, die er sich als Regierungschef aufgebaut hatte. Den Wahlsieg der Partido Popular (PP) im Jahr 20002, der erstmals in der Geschichte des demokratischen Spaniens einer Regierung die absolute Mehrheit bescherte, hatte Aznar als seinen persönlichen Erfolg betrachtet und auf dieser Grundlage ein „Kabinett aus Technokraten“ gebildet hatte, das die verschiedenen Strömungen der Partei nicht repräsentierte.<sup>304</sup> Die zweite Amtszeit Aznars ist deshalb auch als Phase des „hyperliderazgo“ bezeichnet worden, also als Phase einer stark ausgeprägten politischen Führung durch die Person des Regierungschefs.<sup>305</sup>

---

<sup>301</sup> CIDOB, „José María Aznar López“, S. 80.

<sup>302</sup> Planert, *Entstehung eines ‚special relationship‘?*, S. 148.

<sup>303</sup> El País, „Esto se nos ha ido de las manos. Aznar estaba convencido de que Francia acabaríasumándose a la coalición promovida por Bush“, 11.3.2003.

<sup>304</sup> Barreñada et al., „L’Espagne et la guerre en Irak“, S. 12.

<sup>305</sup> CIDOB, „José María Aznar López“, S. 31; siehe auch Planert, *Entstehung eines ‚special relationship‘?*, S. 59.

Besonders in der Irak-Krise traf Aznar richtungsweisende Entscheidungen auf der Grundlage persönlicher Überzeugungen gegen die Meinung von 90% der spanischen Bevölkerung und gegen den größten Teil der spanischen Medien. Damit provozierte er zwar den Widerstand der gesamten parlamentarischen Opposition und brach mit dem außenpolitischen Konsens, kontroverse Entscheidungen im Einvernehmen Opposition zu beschließen.<sup>306</sup> Er konnte sich aber bei Abstimmungen im spanischen Kongress stets darauf verlassen, dass seine Regierungsfraktion geschlossen hinter ihm stand.

Vor dem Hintergrund dieser Konstellation ist auch das spezifische innenpolitische Kalkül Aznars zu verstehen. Sein Amt als Regierungschef schien nicht gefährdet zu sein und bis zu den nächsten Parlamentswahlen, bei denen er ohnehin nicht als Kandidat antreten wollte, würde noch viel Zeit vergehen. Um das Ziel des Machterhalts verwirklichen zu können, konnte er daher auch Handlungsoptionen in Betracht ziehen, die in Spanien äußerst kontrovers waren. Dennoch musste er aufpassen, dass er diesen Spielraum nicht überstrapazierte. An den Abgeordneten der PP ging die einhellige Ablehnung der spanischen Irak-Politik in der Bevölkerung nicht spurlos vorüber und sobald sie sich ernsthaft in ihren Wiederwahlchancen gefährdet sahen, war es denkbar, dass sie ihm die Gefolgschaft aufkündigten.

Je näher die Kommunalwahlen vom Mai 2003 rückten und je stärker sich der Protest gegen den Irak-Krieg in Massendemonstrationen und Meinungsumfragen bemerkbar machte, desto häufiger richteten Abgeordnete der Volkspartei Aznar zur Mäßigung auf. Die Kommunalwahl galt vor allem als wichtiger Stimmungstest und Signal für die landesweiten Wahlen im darauf folgenden Jahr.<sup>307</sup> Auch wenn seine Fraktion bislang alle Anträge der Opposition auf eine Änderung der Irak-Politik geschlossen abgelehnt hatte, musste der Ministerpräsident damit rechnen, dass ihm seine Parteigenossen nicht mehr in allen Entscheidungen mit der gleichen Geschlossenheit folgen würden.

Dieses innenpolitische Kalkül Aznars zeigt sich vor allem in zwei Entscheidungen, die er in einer Zeit traf, als er von der Bevölkerung, den Medien und der Opposition enorm unter Druck gesetzt wurde. Zum einen beschloss er aus innenpolitischem Kalkül, sich für eine gemeinsame Position der EU einzusetzen. Die 15 Mitgliedstaaten verabschiedeten am 17. Februar 2003 auf dem Gipfel in Brüssel eine gemeinsame Erklärung, in der sie den Einsatz von Gewalt als letztes Mittel zur Entwaffnung des Iraks unterstützen. Nur einen Tag später brachte Aznar die Opposition in Bedrängnis, indem er diese Erklärung im Kongress zur Abstimmung stellte. Die Sozialisten hatten ihm zuvor wiederholt vorgeworfen, zur Spaltung der europäi-

---

<sup>306</sup> Planert, *Entstehung eines ‚special relationship‘?*, S. 98.

<sup>307</sup> CIDOB, „José María Aznar López“, S. 51.

schen Außenpolitik beizutragen und die PP in die Defensive gedrängt. Nun sahen sie sich vor die Alternative gestellt, entweder der Regierung die Erlaubnis zum Einsatz von Gewalt als letztem Mittel zu erteilen oder aber gegen eine Erklärung zu stimmen, sie von allen EU-Mitgliedstaaten verabschiedet worden war. Letztlich entschieden sie sich für die zweite Alternative und ermöglichten es der PP-Fraktion, sich als die wahren Vertreter des EU-Konsenses darzustellen.

Die zweite und wichtigere Entscheidung, die Aznar aus einem innenpolitischen Kalkül heraus traf, bezog sich auf die Art der militärischen Beteiligung an der Intervention im Irak. Einige Abgeordnete der PP hatten Aznar im März gebeten, den USA höchstens Luftwaffenstützpunkte zur Verfügung zu stellen und sich ansonsten aus dem Krieg herauszuhalten, falls dieser nicht durch ein Mandat des Sicherheitsrats legitimiert war. Einige Kabinettsmitglieder vertraten die gleiche Forderung. Um Aufruhr in der Führungsspitze seiner Partei vorzubeugen, gestand Aznar zu, dass spanische Truppen nicht an Kampfhandlungen beteiligt werden sollten. Das Kabinett billigte schließlich die Entsendung dreier Schiffe, die im Wesentlichen medizinische Aufgaben zu erfüllen hatten und zudem erst Tage nach Kriegsbeginn im Persischen Golf eintrafen. Darüber hinaus ließ er über diese Truppenentsendung nicht im Kongress abstimmen, indem er diesen Einsatz als „humanitäre Unterstützung“ deklarierte. Oppositionsführer Zapatero bat er in einem Telefongespräch darum, diese Entscheidung nicht zu kritisieren.

Diese Entscheidungen sind auf ein innenpolitisches Kalkül Aznars zurückzuführen. Obwohl er sich in seiner generellen Politik in der Irak-Krise auf eine sichere Mehrheit im Parlament stützen und seinen Kurs auch im Kabinett durchsetzen konnte, achtete er darauf, diesen Rückhalt nicht leichtsinnig zu verspielen. Gerade als der öffentliche Druck auf die Regierung und die Mehrheitsfraktion am größten war, wählte er Handlungsoptionen, die es seinen Parteikollegen ermöglichen sollten, diesem Druck standzuhalten und seine Irak-Politik weiterhin mit zu tragen. Für die vorbehaltlose Unterstützung der USA und für den spanischen Protagonismus in der Koalition waren innenpolitische Kalküle aber nicht ausschlaggebend.

### **4.3 Zwischenfazit**

Nach der Analyse der subjektiven Kalküle José Maria Aznars und Ana Palacios lässt sich die spanische Irak-Politik plausibel erklären. Es wird nachvollziehbar, warum Spanien zunächst völkerrechtliche Bedenken äußerte, später die Position der USA vorbehaltlos unterstützte und schließlich sogar zum Protagonisten in der Koalition avancierte. Auch einzelne Entscheidungen wie die Initiative zum Brief der Acht und die Entsendung spanischer Marineeinheiten

lassen sich mit einem spezifischen Kalkül hochrangiger Politiker erklären, das darauf ausgerichtet war, ein fundamentales Ziel zu erreichen.

Ich habe dabei bisher zwischen einem sicherheitspolitischen, einem machtpolitischen und einem innenpolitischen Kalkül unterschieden und jedes von ihnen einzeln dargestellt. Da diese Kalküle jedoch miteinander zusammenhängen können und von den Entscheidungsträgern selbst nicht sauber voneinander getrennt werden müssen, werde ich in diesem Abschnitt darstellen, in welcher Beziehung diese Kalküle miteinander standen. Um die spanische Irak-Politik in Gesamtüberblick zu erklären, werde ich wie schon im deutschen Fall deutlich machen, inwiefern einzelne Kalküle a) sich gegenseitig verstärkt haben, b) zu widersprüchlichen Handlungen geführt haben und c) einander über- bzw. untergeordnet wurden.

In der spanischen Irak-Politik haben sich sicherheitspolitische und machtpolitische Kalküle ergänzt und gegenseitig verstärkt. Dadurch, dass die Bedrohungswahrnehmung Aznars und Palacios mit der amerikanischen nahezu identisch war, war eine enge Zusammenarbeit mit der US-Administration in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus nur folgerichtig. Eine vorbehaltlose Unterstützung der amerikanischen Irak-Politik erschien zwar noch im Frühjahr 2002 nicht besonders prestigeträchtig zu sein, aber je skeptischer andere europäische Staaten auf die Angriffspläne der Bush-Administration reagierten, umso vorteilhafter schien es dem spanischen Ministerpräsidenten zu sein, Spanien als einen der wenigeuropäischen Staaten zu profilieren, der unmissverständlich zu den USA hielt. Aznar versprach sich von der bedingungslosen Gefolgschaft Einflussgewinne in Washington und Steigerung von Spaniens Weltgeltung. Darüber hinaus versprach Aznar sich durch ebendiese bedingungslose Gefolgschaft in der Irak-Krise auch sicherheitspolitische Vorteile für Spanien. Eine intensivere Zusammenarbeit mit den USA auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung konnte zu Spaniens Sicherheit beitragen, da nun amerikanische Geheimdienstkenntnisse zugänglich waren.

Zielkonflikte traten bei Aznar während der Irak-Krise wenn überhaupt, dann nur in geringem Maße auf. Im Februar 2003, als der Großteil der spanischen Bevölkerung seine Politik verurteilte, schienen seine machtpolitischen Ziele in Widerspruch zu seinem Ziel des Machterhalts zu stehen. Gerade eine geheime Abstimmung im Kongress über die Irak-Politik seiner Regierung barg doch die Gefahr, dass er einen innenpolitischen Preis für seine machtpolitischen Ambitionen zahlen musste. Aznar verstand es allerdings, seine eigenen machtpolitischen Kalküle offensiv vorzutragen und seine Parteilanhänger davon zu überzeugen, dass es sinnvoll war, durch eine Anlehnung an die USA mehr Einfluss und Prestige für Spanien zu erlangen. Die spanische Irak-Politik war insgesamt besonders stark von einem machtpolitischen Kalkül geleitet, das auf Aznars persönliches Ziel zurückzuführen ist, Spanien wieder zu einem Land zu

machen, das sich in Europa nicht von anderen Staaten bevormunden ließ und auf internationaler Ebene an entscheidender Stelle über globale Fragen mitentscheiden konnte.

Die spanische Irak-Politik scheint dagegen von Beginn an auf machtpolitischen Kalkülen und dem Streben nach Prestige und einer Rangerhöhung Spaniens beruht zu haben. Sicherheitspolitische Erwägungen zum Schutz Spaniens vor den Bedrohungen des irakischen Regimes mögen die Entscheidung, den USA bedingungslos zu folgen, zwar zusätzlich als richtig erscheinen lassen. Lediglich die Begrenzung des militärischen Engagements Spaniens im Irak scheint auf innenpolitische Kalküle zurückzugehen, die aber ansonsten einer Befürwortung eines gewaltsamen Regimewechsels in Bagdad nicht entgegenstanden.

## 5. Abschlussbetrachtung

Für die spanische und die deutsche Regierung stellte sich seit September 2001 die Frage, wie sie auf die Drohungen der USA gegen Irak reagieren sollten. Ich habe untersucht, wie sich bestimmte Entscheidungssituationen aus der Sicht einzelner Regierungsmitglieder vor dem Hintergrund von drei fundamentalen Zielen dargestellt haben. Deutsche und spanische Entscheidungsträger verfolgten zwar die gleichen Ziele, trafen aber unterschiedliche Entscheidungen, um diese Ziele zu erreichen. Diesen Befund habe ich zurückgeführt auf sicherheitspolitische, machtpolitische und innenpolitische Kalküle einzelner hochrangiger Entscheidungsträger. Ein sicherheitspolitisches Kalkül, das auf dem Ziel beruht, den Staat vor Bedrohungen zu schützen (2.4.1), ein machtpolitisches Kalkül, das mit dem Ziel verbunden ist, Rang und Einfluss des Staates regional und global zu steigern (2.4.2) sowie ein innenpolitisches Kalkül, bei dem das Ziel des individuellen Machterhalts der Entscheidungsträger im Mittelpunkt steht (2.4.3)

Die Ausgangsfrage der Arbeit, warum Deutschland und Spanien in der Irak-Krise unterschiedliche Entscheidungen getroffen haben, kann nun auf einer empirischen Ebene beantwortet werden. Die empirische Erklärung lautet, dass die deutschen und die spanischen Entscheidungsträger *erstens* unterschiedliche Bedrohungsanalysen hatten, *zweitens* den Rang und den Einfluss ihres Staates auf unterschiedlichen Wegen zu steigern suchten und dabei *drittens* der jeweiligen innenpolitischen Situation in ihrem Land auf unterschiedliche Weise begegneten.

Methodisch ist eine Untersuchung von Kalkülen individueller Akteure nicht ganz unproblematisch. Aufgrund der zeitlichen Nähe sind Hintergrundinformationen und Gesprächsprotokolle noch unter Verschluss. Sie kommen erst allmählich ans Tageslicht und werden zugänglich

für die wissenschaftliche Betrachtung (wie etwa der Artikel in El País vom 26.9.2007).<sup>308</sup> Vorläufig muss man sich lediglich mit den wenigen vorhandenen Hinweisen begnügen und auf wichtige Primärquellen noch viele Jahre und Jahrzehnte warten. In unmittelbarer zeitlicher Nähe können die hier vorgeschlagenen Kalküle also nur durch (kontrafaktische) Argumentation gestützt werden. Ein plausibles Bild lässt sich dennoch zeichnen.

Gerhard Schröder und Joschka Fischer wollten die US-Regierung durch Warnungen von einer militärischen Intervention abbringen, weil sie davon eine Verschlechterung der Sicherheitslage ihres Landes erwarteten. Sie schlossen eine deutsche Beteiligung kategorisch aus, weil sie damit in der Bundestagswahl die Stimmen pazifistischer Wählergruppen erhalten konnten, die sie zu für einen Wahlsieg dringend brauchten. Dennoch unterstützten sie die Kriegsvorbereitungen der USA mit logistischen Mitteln, weil sie sich davon Einflussmöglichkeiten in Washington versprachen. Im UN-Sicherheitsrat organisierten sie im Bündnis mit Frankreich und Russland mit eigenen Initiativen die Opposition gegen ein militärisches Eingreifen, weil sie nach wie vor die Folgen fürchteten, aber mehr noch, weil sie den USA auch für die Zukunft demonstrieren wollten, dass sie bedeutende Staaten wie Deutschland nicht übergehen konnten, wenn sie Entscheidungen von großer Tragweite trafen.

José Maria Aznar und Ana Palacio unterstützten die amerikanische Irak-Politik, weil sie die Bedrohungsanalyse der USA teilten. Palacio äußerte zunächst noch völkerrechtliche Bedenken, weil eine frühzeitige Befürwortung unilateraler Kriegspläne dem Ansehen Spaniens geschadet hätte. Aznar entschloss sich im September 2002 zur bedingungslosen Gefolgschaft mit den USA, um sich in Washington als verlässlichster europäischer Bündnispartner zu profilieren. Von der Zusage, den Krieg notfalls auch ohne UN-Mandat zu unterstützen erhoffte er sich eine privilegierte Stellung an der Seite der USA, die Spaniens Prestige in der Welt und Spaniens Einfluss in Europa steigern sollte. Die atlantische Solidaritätsbekundung im Brief der Acht initiierte Aznar, um dem deutsch-französischen Führungsanspruch in der EU eine atlantisch orientierte Alternativkonzeption gegenüberzustellen, die Spanien wesentlich mehr Einflussmöglichkeiten eröffnete. Durch den Protagonismus in der Koalition erhoffte sich Aznar eine Prestigesteigerung Spaniens. Er stellte im Irak-Krieg allerdings nur ein kleines Truppenkontingent für eine „humanitäre Mission“ bereit, weil es im Kabinett und in den Regierungsfractionen Widerspruch gegen die Entsendung von Kampftruppen ohne UN-Mandat gab.

Man kann aus dieser Erklärung zwei weiterführende Schlussfolgerungen ziehen. *Erstens* ist deutlich geworden, dass man bei der Erklärung außenpolitischer Entscheidungen eine Vielzahl

---

<sup>308</sup> Mittwoch, 26. September, El País: Das Protokoll des Gesprächs zwischen Aznar und Bush am 22.2.2003 belegt beispielsweise, wie sehr Aznar um die öffentliche Meinung in seinem Land besorgt war.

von Faktoren einbeziehen sollte. Sicherheitsbedrohungen, internationale Machtkonstellationen und innenpolitische Spielräume können zwar analytisch voneinander getrennt werden. Wenn man Entscheidungen in Krisensituationen erklären will, sollte man sich aber nicht auf einen dieser Faktoren beschränken, weil sie in der Empirie immer zusammenspielen.

*Zweitens* unterliegen diese Faktoren subjektiven Wahrnehmungen. Ausschlaggebend für eine Entscheidung ist nicht die objektive Bedrohung, sondern die Wahrnehmung der Bedrohung durch einzelne Entscheidungsträger. Ebenso verhält es sich mit den anderen beiden Faktoren, auch hier geht es um die Wahrnehmung des Ranges und der innenpolitischen Spielräume. Allerdings könnte man einwenden, dass man individuelle Entscheidungsträger und deren Wahrnehmung nicht direkt untersuchen müsste, da die Faktoren so stark wirken, dass auch ganz andere Personen die gleiche Situation genauso interpretiert hätten.

Eine wichtige Implikation der Veränderungen sowohl in der deutschen als auch in der spanischen Positionierung zum Irak-Krieg ist die Erkenntnis, dass sich diese Positionierungen *situativ* und abhängig von *Interaktionen* mit anderen Akteuren *kontingent* entwickelt haben. Es wäre also bei zukünftigen ähnlich gelagerten Kriegseinsätzen der USA keineswegs klar, ob Deutschland oder Spanien aufgrund bestimmter kultureller oder institutioneller Merkmale für oder gegen eine Teilnahme ihres Landes entscheiden würden.<sup>309</sup> Solche Merkmale, bzw. grob gesagt: die äußeren Umstände, geben vielmehr nur den Rahmen für konkrete Handlungen vor. Sie sind wichtige Bedingungsfaktoren, die aber von den Handlungsträgern individuell und situativ aufeinander bezogen und gegeneinander abgewogen werden (können). Es sind also immer individuelle Akteure, die über ein gewisses Maß an „Trotzpotenzial“<sup>310</sup> verfügen. Gerade in Krisensituationen sind ihre Interpretationen ausschlaggebend für den außenpolitischen Kurs eines Landes. Im Fall des Irak-Kriegs konzentrierte sich dieser Kreis in Deutschland auf Gerhard Schröder und Joschka Fischer, in Spanien dagegen war es Aznar allein, der die wesentlichen Festlegungen in dieser Frage traf. Untersuchungen von außenpolitischen Entscheidungen in Krisensituationen dürfen diese individuelle Komponente nicht außer Acht lassen.

Worauf es bei der Analyse von außenpolitischen Entscheidungsprozessen in Krisensituationen ankommt, ist demnach, den Zusammenhang zwischen internen Machterhaltungs- bzw. Führungsansprüchen und externen Machterweiterungs- und Sicherheitszielen herauszuarbeiten. Wenn man diese Dimensionen zunächst analytisch voneinander trennt und im Bezug auf eine bestimmte Krisensituation fragt, welche Entscheidung für eine Regierung angesichts der gegenwärtigen Umstände die rationalste Entscheidung (gewesen) wäre, gibt es zwei Möglichkei-

---

<sup>309</sup> Daher rührt auch die hohe Ungenauigkeit der Hypothesen bei Schuster und Maier, „The Rift“, die auch durch eine stärkere Verfeinerung der Hypothesen nicht zu beheben wäre.

<sup>310</sup> Hellmann, *Deutsche Außenpolitik*, S. 112-134.

ten. Entweder man kommt zu dem Schluss, dass eine bestimmte Politik überdeterminiert (gewesen) ist, also in allen drei Dimensionen als die sinnvollste erscheint. In diesem Fall ist die Handlung nahezu völlig bestimmt durch äußere Umstände. Wenn sich aber die Handlungsempfehlungen in einer oder zwei Dimensionen widersprechen, dann kommt es unter Umständen auf individuelle Handlungsträger an, das heißt, auf ihre subjektive Wahrnehmung der Situation und ihre Interpretation der unmittelbaren Geschehnisse und der Handlungen anderer Akteure.

Es macht wenig Sinn, einzelne Faktoren herauszufiltern und sich darüber zu streiten, welche von ihnen (innenpolitische Konstellationen oder etwa Machtbestrebungen) wichtiger waren. Selbst wenn sich einzelner Theorien aufgrund ihrer Annahmen über internationale Politik nicht vertragen, so heißt das noch lange nicht, dass die aus ihnen abgeleiteten Faktoren nicht zugleich eine Rolle spielen können und je nach Situation gegeneinander abgewogen werden. Statt Alleinvertretungsansprüche von der Wirkungskraft eines bestimmten Faktors aufzustellen und zu verteidigen, sollte man alle aus der Theoriediskussion gewonnenen Faktoren in Betracht ziehen und empirisch klären, wie sie in Beziehung zu einander stehen. Zumindest im Falle der Irak-Krise verhilft dies zu einem umfassenderen Verständnis der außenpolitischen Handlungen als die in der Einleitung genannten vorliegenden Studien, deren Erklärung auf einzelne Faktoren reduziert bleibt. Die Möglichkeit, verallgemeinerbare Aussagen über die Positionierung bestimmter Demokratietypen in außenpolitischen Krisensituationen zu treffen muss vor diesem Hintergrund ernsthaft angezweifelt werden, weil in solchen Situationen selbst in den repräsentativsten Regierungssystemen kontextspezifische Überlegungen einzelner Personen maßgeblich über die Ausrichtung der jeweiligen Außenpolitik entscheiden.

## 6. Literatur

- Allison, Graham und Philip Zelikow, *Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis* (New York u.a., 1999).
- Anderson, Jeffrey, G. John Ikenberry und Thomas Risse, *The End of the West. The Deep Structure of the Transatlantic Order* (2007).
- Axelrod, Robert, Hrsg., *Structure of Decision. The Cognitive Maps of Political Elites* (Princeton, 1976).
- Aznar, José María, *Ocho Años de Gobierno. Una Visión Personal de España* (Barcelona, 2004).
- Barbé, Esther, Hrsg., *¿Existe una Brecha Transatlántica? Estados Unidos y la Unión Europea tras la Crisis de Irak* (Madrid, 2005).
- Barnett, Michael and Raymond Duvall, "Power in International Politics", *International Organization*, Jg. 59, Nr. 1 (2005), S. 39-75.
- Barreñada, Isaías, Ivan Martín und José Antonio Snahuja, „L'Espagne et la guerre en Irak“, *Critique internationale*, Nr. 23 (2004), S. 9-21.
- Barrios, Harald: „Das politische System Spaniens“, in, Wolfgang Ismayr, Hrsg., *Die politischen Systeme Westeuropas* (Opladen, 2003), S. 609-649.
- Baumann, Rainer, Volker Rittberger und Wolfgang Wagner, „Macht und Machtpolitik. Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen über die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung“, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 6, Nr. 2 (1999), S. 245-286.
- Baumann, Rainer, Volker Rittberger und Wolfgang Wagner, „Neorealist Foreign Policy Theory“, in Volker Rittberger, Hrsg., *German Foreign Policy Since Unification. Theories and Case Studies* (Manchester, 2001), S. 37-67.
- Bennet, Andrew und Alexander George, *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences* (Cambridge und London, 2005).
- Bienen, Derk, Corinna Freund und Volker Rittberger, „Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus“, *Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung*, Nr. 33 (1999).
- Brecher, Michael unter Mitarbeit von Benjamin Geist, *Decisions in Crisis. Israel, 1967 and 1973* (Berkeley, Los Angeles, London, 1980)
- Brecher, Michael und Jonathan Wilkenfeld, *A Study of Crisis* (Ann Arbor, 2000).
- Bueno de Mesquita, Bruce, „War and the Survival of Political Leaders: A Comparative Study of Regime Types and Political Accountability“, *American Political Science Review*, Jg. 89, Nr. 4 (Dezember 1995), S. 841-855.
- Bueno de Mesquita, Bruce, „Policy Failure and Political Survival. The Contribution of Political Institutions“, *Journal of Conflict Resolution*, Jg. 43, Nr. 2 (April 1999), S. 147-161.

- Bueno de Mesquita, Bruce, Alastair Smith Randolph M. Siverson and James D. Morrow, *The Logic of Political Survival* (Cambridge M.A., 2003).
- Bymann, Daniel L. und Kenneth M. Pollack, „Let Us Now Praise Great Men. Bringing the Statesman Back In“, *International Security*, Jg. 25, Nr. 4 (2001), S. 107-146
- Carlsnaes, Walter, 1992, „The Agency-Structure Problem in Foreign Policy Analysis“, *International Studies Quarterly*, Jg. 36 (1992), S. 245-270.
- Carlsnaes, Walter, „Foreign Policy“, in Walter Carlsnaes, Thomas Risse und Beth Simmons, Hrsg., *Handbook of International Relations* (2002), S. 331-349.
- CIDOB, Hrsg., „José María Aznar López“, Centro de Investigación de Relaciones Internacionales y Desarrollo (September 2006), verfügbar unter [http://www.cidob.org/es/documentacion/biografias\\_lideres\\_politicos/europa/espana/jose\\_maria\\_aznar\\_lopez](http://www.cidob.org/es/documentacion/biografias_lideres_politicos/europa/espana/jose_maria_aznar_lopez) [20.2.2007].
- Dalgaard-Nielsen, Anja, „Gulf War: The German Resistance“, *Survival*, Jg. 45, Nr. 1 (2003), S. 99-116.
- Dyson, Stephen: „Personality and Foreign Policy: Tony Blair’s Iraq Decisions“, *Foreign Policy Analysis*, 2 (2006), S. 289-306.
- Eberl, Oliver und Andreas Fischer-Leskano, „Grenzen des demokratischen Rechts? Die Entsendeentscheidungen zum Irakkrieg in Großbritannien, den USA und Spanien“, *HSPK-Report*, Nr. 8 (2005).
- Erickson, Jennifer L., „Protests, Policymaking, and Public Opinion“, paper presented at the annual meeting of the ISA 2006.
- Faas, Thorsten und Jürgen Maier, „Wortlaut und Wahrnehmung des zweiten Fernsehduells im Bundestagswahlkampf 2002 – eine Dokumentation“, *Bamberger Beiträge zur Politikwissenschaft*, Nr. II-17, 2003, verfügbar unter <http://thorsten-faas.de/pdf/WortlautUndWahrnehmung2.pdf> [16.11.2006].
- Forsberg, Thomas, „German Foreign Policy and the War on Iraq: Anti-Americanism, Pacifism or Emancipation?“ *Security Dialogue*, Jg. 36, Nr. 2 (2005), S. 213–231.
- George, Alexander L., „Case Studies and Theory Development: The Method of Structured, Focused Comparison“, in Paul G. Lauren, *Diplomacy. New Approaches in History, Theory, and Policy* (New York, 1979), S. 43-69.
- Geyer, Matthias, Dirk Kurbjuweit und Cordt Schnibben, *Operation Rot-Grün. Geschichte eines politischen Abenteurers* (München, 2005).
- Gillespie, Richard, „Perspectives on the Reshaping of External Relations“, in Richard Gillespie, Fernando Rodrigo und Jonathan Story, Hrsg., *Democratic Spain. Reshaping External Relations in a Changing World* (London, New York, 1995), S. 196-201.

- Gillespie, Richard und Richard Youngs, "Spain's International Challenges at the Turn of Century", in: Dies., Hrsg., *Spain: The European and International Challenges*, Special Issue of Mediterranean Politics, Jg. 5, Nr. 2 (2000), S. 1-13.
- Gollwitzer, Mario und Manfred Schmitt, *Sozialpsychologie* (Weinheim 2006).
- Gordon, Philipp H. und Jeremy Shapiro, *Allies at War. America, Europe and the Crisis Over Iraq* (New York u.a., 2004).
- Greenstein, Fred I., „The Impact of Personality on the End of the Cold War: A Counterfactual Analysis“, *Political Psychology*, Jg. 19, Nr. 1 (1998), S. 1-16
- Hacke, Christian, „Deutschland, Europa und der Irakkonflikt“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B 24-25 (2003), S. 8-16.
- Haffner, Sebastian, *Winston Churchill* (Reinbek bei Hamburg, 1967).
- Haftendorn, Helga, „Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse“, *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderausgabe (1990), S. 401- 423.
- Harnisch, Sebastian, "Bound to fail? Germany's Iraq Policy in the Iraq Crisis 2001-2003", *Stożunki Międzynarodowe*, Jg. 29, Nr. 1-2 (2004), S. 57-83, verfügbar unter <http://www.ism.uw.edu.pl/harnisch.pdf> [20.2.2007].
- Hedstück, Michael und Gunther Hellmann, „'Wir machen einen deutschen Weg.' Irak-Abenteuer, das transatlantische Verhältnis und die Risiken der Methode Schröder für die deutsche Außenpolitik“, in Bernd Kubbig u.a., Hrsg., *Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas* (Frankfurt am Main, New York, 2003), S. 224-234.
- Hellmann, Gunther, "Creative Intelligence. Pragmatism as a Theory of Thought and Action", paper prepared for the presentation at the „Millennium“ Special Issue Conference on „Pragmatism in International Relations“, London, 12.10.2002 (2002b), verfügbar unter [http://www.uni-frankfurt.de/fb3/hellmann/mat/millennium\\_www.pdf](http://www.uni-frankfurt.de/fb3/hellmann/mat/millennium_www.pdf) [20.2.2007].
- Hellmann, Gunther, „Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus“, *WeltTrends*, Nr. 42 (2004), S. 79-88.
- Hellmann, Gunther, *Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung* (Wiesbaden, 2006).
- Hellmann, Gunther: „'...um diesen deutschen Weg zu Ende gehen zu können.' Die Renaissance machtpolitischer Selbstbehauptungen in der zweiten Amtszeit der Regierung Schröder-Fischer“, in Christoph Egle und Reimut Zohlhöfer, Hrsg., *Ende einer Episode? Eine Bilanz der zweiten Legislaturperiode der Regierung Schröder 2002-2005* (Wiesbaden, 2006b).
- Heradstveit, Daniel und Ove Narvesen, "Psychological Constraints on Decision-making. A Discussion of Cognitive Approaches: Operational Code and Cognitive Map", *Cooperation and Conflict*, 13 (1978), S. 77-92.

- Hermann, Margaret: "Personality and Foreign Policy Decision Making: A Study of 53 Heads of Government", in D.A. Sylvan und S. Chan, Hrsg., *Foreign Policy Decision-Making: Perceptions, Cognition, and Artificial Intelligence* (1984).
- Hermann, Margaret und Charles F. Hermann, "Who Makes Foreign Policy Decisions and How: An Empirical Inquiry", *International Studies Quarterly*, 33 (1989), S. 361-387.
- Hofmann, Gunther, "Der lange Weg zum lauten Nein. Terror, Krisengipfel, Wahlkampf: Wie Deutschland sich dem drohenden Irak-Krieg verweigerte. Protokoll einer Entscheidung", *DIE ZEIT*, Nr. 5 (2003)
- Hogrefe, Jürgen 2002, *Gerhard Schröder. Ein Porträt* (Berlin, 2002).
- Hollis, Martin und Steve Smith, *Explaining and Understanding International Relations*, (Oxford, 1991).
- Hudson, Valerie M., "Foreign Policy Analysis: Actor-Specific Theory and the Ground of International Relations", *Foreign Policy Analysis* (2005), S.
- Jervis, Robert, "Hypotheses on Misperception", *World Politics*, 20 (1968), S. 454-479.
- Jervis, Robert, *Perception and Misperception in International Politics* (Princeton, 1976).
- Jungermann, Helmut, Hans-Rüdiger Pfister und Katrin Fischer, *Die Psychologie der Entscheidung. Eine Einführung* (München, 2005).
- Kinder, Donald und Janet Weiss, "In Lieu of Rationality: Psychological Perspectives on Foreign Policy Decision Making", *Journal of Conflict Resolution*, Jg. 22, Nr. 4 (1978), S. 707-735.
- Lebow, Richard N., *Between Peace and War. The Nature of International Crisis* (Baltimore und London: The Johns Hopkins University Press, 1981).
- Lebow, Richard N., „Kognitive Blockierung und Krisenpolitik: Deutsche Entscheidungsträger im Juli 1914“, in Reiner Steinweg, Red., *Kriegsursachen*, Reihe: Friedensanalysen 21 (Frankfurt a.M., 1987), S. 191-247.
- Magone, José M., *Contemporary Spanish Politics* (New York, 2004).
- Maihhold, Günther, "Kurswechsel in Madrid. Die Außenpolitik Spaniens nach den Attantaten vom 11. März und vor dem Regierungswechsel", Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Nr. 12 (2004).
- Markey, Daniel Seth, *The Prestige Motive in International Relations*, Dissertation presented to the Faculty of Princeton University in Candidacy for the Degree of Doctor of Philosophy, Recommended for Acceptance by the Department of Politics (Ann Arbor, 2001).
- Mastanduno, Michael und Ethan B. Kapstein, "Realism and State Strategies After the Cold War", in: Ethan B. Kapstein und Michael Mastanduno, Hrsg., *Unipolar Politics. Realism and State Strategies After the Cold War* (New York, 1999), S. 1-27.
- Mearsheimer, John, J., *The Tragedy of Great Power Politics* (New York, London, 2001).

- Moravcsik, Andrew, "Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics", *International Organization*, Jg. 51, Nr. 4 (1997), S. 513-553.
- Müller, Harald und Thomas Risse-Kappen, „Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozess in liberaldemokratischen Industrienationen“, *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderausgabe (1990), S. 375-400.
- Müller, Harald, „Demokratien im Krieg – Antinomien des demokratischen Friedens“, in Christine Schweitzer u.a., Hrsg., *Demokratien im Krieg* (Baden-Baden, 2004), S. 35-52.
- Pape, Robert A., „Soft Balancing against the United States“, *International Security*, Jg. 30, Nr. 1 (2005), S. 7-45.
- Paul, T.V., „Soft Balancing in the Age of U.S. Primacy“, *International Security*, Jg. 30, Nr. 1 (2005), S. 46-71.
- Peters, Dirk, „Ansätze und Methoden der Außenpolitikanalyse“, in Siegmund Schmidt, Gunther Hellmann und Reinhard Wolf, Hrsg., *Handbuch zur deutschen Außenpolitik* (Wiesbaden, 2007), S. 815-835.
- Planert, Tobias, *Die Entstehung eines "special relationship" zwischen Spanien und den USA? Determinanten der spanischen Außenpolitik gegenüber den USA in der Regierungsära Aznar*, Diplomarbeit, Universität Passau, 2004.
- Pradetto, August, Hrsg., *Internationale Reaktionen auf die Irak-Politik der USA 2002*, Studien zur Internationalen Politik (Hamburg, 2003).
- Pressmann, Jeremy, „If Not Balancing, What? Forms of Resistance to American Hegemony“, BCSIA Discussion Paper 2004-2, Kennedy School of Government, Harvard University (2004)
- Risse-Kappen, Thomas, "Public Opinion, Domestic Structures, and Foreign Policy in Liberal Democracies", *World Politics*, 43 (1991), S. 487-512.
- Rittberger, Volker, "Approaches to the Study of Foreign Policy Derived from International Relations Theories", *Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung*, Nr. 46 (2004).
- Rose, Gideon, "Neoclassical Realism and Theories of Foreign Policy", *World Politics*, Jg. 51, Nr. 1 (1998), S. 144-172.
- Rull-García, Carlos, „La guerra de Irak en el Discurso de Aznar. Representación Social e Ideología“, verfügbar unter <http://carlesrull.googlepages.com/ACDdeAznar-versionWEB.htm> [1.3.2007].
- Schuster, Jürgen und Herbert Maier, "The Rift: Explaining Europe's Divergent Policies in the Run-Up of the American-Led War on Iraq", *Foreign Policy Analysis*, Jg. 2, Nr. 3 (2006), S. 223-244.

- Shapiro, Michael und Matthew Bonham, "Cognitive Process and Foreign Policy Decision-Making", *International Studies Quarterly*, Jg. 17, Nr. 2 (1973), S. 147-174.
- Simon, Herbert, "Human Nature in Politics: The Dialogue of Psychology with Political Science", *American Political Science Review*, Jg. 79, Nr. 2 (1985), S. 293-304.
- Snidal, Duncan, "Rational Choice and International Relations", in Walter Carlsnaes, Thomas Risse und Beth Simmons, Hrsg., *Handbook of International Relations* (2006), S. 73-94.
- Steinbruner, John D., *The Cybernetic Theory of Decision. New Dimensions of Political Analysis* (Princeton, 1974).
- Szabo, Stephen F., *Parting Ways. The Crisis in German-American Relations* (Washington, D.C., 2004).
- Wagner, Wolfgang, "Parliamentary Control of Military Missions: Accounting for Pluralism", *Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF)*, Occasional Paper, Nr. 12 (Genua, August 2006).
- Walker, Stephen, "The Interface Between Beliefs and Behaviour: Henry Kissinger's Operational Code and the Vietnam War", *Journal of Conflict Resolution*, 31 (1977), S. 129-168.
- Walt, Stephen M., *The Origins of Alliances* (Ithaca, London, 1987).
- Walt, Stephen M., "Testing theories of alliance formation: the case of Southwest Asia", *International Organization*, Jg. 42, Nr. 2 (1988), S. 275-316.
- Waltz, Kenneth N., *Theory of International Politics* (1979).
- Waltz, Kenneth N., "The Emerging Structure of International Politics", *International Security*, Jg. 18, Nr. 2 (1993), S. 44-79.
- Waltz, Kenneth N.: "Structural Realism after the Cold War", *International Security*, Jg. 25, Nr. 1, (2000), S. 5-41.
- William C. Wohlforth. *The Elusive Balance: Power and Perceptions during the Cold War* (Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, 1993)
- Wohlforth, William C.: "The Stability of a Unipolar World", *International Security*, Jg. 24, Nr. 1 (1999), S. 5-41.
- Woodward, Bob, *Der Angriff* (München, 2004).